

Christoph Henning

Wozu ein Marxglossar? Das mag sich fragen, wer dieses Büchlein in die Hand nimmt. Sein Zweck wird klar, wenn deutlich wird, was es nicht ist: es handelt sich *nicht* um ein weiteres jener mehr oder weniger gründlichen Lexika, die nachvollziehbar machen wollen, welchen Begriff Karl Marx wann und wie benutzt hat (Lieber 1988). Das ist philologisch wertvoll, doch ermüdet den Leser. Ebenso wenig geht es darum, eine bestimmte Dogmatik zu verewigen oder zu verdammen. Die Aussage dieses Buch ist also weder: Marx hatte damals schon recht und hat es heute noch (womit oft gemeint ist: «die Partei, die Partei, die hat immer recht» – vgl. Kumpf 1983); noch ist sie: Marx hatte damals vielleicht ein bisschen recht, doch hat er es «heute nicht mehr» (womit meist gemeint ist: wir, die Wissenschaftler – Ökonomen, Philosophen oder Soziologen – beanspruchen *ex cathedra* die rechte Lehre über «Wirtschaft und Gesellschaft», und Marx bleibt für uns Häretiker – vgl. Gerhardt 2001). Schon gar nicht ist gemeint: Marx hatte weder damals noch heute recht, sondern war ein Psychopath – wie es der Tenor des ansonsten recht brauchbaren *Marx-Engels-Quellenlexikons* ist (Löw 1985). Auch soll hier nicht die eigene Skepsis gegenüber Marx, von dem man dennoch nicht loskommt, durch eine ausufernde Dokumentation seiner Wirkungsgeschichte ertränkt werden, wie ein Schelm bezüglich des *Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus* den Eindruck haben könnte (Haug 1994 ff.).

Es geht hier vielmehr darum, an praktischen Beispielen zu zeigen, dass Marx zu den gewichtigsten Gesellschaftstheoretikern gehört. Er ist für das Verständnis der Gegenwart nach wie vor zentral, wahrscheinlich sogar mehr denn je. Wie man kein Mathematiker sein muss, um zu rechnen, kann auch die Gesellschaftstheorie seine überaus reichhaltigen Theorien nutzen, ohne vor irgendetwas Angst haben zu müssen – etwa als «marxistisch» dequalifiziert zu werden. Wie die anderen Klassiker der Theoriegeschichte war Marx keineswegs unfehlbar. Doch wenn man die nachklappende und stellenweise dümmliche Polemik einmal beiseite lässt, die eine Anwendung seines Vokabulars meist umgibt – entweder ist man der *political correctness* der Normalwissenschaftler «zu marxistisch», oder man hat das Pech, auf Salonmarxisten irgendeiner Couleur zu treffen, aus deren Sicht man die reine Lehre verfehlt –, haben seine Theorien eine Menge zu bieten. Eben jenen nicht enden

wollenden Fallstricken, Polarisierungen und zu nichts führenden Polemiken will dieses Buch entgehen, allerdings *ohne* auf die reichen Gehalte der Marxschen Theorie zu verzichten. Denn es wäre schade, wenn die Marxsche Theorie aus Angst vor solchen Konflikten nur sektenartigen Zirkeln überlassen bliebe (gegen die gar nichts einzuwenden ist) und vom Rest einfach «links liegen gelassen» würde.

Es ist darum die Grundidee dieses Buches, die orthodoxe Nomenklatur von «Produktivkräften», «Basis und Überbau», «Wertform» oder «Krise», aber auch von «Akkumulationsregime», «Hegemonie» oder «Postfordismus» einmal auf sich beruhen zu lassen. Es gibt so gut wie keine Einträge, die als Termini schon bei Marx oder in einer Strömung des Marxismus prominent waren. Stattdessen stehen Begriffe im Vordergrund, die auf den ersten Blick zunächst wenig oder gar nichts mit Marx zu tun haben – aber eben nur auf den ersten Blick nicht. Die Marxsche Theorie erlaubt es, diese teilweise neuen Phänomene auf überraschende Weise alternativ zu deuten. Das belegt nicht nur die Aktualität eines Klassikers, sondern verhilft zugleich zu einem besseren Verständnis der Gegenwart. Das allein vermag die Renaissance eines Klassikers überhaupt zu rechtfertigen.

Mit dieser Herangehensweise entgeht man zugleich der Nötigung des Lesers durch Wiederholungen des Längstbekanntes. Denn wer sich über Marxsche Begriffe informieren will, findet genügend Marx-Lexika, teilweise recht gute (siehe die Literaturhinweise). Nur fehlt allzu oft der Brückenschlag zu aktuelleren Phänomenen und dem, was heute in den Sozialwissenschaften diskutiert wird (was indes nicht identisch sein muss). Ein Beispiel für den Bereich der Ökonomie war vor vielen Jahren das *Dictionary of Marxian Economics* (Eatwell 1987) – aber das war vor vielen Jahren, es war ein angelsächsischer Kontext, und es war beschränkt auf die Ökonomie. Doch was ist mit dem Brückenschlag in die Kultur- und Sozialwissenschaften?

Dieser ist wohl insbesondere im deutschsprachigen Bereich schwierig, denn hierzulande ist Marx in den Sozialwissenschaften nicht en vogue, er ist nicht mehr opportun – Axel Honneth beispielsweise hat soeben einen der wenigen überhaupt noch verbliebenen kritisch-theoretischen Begriffe, die «Verdinglichung», von seiner marxistischen Befleckung gereinigt (Honneth 2006, siehe die Kritik von Ralf Konersmann, *Süddeutsche Zeitung*, 21.01.06). Warum? Weil Viele ihn hierzulande in seiner Marxschen Variante nicht mehr benutzen mögen;

im besten Falle aufgrund eines Geschmacksurteils (ein gelungenes Gegenbeispiel liefert der Sozialpsychologe Wolfgang G. Weber in diesem Band).

In der Tat, Begriffe wie «Produktionsverhältnisse» und «revolutionärer Klassenkampf» können Viele einfach nicht mehr hören, und das mit Recht. Das heißt allerdings gerade nicht, dass die in ihnen zu Worte kommende *Theorie* wertlos ist (besser müsste man sagen: die Theorie, die hinter dieser Nomenklatur kaum je sichtbar wurde). Im Gegenteil: es handelt sich, wenn man ehrlich ist, um eine der wenigen erstzunehmenden Theorien des Kapitalismus. Mag man sich noch so eifrig gegenseitig anerkennen und sonstigen «good will» zeigen, den Wirkkräften des Kapitalismus entkommt man damit nicht. Warum sollte ausgerechnet die Sozialwissenschaft davor die Augen verschließen? Und genau dieses Risiko geht man ein, wenn man Begriffe, die den *Kapitalismus* meinen, soweit entkontextualisiert und universalisiert, dass man die zugrunde liegenden sozialen Zwänge – die eben kapitalistische sind – fort-abstrahiert. Hinsichtlich des Terms der «Verdinglichung» hat dies bereits der ältere Georg Lukács selbstkritisch vermerkt (weitet man die Rede von der «Verdinglichung» zu sehr aus, spricht man nur noch von «Vergegenständlichung», und an der kann man sinnvollerweise nichts auszusetzen haben; siehe Lukács 1967).

In diesem Glossar werden also Bezüge hergestellt zwischen einem Klassiker der Gesellschaftstheorie und aktuellen Phänomenen. Das mag manche erstaunen, aber genau so hatte Marx seine Theorie angelegt: sie ist eine Theorie des dynamischen Kapitalismus und gerade deshalb in der Lage, den steten Wandel zu erklären, der uns heute so stark um die Ohren saust, dass wir die Sprache der Alten kaum noch vernehmen können. Natürlich kann man die Theorie eines dynamischen Systems nur auf das anwenden, was diesem System auch zugehört. Die kapitalistischen Gesellschaften des 19. Jahrhunderts sahen selbstverständlich anders aus als die des 20. oder 21. Jahrhunderts; das war stets der größte Trumpf der Marxkritik. Doch insofern diese Gesellschaften kapitalistische waren und sind, kann man sie mithilfe der Marxschen Theorie untersuchen. Zwar lässt sich aus der Theorie allein nicht viel «deduzieren» oder «ableiten», aber das ist auch eine ganz falsche Vorstellung von der Leistungskraft sozialwissenschaftlicher Theorie. Es geht eher darum, vorgefundene Erscheinungen zu durchdringen und durch Rückführung auf

mögliche Wirkkräfte und deren Zusammenhänge erklärbar zu machen – eine Explanaton ganz im Sinne von Hempel/Oppenheim (1948).

Anders sieht es mit agrarischen oder sonstigen Gesellschaftsformationen aus. Die im Marxismus lange diskutierte Frage, ob die Kategorie «Arbeit» eigentlich auf alle Epochen anwendbar sei, ist indes ganz uninteressant, denn selbst wenn sie darauf anwendbar wäre (und das liegt nahe, denn wie sollten sich die Menschen früher sonst versorgt haben?), ergibt das noch keine Theorie, sondern nur eine einzige Grundkategorie, aus der zunächst noch gar nichts folgt. Es ist der *Kapitalismus*, dem das Interesse der Marxschen Theorie galt, und hier hat er einiges zu bieten – gerade im Vergleich zu den gegenwärtig dominanten Strömungen der Wirtschaftswissenschaften, die die negativen Effekte der Gegenwart kaum erfassen, geschweige denn erklären können und sie schon gar nicht im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Kultur und Gesellschaft betrachten. Auch wenn sich hier in letzter Zeit einiges geändert hat, es fehlen schlichtweg die theoretischen Mittel (man kann derzeit ein langsames Erodieren des neoklassischen Dogmas beobachten, das sich in zahlreiche Diadochen wie «institutional», «evolutionary» oder «behavioural economics» auflöst – die aber alle noch recht begrenzte Fragehorizonte haben) Und eben solche Mittel hat Marx für die Analyse des Kapitalismus anzubieten.

Zu sagen, Marx wäre «out», käme demnach der irrwitzigen Behauptung gleich, es gäbe heute keinen Kapitalismus mehr. Gibt es jemanden, der das allen Ernstes glaubt? Nehmen die Ungleichheiten derzeit nicht Formen an, die frühere Oberschichten lächerlich aussehen lassen? Liegen die von der Sozialdemokratie ertrutzten sozialen Sicherungen nicht am Boden und werden täglich mit Füßen getreten – selbst dort, wo keine «Notwendigkeit» einzusehen ist? Zerstört die fortschreitende technische Entwicklung im Sinne der Profitmaximierung etwa nicht die Grundlagen des Zusammenlebens, statt der Menschheit zum Wohl zu verhelfen – im sozialen Sinne, indem sie gesellschaftliche Infrastrukturen einfach umwirft, und im ökologischen Sinne, indem sie ganze Landschaften in Wüsten verwandelt und Wasser, Luft und Erde schon lange in Mülldeponien und Giftlagern verwandelt? Ist es nicht allzu deutlich, dass hinter den politischen und sozialen Umbrüchen der Gegenwart als Motiv ökonomische Interessen («Gewinnmaximierung», «Eigenkapitalrendite»), als Ursache ökonomische Zwänge (wie die Knappheit

des Staatshaushalts, die allerdings nicht vom Himmel fiel) oder zumindest *konstruierte* ökonomische Zwänge stehen (wie die oft nur vorgeschobene «Globalisierung»)?

Ist nicht mittlerweile selbst Skeptikern klar geworden, dass die Vorteile der gravierenden Umwälzungen, die mit diesen Instanzen gerechtfertigt werden, nur sehr wenigen zugute kommen (diesen aber umso mehr, vgl. Bruhns 2005), während das Gemeinwohl das Nachsehen hat, ja dafür sogar bezahlen soll (siehe Werner Rügemer in diesem Band sowie Reimon 2003), und sich beim «Rest der Welt» Unsicherheit, Krankheit, Armut, Hunger und Verzweiflung oder Wut breit machen? Und schließlich: Gibt es etwa keine Ideologien mehr – gerade auch in der Wissenschaft –, die all dies als den «normalen» Lauf der Dinge hinstellen und es mithilfe einer kurvenverschiebenden Behelfs-Metaphysik als wünschenswert oder gar «sozial» hinstellen? Kann man dessen ungeachtet von diesen Katastrophen nicht täglich in den Zeitungen lesen? Gottlob haben die massiven Konzentrationsprozesse im Medienbereich ja die Pressefreiheit noch nicht angetastet, jedenfalls nicht hierzulande («Medienkampagnen» mag es geben, aber es gibt keine Bevormundung im großen Stil). Eine große Überraschung wäre aber auch dies nicht mehr, schaut man auf einige unserer westlichen Partnerländer und auf die anstehenden Konzentrationsprozesse im Medienmarkt (siehe Benedikt Rubbel in diesem Band). Aber Medien liefern mehr als nur Nachrichten. Welchen realen Gehalt hat es etwa, Abend für Abend in Krimiserien «das Böse» in Gestalt einzelner Kleinkrimineller vorgeführt – und dingfest gemacht – zu bekommen, während die großen Verbrechen der Gegenwart (Folterungen, Angriffskriege, Enteignungen ganzer indigener Völker, Bilanzierungsskandale, Veruntreuung öffentlichen Vermögens etc.) hübsch aus der Fernsehunterhaltung herausgehalten werden?

Für diese – vielleicht überzogen – schwarze Sicht der Dinge kann man vielleicht bei zahlreichen Personen *privat* auf Zustimmung rechnen. Doch die Sozialwissenschaft hat ihre eigene Nomenklatur – auch hier gibt es Zwänge, etwa den sanften Druck von Moden und Erwünschtheiten (mit eingängigen und steilen Thesen in erwünschter Tendenz kommt man sehr viel einfacher in die großen Medien); es gibt den «zwanglosen Zwang» der Meinungsführerschaft, besonders der einflussreichen alten Männer; es gibt Seilschaften, die in der Karriereplanung berücksichtigt werden müssen und nicht verärgert werden

dürfen; und zu allem Überfluss wird die Konkurrenz auch auf diesem Feld immer stärker. Ehrlicher Weise darf man unter diesen Umständen von der Sozialwissenschaft gerade das nicht erwarten, was man eigentlich von ihr erwarten möchte (dazu auch Tilmann Reitz in diesem Band): Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge, Offenheit in der Fragestellung, und ein Interesse am Wohl der Menschen, das sich nicht auf das der jeweiligen oder potentiellen Geldgeber beschränkt – aber ebensowenig auf moralische Ratschläge (so auch Thore Priem in diesem Band).

Die Öffentlichkeit nimmt von den Fehlentwicklungen der Gegenwart sehr wohl Notiz, aber wo ist die öffentlichkeitswirksame Stellungnahme der Sozialwissenschaft? Stimmt etwas mit der Übersetzung in die Fachdebatte nicht, oder funktioniert die «Ideologieproduktion» nur *zu gut*? Dann behielte Peter Sloterdijk recht, der schon vor Jahren frohlockte, die kritische Theorie sei tot. Aber sie ist nicht tot. Sie findet sich jedoch nur noch selten in der akademischen Welt (darum gilt ein besonderer Dank den hier mitwirkenden Soziologieprofessorinnen).

Aus diesem Grund hat sich dieses Buch von der allzu strikten wissenschaftlichen Nomenklatur ebenfalls gelöst. Die hier zu Wort kommenden Autorinnen und Autoren *sind* alle Sozialwissenschaftler, auch wenn viele noch jung und nicht alle im Wissenschaftsbetrieb integriert sind – und das sind im Grunde Vorteile, wenn es um einen ungetrübten Blick geht. Sie kennen sich aus. Doch sie haben keine «wissenschaftlichen» Aufsätze geschrieben, wie man sie in Fachjournals findet, sondern sie berichten in verständlicher und damit ungeschützter Weise aus ihren jeweiligen Fachgebieten über Themen der Gegenwart, die in Verbindung mit dem Marxschen Oeuvre stehen. Für diesen Mut (sowie für die Geduld, mit der sie die Kritiken des Herausgebers ertragen haben) möchte ich den Autoren an dieser Stelle nochmals danken. Erstaunlich daran ist: lüftet man das wissenschaftliche Korsett ein wenig, so kommt Marx – der in den Sozialwissenschaften sonst so gut wie tot scheint – schnell wieder zum Vorschein. Denn von der Sache her lässt sich mit den Theorien von Marx an vielen Stellen durchaus etwas anfangen. Vielleicht ist das auch der Grund, warum ähnliche Werke wie dieses momentan an verschiedenen Orten entstehen (Bröckling 2004, Schröter 2006).

An den hier versammelten Beiträgen – die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern eigentlich nur Ausschnitte

belichten – lassen sich zwei Haupttendenzen erkennen. Einerseits geht es um die Frage, wie man das wirtschaftliche Geschehen unserer Zeit zu deuten hat. Vieles geschieht, was nur wenige verstehen; einiges geschieht, was viele nicht wollen; viele müssen gehen, weil einige es wollen usw. – es ist schon merkwürdig, wie heute Massenentlassungen neben Rekordgewinnen stehen können («Entlassungsproduktivität» ist darum zum «Unwort des Jahres 2005» gewählt worden); wie sozial desaströse und technologisch hochriskante (aber für die Betreiber potentiell profitable) Verfahren mit Versorgungsproblemen gerechtfertigt werden, die sich mit den vorhandenen Mitteln längst lösen ließen; oder wie Wohlstandskrankheiten hier mit Hungersnöten dort Hand in Hand gehen; ohne dass die gängigen Theorien daran sonderlichen Anstoß nähmen. Einige der in diesem Band versammelten Beiträge zeigen daher auf, wie man diese wirtschaftlichen Entwicklungen mithilfe der Marxschen Theorie besser erklären kann (Huchler, Shaikh, Zeller), wie diese selbst mit den neuesten Trends, etwa der so genannten «Wissensökonomie», verträglich ist (Kuebler), ja diese im Grunde erst erklärt (Rubbel); und zu welch skandalösen Entwicklungen die neu-alte Wirtschaftspraxis im politischen Alltag führt (Rügemer, Schindlbeck). Es geht hier also um die Relevanz von Marx für die Theorie der «hard facts», um *politische Ökonomie*.

Politisch ist diese Ökonomie nicht nur, weil sie die Wirtschaftswissenschaft breiter fasst, also auch die Auswirkungen der Wirtschaft auf die Gesellschaft mitbetrachtet, die in der Standardökonomie systematisch ausgeblendet oder «externalisiert» werden (diese fragt höchstens umgekehrt, wie die Gesellschaft aussehen müsste, damit «der Markt» funktionieren möge wie es die Lehrbücher vorschreiben – und formuliert damit eine normative Ethik). Politisch ist sie auch nicht nur deswegen, weil sie Sachverhalte ausspricht, die politisch hochnotpeinlich und konfliktträchtig sind. Es kommen in den betreffenden Beiträgen dieses Bandes auf überraschende Weise vielmehr einerseits *gesellschaftliche Strukturen* in den Blick (siehe insbesondere die Beiträge von Huchler, Kübler, Rehberg und Rubbel), andererseits treten auch *politische Akteure* in den Blick. Diese beiden Elemente müssen keineswegs auseinander fallen, wie es in der Geschichte der Soziologie leider oft geschehen ist. Umgekehrt, erst eine angemessene Analyse der gesellschaftlichen Strukturen erlaubt das Verständnis der Handlungen (und der Handlungsmacht) von Akteuren.

Natürlich gibt es starke Gesetze des Marktes und damit verbundene «Sachzwänge» – wenige sahen dies so klar wie Marx (siehe Falko Schmieder in diesem Band). Es gibt allerdings immer auch Spielräume (Klein 2001). Diese können auch oppositionell genutzt werden (siehe Bohlken, Rubbel und Sappelt in diesem Band). Doch die Ungleichheit der Ausgangsbedingungen, die zentrifugalen Kräfte des Marktes und die herrschaftsbedingten Asymmetrien auch in den Betrieben (siehe Andrea Maurer in diesem Band) führen dazu, dass ohnehin begünstigte Akteure sich unter Umständen politischer Mechanismen bedienen können, um ihre Vorteilsposition weiter auszubauen oder erst richtig auszuschlachten. «Der Staat» oder sonstige, überregionale Körperschaften sind also keineswegs immer «neutral» oder notwendigerweise Markthindernisse (die beste Darlegung der Marxschen Staatstheorie findet man übrigens noch immer bei Joachim Hirsch). Lässt sich so etwas nachweisen, entkräftet das den steten Hinweis der Standardökonomie auf das heilsame Wirken des «freien Marktes» natürlich beträchtlich. Denn warum sollte es legitim sein, dass mächtige Akteure die Spielregeln des jeweiligen Marktes auf eine Weise beeinflussen, die allen Beteiligten (außer ihnen selbst) nur schadet?

Ohne den Texten selbst vorgreifen zu wollen, möchte ich diese Parallele in den Texten von Rubbel, Rügemer und Shaikh (entfernter auch bei Huchler und Zeller) vorab benennen. Ob in der Frage der Patente für «geistiges Eigentum», den Privatisierungswellen öffentlicher Güter oder der globalen Durchsetzung des Freihandels: stets lassen sich – wenn man nur beginnt, auf diese Weise zu fragen – bestimmte ökonomische Gruppierungen benennen, die von den äußerst fragwürdigen Praxen dieser Sektoren *immens* profitieren. Doch da viele andere für diese Gewinne «zahlen» müssen, bedarf es der vorgängigen politischen Instituierung dieser Praxen. Die Art und Weise, wie dies in den geschilderten Beispielen geschah, ist mehr als bedenklich. Es ist nur die Frage, wie dies theoretisch reflektiert – oder verdeckt wird.

Ein weiterer Fokus der Beiträge mit politisch-ökonomischer Ausrichtung liegt in der Rolle des Geldes. Man muss nicht nur auf den Staat sehen, um «Institutionen des Kapitalismus» (Williamson 1990) zu erblicken – bereits die Art und Weise, wie etwa die Finanzierung grundlegender wirtschaftlicher Transaktionen instituiert ist, hat große Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen. Man kann vereinfachend sagen:

Bevor das Geld, das der Verbraucher ausgibt, in einer anderen Form wieder bei ihm ankommt, dreht es im gegenwärtigen Kapitalismus gegenüber seiner Gestalt noch vor wenigen Jahrzehnten einige Extraschleifen (siehe Huchler) – gemeint sind natürlich die neue Bedeutung der Börsen, die veränderte Bankenlandschaft und die stark gestiegene Bedeutung der internationalen Finanzmärkte. Dynamische Systeme lernen schnell. Nach der Profitkrise der 1960er und 1970er Jahre haben sich rasch neue Wege aufgetan, wie Geld mehr Geld hecken kann. «Neue Märkte» wurden geöffnet, sowohl territorial durch Investitionen im Ausland als auch durch die Vermarktlichung vormals geschützter Sektoren (siehe erneut Rügemer sowie Zeller, der insbesondere auf die historische Parallele der Überumpelungsstrategie hinweist: man muss nur der erste sein, der auf die Idee kommt und dreist genug ist, ein Stück Land einzuzäunen oder sich Gensequenzen patentieren zu lassen – die anderen und vormaligen Nutzer sind künftig ausgeschlossen oder müssen zahlen).

Auch neue Gewinnquellen wurden ausgemacht – unter anderem durch den Verleih von Geld im großen Maßstab. Warum dies die antagonistischen Grundkräfte des Kapitalismus «aufgehoben» oder zur sozialen Unschädlichkeit «transformiert» haben sollte, wie man sich in den 1990er Jahren einzureden suchte, ist kaum mehr nachzuvollziehen, sieht man sich an, wie sowohl innerhalb (Huchler) wie auch zwischen Nationen (Shaikh) weiterhin Ungleichheiten bestehen, ja sich sogar verschärften. Deren Aufrechterhaltung erscheint sogar als *Folge* der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, entschlüsselt man sie nur einmal mit anderen Augen als dies in der Standardökonomie geschieht (Shaikh). An dieser Verstetigung der alten Ungleichheiten ändern übrigens, wie Hans-Dieter Kübler betont, auch die neuen Informationstechnologien herzlich wenig. Die Rede von der Klassengesellschaft ist also keineswegs erübrigt; diese hat sich lediglich, so der Beitrag von Karl-Siegbert Rehberg, invisibilisiert. Doch das ist mit der Marxschen Klassentheorie durchaus in Einklang zu bringen, in der es keineswegs nur um klassenbewusste «Arbeiterkampfruppen» ging, sondern um die Analyse von Klassenlagen, die solche Milieus hervorbringen können – oder auch andere, oder auch nicht.

Führt man sich die Brisanz dieser Analysen vor Augen, liegt nichts näher als die Frage, was das für die Sozialsysteme (und Menschen), die mit ihnen zurechtkommen müssen, eigentlich

kulturell bedeutet. Was geschieht beispielsweise mit Menschen, die in einer ganz auf Muster von Erwerbsbiographien gestrickten Gesellschaft (Kohli 2003) plötzlich arbeitslos werden – und bleiben (siehe Bernhard Schindlbeck in diesem Band)? Zumal, wenn ihnen die üblichen Unterstützungen zunehmend versagt werden und sie daher auch in anderen Bereichen ausgeschlossen werden (siehe Barbara Kuchler)? Zieht damit nicht auch wieder eine neue Angst und Unsicherheit ein, die die Lebensverhältnisse selbst der Nocharbeitenden prägt? Dies bezeichnet die zweite – nur den Laien überraschende – Dimension der Beiträge dieses Glossar. Sie behandeln neben den «hard facts» auch die gewandelte Kultur des Kapitalismus. Nicht nur in dem Sinne, dass Marx ironischerweise inzwischen *selbst* ein Bestandteil dieser Kultur geworden ist, wie Beatrix Bouvier aufzeigt. Sondern auch deswegen, weil die Marxsche Theorie so dynamisch angelegt war, dass sie für Themen etwa der heutigen Kulturkritik noch immer Anregungen parat hat. Dies belegen beispielsweise die beiden Überblickstexte über die Themen der Ökologie (Grundmann) und der Technik (Halfmann).

Es ist kein Geheimnis, dass die «Cultural Studies» in England nicht ohne den Marxismus möglich gewesen wären. Im marxismüden Deutschland war man hingegen häufig der Auffassung, der «Cultural Turn» ermögliche es endlich, sich nicht mehr mit den lästigen und womöglich marxistisch infizierten Theorien der «hard facts» befassen zu müssen und es mit der Analyse von «Diskursen», Symbolen, Signifikanten oder «Habitusformen» bewenden lassen zu können. Weit gefehlt! Denn worum geht es in den Diskursen und Symbolen? Wiederum um Diskurse und Symbole? Wohl kaum. Aber was ist Kultur denn dann? Im ganz basalen Sinne handelt es sich um soziale Problembewältigungspraxen. Menschen finden sich in einer Lage vor, zu der sie sich irgendwie verhalten müssen. Die Art und Weise, wie sie sich dann verhalten und ihr Verhalten verstetigen, ist ihre Kultur (von Tischsitten über Begräbnisformen bis zur Gestaltung des Museums- oder Hochschulwesens). Sie ist regional unterschiedlich und historisch wandelbar. Man wird also allein aus der Kenntnis des Problems niemals eine Kultur «ableiten» können. Doch umgekehrt hat man sehr viel größere Chancen, den Sinn einer kulturellen Praxis zu erfassen, wenn man die zugrunde liegende Problemlage *kennt*.

Dies ist nicht immer so banal, wie es zunächst klingen mag – schließlich gibt es die eigenwillige Tendenz von Kulturen, sich

von ihren ursprünglichen Anlässen zu lösen und «sekundäre Zweckmäßigkeiten» (Arnold Gehlen) oder vielleicht gar keine unmittelbaren Zwecke mehr zu erfüllen – das hat seinerzeit dem Funktionalismus das Rückgrad gebrochen, denn welche «Funktion» haben beispielsweise Beethovens Klavierkonzerte? Man kann mit Marx die Festigkeit solcher Institutionen sehr wohl anerkennen («Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unsres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns», MEW 3, 33 – schön missverständlich wurde dies einst «relative Autonomie» genannt), und dennoch fragen, warum in einer bestimmten Zeit Beethoven, in einer anderen eher Wagner gehört wird, und warum noch später die Kulturstätten gleich ganz geschlossen werden. Man kann also die kulturellen Tatsachen und Praxen in Bezug setzen (Karl Mannheim hätte gesagt: «relationieren») zu «härteren» sozialen Kräften, zu ökonomischen Verschiebungen und sozialen Umbrüchen sowie zur Wahrnehmung derselben vor der Folie bestimmter, oft klassenspezifischer Wahrnehmungsmuster – und wird dabei zu Erkenntnissen kommen, die man aus einer immanent kulturalistischen Perspektive nicht hätte erhalten können. Das macht Karl-Siegbert Rehberg sogar noch gegen Pierre Bourdieu deutlich. Damit sind wir wieder bei der Ökonomie: solche für Kulturwissenschaften *anschlussfähigen* Einsichten gibt es in den gängigen Wirtschaftswissenschaften eben nur wenige, und wenn, dann meist ideologisch verzerrte. Das ist bei der Marxschen Theorie anders, und auch das macht sie heute so wichtig. Denn auch die Kultur des Kapitalismus ist im Umbruch.

Es ist oft gezeigt worden, dass die Marxsche Theorie diese Kultursensitivität aufweist – schon von ihm selbst, indem er die soziale Gestalt bestimmter historischer Abschnitte dezidiert nachzeichnete; oder von der großen Schule marxistischer Ästhetiker, die von Georg Lukács und Ernst Bloch über Adorno bis zu heutigen Literaturkritikern wie Terry Eagleton oder Gary Day reicht. Die hier versammelten Aufsätze zu kulturellen Themen hingegen wollen nichts über *Theorien* aussagen. Sie versuchen, gegenwärtige kulturelle Phänomene auf eine von Marx zumindest informierte Weise alternativ zu verstehen – also anders, als dies normalerweise der Fall ist, und damit der jeweiligen Thematik vielleicht angemessener.

Dazu gehört zunächst, dass man diesen heutigen «Diskurs» *selbst* thematisiert, wie das in diesem Band etwa Tilman Reitz tut. Allenthalben wird nach einer Rückkehr bürgerlicher

«Werte» und «Tugenden» gerufen – aber was ist das überhaupt, Bürgerlichkeit? Noch dem letzten Arbeitslosen werden heute «Selbstverantwortung» und «Eigeninitiative» abverlangt. Steht hinter der hier geforderten Unternehmersierung der Subjekte eine Schicht, die «aus allen Menschen Bourgeois machen» will (MEW 4, 142), indem sie ihre Wohltaten und Wohlhabenheit auf alle ausweitet – das wäre ja zu begrüßen –, oder geht es eher darum, den Menschen gewisse Anspruchshaltungen *abzugewöhnen*? Wenn die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigt (Schindlbeck), die Belastbarkeit der Kassen hingegen abnimmt (Rügemer), bleibt wenig anderes, als die Mehrzahl der Menschen wieder zu entlassen in die «Freiheit» – die Freiheit, unter der Brücke zu schlafen, oder für wenig Geld lange und «prekär» zu arbeiten (so Sven Sappelt, der wie Andrea Maurer auch auf alternative Arbeitsformen verweist).

Beide Möglichkeiten sind wenig attraktiv – Barbara Kuchler schildert die Hoffnungslosigkeit der mehr als nur ökonomisch «Exkludierten», die ein Charakteristikum der jüngeren Vergangenheit ist; Wolfgang G. Weber schildert als Beispiel aus der neuen Arbeitskultur die Tätigkeit in einem «Call Center» nebst ihren psychischen und sozialen Folgen – eine überzeugende Neuapplikation der Marxschen Entfremdungstheorie. Weber weist auch darauf hin, dass solche Tätigkeiten krank machen können – unter anderen durch die Auswirkungen auf die Gefühlkultur (siehe dazu auch Henning).

Die amerikanische Soziologin Arlie R. Hochschild, die auch in diesem Band vertreten ist, hatte frühzeitig auf die *Kommerzialisierung der Gefühle* (1983) aufmerksam gemacht, die mit dieser neuen, «flexiblen» Arbeitskultur verbunden ist (die Gefühle berühren neben Weber und Henning auch Hochschild und Rubbel). Sie ist zwar aus auf «Selbstbestimmung» (Sappelt), diese wird aber – und das ist das Paradox – nicht einfach erlaubt, sondern nunmehr vorgeschrieben und zugleich auf erwünschte Richtungen restringiert. Das kann zu recht subtilen Formen des Leidens führen, die von Wolfgang Weber subtil beschrieben werden. Der Marxismus des 21. Jahrhundert könnte also die Form einer «Pathosophie» annehmen (Weizsäcker 1956; eine Richtung, die auch Axel Honneth der künftigen «kritischen Theorie» vorgezeichnet hat, allerdings bislang ohne ersichtliche Rückbindung an eine Gesellschaftstheorie). Interessanterweise schlägt der amerikanische Philosoph Kevin O. Brien eine ähnliche Richtung ein, indem er den humanistischen Marxismus der

Praxisschule mit dem Buddhismus parallelisiert. Dass es dafür eine starke Konkurrenz gibt, da auch der gegenwärtige Kapitalismus sich mehr und mehr als Religion geriert, berührt der Text von Arlie R. Hochschild (siehe Baecker 2003).

Dass Selbstverwirklichung in der Marxschen Vorstellung anders aussah als die heutige, primär manageriell und arbeitsorganisatorisch verordnete «Subjektivierung von Arbeit» (Moldaschl 2002) zeigt auf ingeniose Weise Birger Priddat. Er beschreibt die Marxsche Vision einer «allseitige[n] Verwirklichung des Individuums» (MEW 3, 273) dennoch, und für manche sicher provozierend, in der Sprache heutiger Managementtheorien. Umso anregender daher seine Marx-kritischen Töne: der Kommunismus erscheint in seiner Lesart als Gesellschaftsform, die es den Menschen zur *Auflage* macht, sich selbst zu verwirklichen. Diese gewisse Illiberalität wäre dann auch an heutigen Vorwegnahmen des Kommunismus zu kritisieren, etwa der sog. «Wissensgesellschaft» (bereits der Soziologie Thomas Merton sprach ja vom «Kommunismus des Wissens»); sofern man von einer solchen ernsthaft sprechen kann.

Diese Art, Marx gegen den Strich zu lesen, erlaubt auch neue Perspektiven auf dessen Werk. Bereits Moishe Postone (1993) hat Marxens Schwerpunkt in der Behandlung der *Zeit* gesehen. In der Tat: zeigt Priddat auf, wie eine freie Zeitpolitik (post revolutionem) aussehen *könnte*, so legt der Beitrag von Arlie Hochschild dar, was die Auswirkungen der flexiblen Arbeitskultur auf die *gegenwärtige* Zeitpolitik sind. Die Menschen arbeiten immer länger, doch während die «neue Arbeit» durch neue Technologien und Organisationsweisen immer individualisierter wird, zieht in das Privatleben nun umgekehrt der Taylorismus ein. Das wiederum hat natürlich Konsequenzen auf die Struktur der Familie – mittelfristig verschiebt sich das ganze Wertesystem der Gesellschaft, es kommt zu einer immer größeren Aushöhlung rekreativer Momente, die doch für jede Kultur von entscheidender Bedeutung sind.

Soweit, so schlecht; doch es gibt auch Lichtblicke. Marx bezieht Kultur und Ökonomie – wenn man will: Basis und Überbau – zwar aufeinander, doch sie sind nicht identisch, und so kommt es zwischen ihnen zu Verschiebungen, Brüchen und Widersprüchen, die emanzipatorisch genutzt werden können. Dass es solche «cultural lags» gibt – einen Widerspruch der «materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft ... mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder ... Eigentumsverhältnissen»

(MEW 13, 9) – zeigt anhand technischer Möglichkeiten, die nicht genutzt werden können, der Text von Benedikt Rubbel; am derzeit ungenutzten Potential sinnvoller Arbeit der Text von Sven Sappelt an. Auch Eike Bohlken schlägt dialektischen Funken aus einem solchen Missverhältnis, indem er gerade am Gipfel fetischisierter Marktförmigkeit, der «Marke», das Potential zu einem Verhalten freilegt, dass die reine Marktförmigkeit transzendiert. Folgt man Thore Priem (der übrigens Antonio Negri, der solche Visionen ebenfalls pflegt und übertreibt, gekonnt kritisiert), lässt sich auch das Gegenteil denken, dass nämlich die einmal gewählten rechtlichen Formen destruktive «Produktivkräfte» im Zaum halten können. In dieser Hinsicht begnügt sich der Band also nicht mit adornitischer Schwarzseherei und Fatalismus.

Es gibt Themen, die eher implizit behandelt werden – das Geschlechterverhältnis und die Benachteiligung von Frauen in Beruf *und* Familie etwa wird von Hochschild, Maurer, Rubbel und Sappelt aufgegriffen, darüber ließe sich aber sicher noch mehr sagen (siehe Nickel 2001). Dasselbe gilt für eine Reihe weiterer Themen, die unmöglich alle in einem so kleinen Bändchen behandelt werden können – das ist auch gar nicht sein Anspruch, und wer weiterlesen will, greife auf die genannten weiteren Glossare von Bröckling und Schröter zu. Der vorliegende Glossar ist sowenig vollständig wie genormt: vertreten sind durchaus verschiedene Ansätze, und es soll gar nicht der Eindruck erweckt werden, hier träte dem Leser ein «einheitlicher» Marx entgegen. Wenn die Unabgeschlossenheit dieses Glossars eine Anregung sein kann, weiter mit Marx über unsere Gegenwart nachzudenken – umso besser! Es ist noch nicht aller Tage Abend. Wir haben noch Zeit, eine ganze Reihe Apfelbäumchen zu pflanzen.

Friedrichshafen am Bodensee, 31. Januar 2006

Literatur:

- Baecker, Dirk (Hg.) (2003): *Kapitalismus als Religion*. Berlin
- Bottomore, Tom (ed.) (1983): *A Dictionary of Marxist Thought*.
Oxford
- Bröckling, Ulrich/ Krasmann, Susanne/#Lemke, Thomas (Hg.) (2004):
Glossar der Gegenwart. Frankfurt/Main
- Bruhn, Jürgen (2005): *Raubzug der Manager. Oder: Die Zerstörung
des Sozialstaates*. Hamburg
- Carver, Terrel (1987): *A Marx Dictionary*. Cambridge
- Eatwell, John (ed.) (1987): *The New Palgrave: Marxian Economics*.
New York
- Gerhardt, Volker (Hg.) (2001): *Marxismus. Versuch einer Bilanz*.
Magdeburg
- Gesellschaft für kritische Philosophie Nürnberg (Hg.) (2005):
«Schwerpunkt: Was bleibt vom Marxismus?» *Aufklärung und
Kritik, Sonderheft 10/2005*. Erlangen
- Habermas, Jürgen (Hg.) (1979): *Stichworte zur geistigen Situation der
Zeit*. Frankfurt/Main
- Haug, Wolfgang Fritz (Hg.) (1994-2004): *Historisch-Kritisches
Wörterbuch des Marxismus*. Hamburg
- Hempel, Carl G./Oppenheim, Paul (1948): «The Logic of
Explanation», in: *Philosophy of Science* 15 , S. 135-175
- Henning, Christoph (2005): *Philosophie nach Marx. 100 Jahre
Marxrezeption und die normative Sozialphilosophie der
Gegenwart in der Kritik*. Bielefeld
- Hirsch, Joachim (1996): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat,
Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*.
Berlin/Amsterdam
- Honneth, Axel (2006): *Verdinglichung Eine anerkennungstheoretische
Studie*. Frankfurt/Main
- Klein, Dieter (2001): «Globalisierung und «Standort Deutschland».
Unausweichliche Handlungszwänge à la Marx oder
Gestaltungsfreiräume in Anknüpfung an Marx?» in: Gerhardt,
Volker (Hg.): *Marxismus. Versuch einer Bilanz*. Magdeburg,
S. 509-540
- Kohli, Martin (2003): «Der institutionalisierte Lebenslauf: ein Blick
zurück und nach vorn», in: Allmendinger, Jutta (Hg):
Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen 2003, S. 525-545

- Kumpf, Richard (1983): *Schlag nach bei Marx. Kleines Marxwörterbuch*. Frankfurt/Main
- Kuruma, Samezon (Hg.) (²1977): *Marx-Lexikon zur politischen Ökonomie*. Vaduz
- Labica, Georges (Hg.) (1983-1989): *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Berlin
- Lieber, Hans-Joachim/Helmer, Gerd (Hg.) (1988): *Marx-Lexikon. Zentrale Begriffe der politischen Philosophie von Karl Marx*. Darmstadt
- Löw, Konrad (1985): *Marxismus Quellenlexikon*. Köln
- Lukács, Georg: «Vorwort» (1967) zur Neuauflage, in: MEW: *Geschichte und Klassenbewusstsein. Werke Band 2*, Darmstadt/Neuwied, S. 11-41
- MEW: Karl Marx/Friedrich Engels (1956 ff.): *Werke*, 42 Bände, Berlin. Wo nicht anders angegeben, werden Marx' und Engels' Schriften mit Bandangabe und Seitenzahl nach dieser Ausgabe zitiert.
- Moldaschl, Manfred (Hg.) (²2003): *Subjektivierung von Arbeit*. München
- Müller, Horst (Hg.) (2005): *Das Praxis-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft*. Norderstedt
- Nickel, Hildegard M. (2001): «Frauenfragen zum Marxismus: Marx, Engels und die feministische Debatte um die Arbeit», in Gerhard, Volker (Hg.): *Marxismus. Versuch einer Bilanz*. Magdeburg, S. 541-564
- Postone, Moishe (1993/2003): *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx*. Freiburg
- Reimon, Michel/Felber, Christian (2003): *Schwarzbuch Privatisierung: Was opfern wir dem freien Markt?* Wien
- Schröter, Jens/Schwering, Gregor/Stäheli, Urs (Hg.) (2006): *Media Marx. Ein Handbuch*. Bielefeld
- Williamson, Oliver E. (1990): *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus. Unternehmen, Märkte, Kooperationen*. Tübingen
- Weizsäcker, Viktor von (1956): *Pathosophie*, Göttingen

Bernhard Schindlbeck

«Anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist seit Jahren das soziale Hauptproblem in der Bundesrepublik.»
Memorandum-Gruppe 1980, 1514

«Arbeitslosigkeit ist zum zentralen gesellschafts-
politischen Problem der 90er Jahre geworden.
Sie droht auf hohem Niveau zu einer permanenten,
vom wirtschaftlichen Zyklus relativ unabhängigen
gesellschaftlichen Realität zu werden.»
SOFI-Mitteilungen 1995, 99

Angesichts nahezu täglich neuer Meldungen über massiven Stellenabbau in allen Industrieländern bei seit Jahrzehnten anhaltender hoher Massenarbeitslosigkeit (und Arbeit meint hier immer Lohnarbeit) verwundert es nicht, dass immer häufiger Diagnosen wie die folgende gestellt werden: «Die Arbeitsgesellschaft hat ihre Zukunft hinter sich» (Nürnberger 2003, 15).

Die Gruppe *Krisis* um den Werttheoretiker Robert Kurz proklamiert gar: «Der Klassenkampf ist zu Ende, weil die Arbeitsgesellschaft am Ende ist» (*Krisis* 1999, 26). Das 1958 von Hannah Arendt zum ersten Mal als Menetekel an die Wand gemalte Bild von der «Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist» (Arendt 1981, 12), ist zum Gemeinplatz geworden, und die aufgezeigten Konsequenzen sind allemal düster. Ulrich Beck etwa konstatiert:

«Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab. Arbeitslosigkeit ist kein Randschicksal mehr, sie betrifft potentiell alle – und die Demokratie als Lebensform. Aber der globale Kapitalismus, der die Verantwortung für Beschäftigung und Demokratie abstreift, untergräbt auch seine eigene Legitimität. Bevor ein neuer Marx den Westen wachrüttelt, gilt es, längst fällige Ideen und Modelle für einen veränderten Gesellschaftsvertrag aufzugreifen. Die Zukunft der Demokratie jenseits der Arbeitsgesellschaft muss neu begründet werden» (Beck 1996, 140).

Hier wird Arbeitslosigkeit zwar mit Kapitalismus in Verbindung gebracht, aber, so hätte der alte Marx gesagt, dennoch nicht

richtig begriffen. Abgesehen davon, dass *der Kapitalismus* noch nie «Verantwortung für Beschäftigung und Demokratie» hatte und sie deshalb auch nicht abstreifen kann, dass somit dem Kapitalismus die Frage nach seiner eigenen Legitimität immer gleichgültig war, dass der Gesellschaftsvertrag immer schon eine ideologisch motivierte Fiktion war, die dazu dient, Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse zu kaschieren, und deshalb auch ein veränderter Gesellschaftsvertrag nicht hilft, das Problem der Arbeitslosigkeit zu bewältigen oder der Demokratie frische Legitimation zu beschaffen, bedarf es keines neuen Marx, der der westlichen Zivilisation ihr Schicksal erklärt; es genügt, wenn man die Schriften des alten Marx genau liest. Denn es gibt bislang wohl keine Theorie, die plausibler erklären könnte, weshalb der Kapitalismus zwangsläufig fortlaufend und tendenziell immer mehr Arbeitslosigkeit produziert.

Zweifellos richtig ist Becks Szenario des Legitimationsverlustes für das politische System, der durch die wachsende Massenarbeitslosigkeit und durch die damit induzierte endemische Krise herbeigeführt wird, denn der «Legitimitäts Glaube» (Max Weber), ohne den keine Form der politischen Herrschaft auskommt, stützte sich nach einem knappen Jahrhundert des kontinuierlich ausgebauten Sozialstaats immer weniger auf Tradition, Charisma oder Legalität, sondern mehr und mehr auf die Effizienz der Politik in Bezug auf Daseinsvorsorge und lebensweltliche Seinsmöglichkeiten der Masse der Individuen, auf Absicherungen aller Art (Krankheit, Alter, etc.) und damit auch auf den Arbeitsmarkt.

Nicht nur, dass konstant hohe und zunehmende Arbeitslosigkeit die auf Berufsarbeit und so genannten «Normalarbeitsverhältnissen» basierenden Sozialversicherungssysteme gefährdet, Langzeitarbeitslosigkeit ist für die Betroffenen auch ein gesellschaftliches Stigma und bedeutet deren zumindest teilweisen Ausschluss aus dem sozialen und kulturellen Leben (siehe den Artikel zur Exklusion in diesem Band). Lange Zeit korrelierte sie mit einem niedrigen Bildungsabschluss und mangelnder Qualifikation, doch erstreckt sie sich heute mehr und mehr auf besser gebildete Schichten und hoch qualifizierte Arbeitnehmer, etwa Akademiker, deren spezifische Qualifikation auf dem Markt nicht mehr gefragt ist.

Wenn aber gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten für immer mehr Bevölkerungsteile verschlossen bleiben, bedeutet dies für das demokratische politische System einen Verlust an

Wertschätzung, gerade dann, wenn man es nur als inhaltsleere «Formaldemokratie» auffasst, als bloßen Wahlmechanismus und Appendix an die kapitalistische Wirtschaft, der nur als Methode zur Installation der regierenden Elite dient, wobei Parteien und Politiker nach dem marktwirtschaftlichen Modell um Wählerstimmen konkurrieren. Parteien und Politiker nämlich, die das Essentielle nicht zu leisten vermögen, verdienen – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausrichtung – keine Wählerstimmen. Nicht nur die gesamte politische Klasse, sondern die «demokratische Methode» (Schumpeter 1942, 428) als solche verliert ihre Legitimation.

Richtig sind auch Becks Widerlegungen des von allen politischen Parteien und allen Regierungen gepflegten Mythos, dass Vollbeschäftigung irgendwann wieder erreichbar sei: Die monokausale Sicht, dass Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Land nur durch die im Vergleich zu anderen Ländern zu hohen Lohnkosten verursacht sei, ist nicht weniger falsch als die Annahme, im Dienstleistungssektor und in der Informationstechnologie entstünden dauerhaft neue Arbeitsplätze in ausreichender Zahl.

Schon 1986 stellte Ulrich Beck in seinem populär gewordenen Buch *Risikogesellschaft* fest:

«War man bisher davon ausgegangen, daß eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen wird, so wird in den letzten Jahren erkennbar, daß beides zwei voneinander unabhängige Größen sind» (Beck 1986, 228 f.).

Dennoch wird die Erkenntnis, dass Wirtschaftswachstum nicht unbedingt zum Entstehen von Arbeitsplätzen, sondern unter Umständen nur zu *jobless growth* führt, von den vorherrschenden Wirtschaftslehren in aller Regel ebenso unterschlagen wie die Tatsache, dass internationale Vergleiche von Arbeitslosenzahlen wenig wert sind, da die Kriterien und Definitionen von Arbeitslosigkeit zu unterschiedlich und die Dunkelziffern oft so hoch sind, und dass die jeweils vorgelegten Statistiken nur als frisiertes Material zur Stützung bestimmter Meinungen über politische Strategien dienen. In Großbritannien etwa gilt nicht als arbeitslos, wer mehr als 15 Stunden pro Woche arbeitet. In vielen kapitalistischen Ländern ist die Situation so, dass ein Mensch (geschweige denn eine Familie) von einem Vollarbeitsplatz nicht leben kann, so dass es neben der wachsenden

Zahl der *working poor* eine hohe verdeckte Arbeitslosigkeit gibt, weil viele Erwerbspersonen in staatlichen Stützungs- oder Fördermaßnahmen untergebracht sind oder – wie z.B. in den USA – sich gar nicht mehr arbeitslos melden, weil sie die Hoffnung längst aufgegeben haben. In der Europäischen Union etwa gab es Ende 2005 insgesamt ca. 10% Arbeitslose und 48% prekär Beschäftigte, davon 16% Scheinselbstständige, 18% in Teilzeit und 14% nur befristet Beschäftigte (Altvater 2005, 1). Und die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen stellt fest:

«Das weltweite Wirtschaftswachstum versagt immer mehr dabei, sich in neuen und besseren Arbeitsplätzen niederzuschlagen, die zu einer Verminderung der Armut führen ... Die Hälfte aller Arbeitskräfte in der Welt verdient gegenwärtig immer noch nicht genug, um mit ihren Familien über die Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag zu kommen» (ILO 2005).

Natürlich dient die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit nicht erst unter den Bedingungen der Globalisierung (wo sich in anderen Ländern, ja manchmal schon jenseits der Landesgrenze traumhaft niedrige Lohnniveaus finden) den Arbeitgebern, d.h. dem Kapital als Druckmittel – «als Disziplinarwaffe» (Dobb 1973, 49), um die Arbeitnehmer zu Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung und anderen Einbußen zu nötigen. Oft genug jedoch werden, nachdem sich die Arbeitnehmer eklatanten Lohnverzicht abpressen ließen, nach wenigen weiteren Jahren die Betriebe dann doch dicht gemacht und Tausende von Leuten auf die Straße gestellt. Über den unter Politikern und Journalisten in Mode gekommenen Appell an das Unternehmertum, sprich an das Kapital, soziale oder patriotische Verantwortung zu zeigen, hätte sich Marx vermutlich sehr amüsiert.

Das Kapital ist eine abstrakte und anonyme soziale Struktur eigenen Wesens und eigener Dynamik, die nicht anders kann, als ihrem Wesen gemäß zu funktionieren, und sein einziger Imperativ ist, sich zu vermehren – ohne Rücksicht auf Mensch, Natur, Schöpfung oder sonst etwas. Das ist sein ganzer Sinn und Zweck. Von einer sozialen Verantwortung des Kapitals zu sprechen ist deshalb entweder kindliche Naivität, bloße Sentimentalität – oder ein schlechtes Ablenkungsmanöver. Es hat keinen Sinn sich darüber zu entrüsten, dass «Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt», Nachrichten über geplanten Stellenabbau als

«Siegesmeldungen an der Wall Street» gelten (Beck 1996, 142) und die Aktienkurse in die Höhe treiben. Soziale Marktwirtschaft, d.h. wohlfahrtsstaatlich abgefederter Kapitalismus als Konzession an die bis circa 1990 drohende Systemalternative des so genannten «real existierenden» Sozialismus, ist Vergangenheit. Der Kapitalismus hat seine Maske der Menschlichkeit wieder weggeworfen, man kann auch sagen, er befindet sich – was seinen Umgang mit der Ware Arbeitskraft anbelangt – auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert, zu wachsender Pauperisierung und zum «neoliberalen» Manchestertum, wenn man so will, an dem allerdings wenig neu ist.

Weshalb nun aber wird in der Akkumulation von Kapital, in seinem Verwertungsprozess unvermeidlich immer mehr menschliche Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess entlassen? Marx analysiert das investierte Kapital nach seiner von ihm so genannten «organischen Zusammensetzung» aus konstantem und variablem Anteil: C (investiertes Kapital) = $c + v$ (MEW 23, 226). Letzterer Anteil (v) ist der in menschliche Arbeitskraft verausgabte Teil, welche für den Kapitalisten den Mehrwert produziert; das konstante Kapital (c) ist das «in Produktionsmittel, d.h. in Rohmaterial, Hilfsstoffe und Arbeitsmittel» investierte Kapital. Es «verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozeß» und wird daher konstantes Kapital genannt (MEW 23, 223). Der variable Teil verändert im Produktionsprozess seinen Wert:

«Er reproduziert sein eigenes Äquivalent [den in Geld oder Lebensmitteln ausgedrückten Wert, der zur Wiederherstellung der Arbeitskraft erforderlich ist, BS] und einen Überschuß darüber, Mehrwert, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann» (MEW 23, 224).

Mehrwert ist jener Wertanteil des hergestellten Produkts, den der Kapitalist einstreicht, nachdem er dem Arbeiter seinen Lohn entsprechend dem Wert der Ware Arbeitskraft entrichtet hat. Letztere stellt eben *mehr Wert* her, als sie selbst «wert» ist. Nach erfolgter Produktion ist deshalb der Wert des investierten Kapitals um diesen Mehrwert (m) gewachsen: $C' = c + v + m$. Der Mehrwert lässt sich steigern, wenn man durch Investitionen das konstante Kapital in einer Weise erhöht, dass durch gesteigerte Rationalisierung die Produktivität so stark wächst, dass der Wert der Arbeitskraft (die Lebensmittel für die Arbeitenden im weitesten Sinn, mit denen die Arbeitskraft reproduziert wird)

Arbeitslosigkeit

in noch kürzerer Zeit hergestellt werden kann. In Relation zu den sachlichen Arbeitsmitteln wird also immer weniger in Arbeitskraft investiert.

Die Rationalisierung ergänzende Möglichkeiten, mit derselben oder weniger menschlicher Arbeitskraft dieselbe oder eine größere Menge an Produkten zu produzieren, sind die Ausdehnung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn oder die Verdichtung der Arbeitsprozesse, d.h. mehr und schnellere Arbeit in gleicher Zeit. Wer Lohnkosten senkt, wer Arbeitskräfte entlässt, um die verbleibenden Arbeitskräfte mit besserer maschineller Ausstattung, oder nur schneller und mehr arbeiten zu lassen, oder wer Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlagert, dessen Aktienkurse steigen – und das ist im shareholder-value-Kapitalismus die Hauptsache.

Obwohl nur das variable Kapital Mehrwert produzieren kann – denn das ist das Eigentümliche menschlicher Arbeitskraft: mehr Wert herzustellen, als sie selbst besitzt –, investieren die Unternehmer (die Kapitalisten bzw. ihre hoch dotierten Angestellten, die Vorstände der Aktiengesellschaften, die nur formal Angestellte sind) also vorzugsweise in verbesserte, effektivere Arbeitsmittel, denn nur so können sie eine höhere Produktivität der menschlichen Arbeitskraft (d.h. mehr output in gleicher Zeit, oder denselben output in weniger Zeit) erzielen. Es wird also relativ weniger menschliche Arbeitskraft für denselben oder sogar noch höheren Profit benötigt.

«Es kann dieselbe Masse Waren – auch von denen, die in die Konsumtion der Arbeiter eingehen – produziert werden und mehr davon, obgleich weniger Kapital, ein geringerer Teil des Gesamtprodukts in variables Kapital verwandelt, in Arbeitslohn verausgabt wird» (MEW 26.2, 561).

Als wollte er Marx unbedingt bestätigen, sagt der Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Eggert Voscherau:

«Grundsätzlich werden wir in der Industrie, auch in der Chemiebranche, weiter Stellen abbauen. Wir steigern unsere Produktivität und stellen mit weniger Leuten mehr her» (*Süddeutsche Zeitung*, 7.11.2005, S. 20).

Kurz nach dieser Ankündigung wird gemeldet:

«Die deutsche Chemieindustrie strotzt vor Kraft. Gestützt auf ein unerwartet gutes Jahr 2005, herrscht überwiegend große Zuversicht, daß auch 2006 die Auftragsbücher prallvoll sein werden. Unternehmen, Verbände und Branchenexperten sind beinahe einhellig der Ansicht, dass die international gute Chemiekonjunktur bis 2007 oder gar 2008 anhält» (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.12.2005, S. 14).

Personalabbau auch in Zeiten der Hochkonjunktur ist etwas, das es nach gängigem bürgerlichem Verständnis der Wirtschaft gar nicht geben dürfte. Marx hingegen liefert eine plausible Erklärung des Phänomens. Er widmet der Arbeitslosigkeit, die mit dem Kernstück seiner Theorie, der Akkumulation des Kapitals und dem tendenziellen Fall der Profitrate, in unmittelbarem Zusammenhang steht, im ersten Band seines berühmtesten Werkes unter der Überschrift «Progressive Produktion einer relativen Übervölkerung oder industriellen Reservearmee» einen eigenen Abschnitt (MEW 23, 657-670). Die Asymmetrie bei der Investition in Maschinerie und in Arbeit, die relativ und nachhaltig abnehmende Investition in Arbeitskraft ist verantwortlich für den «tendenziellen Fall der Profitrate»:

«Wenn ich sage, die Profitrate nimmt mit der Akkumulation ab, weil das konstante Kapital wächst im Verhältnis zum variablen, so heißt das, von der bestimmten Form der Teile des Kapitals abgesehen: das angewandte Kapital wächst im Verhältnis zur labour employed. Der Profit fällt nicht [deshalb], weil der Arbeiter weniger exploitiert wird, sondern weil im Verhältnis zum angewandten Kapital überhaupt weniger Arbeit angewandt wird.» So erklärt sich auch, «warum mit der Akkumulation weniger Arbeiter auf dieselbe Masse Kapital kommen, oder, was dasselbe ist, eine größere Masse Kapital auf dieselbe Arbeit» (MEW 26.3, 300).

Die Mehrwertrate ist das Verhältnis von erzieltm Mehrwert zu eingesetztem variablem Kapital (v); die Profitrate das Verhältnis von Mehrwert zu insgesamt eingesetztem Kapital ($c+v$). Da Mehrwert nur von Arbeitskraft produziert werden kann, der Anteil letzterer an der Gesamtinvestition aber zurückgeht, während das konstante Kapital steigt, wird die Relation $m/c+v$ immer niedriger. Da es im Wirtschaftskreislauf in erster Linie

nicht um absolute Größen geht (die absolute Masse des Profits wächst in der Regel), sondern um Relationen (vor allem um den Profit *im Verhältnis* zum eingesetzten Kapital), richtet Marx sein Augenmerk auf die Entwicklung dieser Relationen, also eben die Profitrate, die insgesamt und in ihrer Grundtendenz fällt, was allerdings temporäre oder branchenspezifische Gegenbewegungen nicht ausschließt. Marxens Analyse der organischen Zusammensetzung des investierten Kapitals, anders gesagt: das «Gesetz der progressiven Abnahme der relativen Größe des variablen Kapitals» (MEW 23, 660), macht begreiflich, weshalb Arbeitslosigkeit nicht nur als Krisenphänomen in den zum normalen Konjunkturzyklus gehörenden Zeiten des Abschwungs und der Rezession auftritt, sondern ein unvermeidliches Dauerphänomen ist.

Häufig wird die quasi ein Versprechen beinhaltende Ansicht kolportiert, dass bei genügend hohem Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit nachhaltig reduziert werden könne, wobei meist gleichzeitig behauptet wird, ein höheres Wirtschaftswachstum sei die Folge von niedrigeren Unternehmens- oder Vermögenssteuern und minimalen, am besten ganz auf Null zurückgefahrenen Arbeitnehmerrechten (Mitbestimmung, Kündigungsschutz etc.; siehe den Beitrag «Neoliberalismus»). Dass Regierungen und Gesetzgeber auf wenig Widerstand auf Seiten der abhängig Beschäftigten treffen, wenn sie den Kapitalinteressen entsprechen, dass sich die Arbeitnehmer im Gegenteil bei dem stets drohenden Gespenst der Arbeitslosigkeit auf immer menschenunwürdigere Konditionen einlassen, leuchtet ein. Ob aber niedrige Steuersätze und Arbeitsbedingungen ohne jeglichen Schutz für Arbeitnehmer wirklich zu mehr Wirtschaftswachstum führen, ist so fraglich wie die Hoffnung, dass höhere Investitionen allein die Arbeitslosigkeit verringern. Es ist nämlich keineswegs so, dass eine Erhöhung investierten Kapitals automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führt. *Jobless growth* ist ein Phänomen, das sich in der Realität immer häufiger beobachten lässt:

«Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch den Umfang des Gesamtkapitals, sondern durch den seines variablen Anteils bestimmt ist, fällt sie also progressiv mit dem Wachstum des Gesamtkapitals, statt ... verhältnismäßig mit ihm zu wachsen. Sie fällt relativ zur Größe des Gesamtkapitals und in beschleunigter Progression mit dem Wachstum dieser Größe» (MEW 23, 658).

Zwar gilt es als Faustregel, dass es zu Neueinstellungen kommt, wenn in konstantes Kapital auf einem annähernd gleich bleibenden technologischen Level investiert wird, wodurch menschliche Arbeitskraft nicht «wegrationalisiert» wird und zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Doch werden solche Phasen, wie Marx konstatiert, immer kürzer und seltener:

«Die Zwischenpausen, worin die Akkumulation als bloße Erweiterung der Produktion auf gegebener technischer Grundlage wirkt, verkürzen sich. [... Es] wird eine in wachsender Progression beschleunigte Akkumulation des Gesamtkapitals erheischt, um eine zusätzliche Arbeiterzahl von gegebener Größe zu absorbieren oder selbst, wegen der beständigen Metamorphose des alten Kapitals, die bereits funktionierende zu beschäftigen» (MEW 23, 658).

Ein hohes Wirtschaftswachstum allein ist also noch nicht hinreichend für die Reduzierung von Arbeitslosigkeit. Deshalb schreibt Marx:

«Daß übrigens mit dem Anwachsen des produktiven Kapitals ... im selben Verhältnis die *angewandte Arbeit* (lebendige Arbeit, der in Salair ausgelegte Teil) wachsen muß, ist ein Irrtum A. Smiths» (MEW 26.1, S. 228), und stellt klar: «Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung» (MEW 23, 658).

Diese Erklärung gilt im Durchschnitt und als Grundtendenz für das Gesamtkapital; in der Realität herrschen natürlich für unterschiedliche Sektoren, Branchen, Unternehmensgrößen, Regionen usw. verschiedene Gegebenheiten und Bedingungen, sodass es zu Entlassungswellen hier bei gleichzeitigen Einstellungen in anderen Bereichen kommen kann. Dennoch ist die «progressive Produktion einer relativen Überbevölkerung oder industriellen Reservearmee» (MEW 23, 657) insgesamt nicht zu verhindern, und sie verschärft sich mit zunehmender Produktivität:

«Die relative Überbevölkerung zeigt sich umso auffallender in einem Lande, je mehr die kapitalistische

Produktionsweise in ihm entwickelt ist» (MEW 25, 246).

Zum einen also gehört Arbeitslosigkeit als unvermeidliche Folge fortschreitender Akkumulation zur Natur des Kapitalismus; zum anderen wird sie in einem gewissen Umfang vom Kapital schon deshalb benötigt, weil bei schnell einsetzendem Aufschwung und Wachstum eine Reservemenge an Arbeitskraft zur Verfügung stehen muss. Daher auch Marxens Terminus der «industriellen Reservearmee».

«Wenn aber eine Surplusarbeiterpopulation notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Übervölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine disponible industrielle Reservearmee, die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eignen Kosten großgezüchtet hätte. Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite exploitable Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme» (MEW 23, 661).

Arbeitslose können periodisch und befristet von Branchen mit geringerer Produktivität und Rationalisierung aufgesogen werden, aber mit dem akkumulierten Kapital wird auch dort alsbald die Automatisierung eingeläutet und wieder Personal abgebaut. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert (und für noch nicht durchgehend industrialisierte Weltregionen gilt dies noch immer) stand die «Wohlfeilheit und Masse der disponiblen freigesetzten Lohnarbeiter» (MEW 25, 246) in manchen Bereichen einer raschen maschinellen Rationalisierung entgegen.

Dadurch «öffnen sich neue Produktionszweige, besonders auch für Luxuskonsumtion, die eben jene relative oft durch Überwiegen des konstanten Kapitals in anderen Produktionszweigen freigesetzte Bevölkerung als Basis nehmen, ihrerseits wieder auf Überwiegen des Elements der lebendigen Arbeit beruhen und erst nach und nach dieselbe Karriere wie in anderen Produktionszweigen durchmachen» (MEW 25, 246 f.).

Abgeschöpfter Mehrwert wird immer auch zur Steigerung der Produktivität durch Automation verwendet: «Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine» (MEW 42, 600). Die sich selbst immer höher steigende Spiralbewegung von Akkumulation und Produktivitätssteigerung bringt unvermeidlich fortwährend Arbeitslosigkeit hervor. Man sieht also, dass Arbeitslosigkeit (auch wenn sie gezielt für Zwecke des Kapitals eingesetzt werden kann) jedenfalls überwiegend keine bewusste Strategie des Kapitals ist, um bei steigender Akkumulation «die Löhne gleich dem Wert der Arbeitskraft» (Sweezy 1974, 109) zu halten und einen Anstieg der Löhne zu verhindern, der eine Inflation verursacht. Wäre Arbeitslosigkeit nur eine «Laune der Reichen», wie Marx in den Frühschriften noch annahm (MEW 40, 471), könnte man letzteren die Laune vergleichsweise leicht austreiben. Wachsende Arbeitslosigkeit ist ein *Wesensaspekt* des Kapitals. Sie gehört zum Kapital wie seine Selbstvermehrung:

«die steigende Produktivkraft der Arbeit erzeugt ..., auf kapitalistischer Grundlage, *mit Notwendigkeit* eine permanente scheinbare Arbeiterüberbevölkerung» (MEW 25, 223; Hvg. BS).

Dass sich unter Bedingungen der Globalisierung und der Abwanderung des Kapitals in Billiglohnländer die Problematik für die Industriestaaten (erst recht unter der Maßgabe, dass der Nationalstaat dem globalen Schalten und Walten des Kapitals machtlos gegenübersteht) noch verschärft, muss nicht näher erläutert werden. Aber auch in heutigen Billiglohnländern wird das Kapital, so wie es «durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet» hat, seine Prinzipien durchsetzen, denn es «zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht untergehen wollen» (MEW 4, 466), und wird somit die ganze Erde erreichen. Globalisierung bedeutet daher auch: globale Arbeitslosigkeit. Slums sind keineswegs eine Zurückgebliebenheit.

Dass innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsweise eine Lösung des Problems wachsender Arbeitslosigkeit nicht möglich ist, stellt eine sich selbst als zivil und aufgeklärt verstehende Gesellschaft und ihr Politiksystem vor die Frage, wie generell mit Arbeitskraft und Arbeitslosen umgegangen werden wird, zumal es inzwischen nicht mehr um konjunkturzyklisch bedingte

«periodische absolute Verelendung der Arbeitslosen» (Mandel 1968, 179) geht, sondern um einen Dauerzustand. Auch ein Wandel hin «zu einem risikoreichen System flexibler, pluraler, dezentraler Unterbeschäftigung» (Beck 1986, 227), zu deregulierten und prekären Arbeitsverhältnissen, verbirgt das Problem nur, trägt aber, da dieser Wandel «nicht einkommensneutral erfolgen kann» und sich nur als «Umverteilung ... *nach unten*» auswirkt sowie «neue soziale Unsicherheiten und Ungleichheiten schafft» (Beck 1986, 226), nichts zur Lösung bei (siehe den Artikel «Selbstverwirklichung» in diesem Band).

Auch eine gleiche Verteilung der vorhandenen Arbeit und radikale Reduktion der Arbeitszeit ergäbe nur bei hinreichendem Lohnausgleich Sinn, wenn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht unter die Armutsgrenze gedrückt, und wenn über ausreichende Kaufkraft eine hinreichende Binnennachfrage erhalten werden soll, ohne welche das Kapital sich nicht verwerthen kann. Dieser Lohnausgleich jedoch würde auf Kosten des Mehrwerts gehen. Jeder Ausweg ist mithin durch das Interesse des Kapitals blockiert. Marxisten verwenden genau diese Crux,

«um zu demonstrieren, daß der Kapitalismus eine Barriere für eine weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse, ja für die zivilisatorische Entwicklung insgesamt darstellt. (...) Wenn die gesellschaftlich notwendige Produktion auf alle Arbeitsfähigen verteilt und auf vieles Überflüssige verzichtet wird (beispielsweise die Rüstung ...) und ebenfalls die aus der kapitalistischen Widerspruchsdynamik resultierenden Kosten durch Arbeitslosigkeit, der psychischen Ausplünderung der Menschen oder der Naturzerstörung, nicht mehr anfallen, braucht der individuelle Einsatz für die gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit monatlich kaum mehr als 25 oder 30 Stunden zu überschreiten» (Seppmann 2005, 11; vgl. auch Mandel 1968, 208).

Solche Aussagen harren der praktischen Verifizierung, die im Kapitalismus allerdings schwer denkbar ist. Dass die Verkürzung von Arbeit nicht nur in von Fremdbestimmung dominierten Verhältnissen ein wesentlicher zivilisatorischer Fortschritt und Autonomiegewinn ist, wird von Marx ausdrücklich mit den Kategorien *Freiheit* und *Notwendigkeit* dargelegt:

«Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört: es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. (...) Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung» (MEW 25, 828).

Heute dagegen steht statt gleichmäßigerer Verteilung der Arbeit die Verlängerung der Wochen-, der Jahres- und der Lebensarbeitszeit auf dem Programm, wie beispielsweise der stellvertretende Vorstandsvorsitzende von BASF und Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, Eggert Voscherau, in einem Interview ganz offen zugibt:

«Um wettbewerbsfähiger zu werden, müssten wir zum Beispiel an die Urlaubstage und Feiertage ran. Das würde die Produktivität enorm steigern. (...) Es muss immer darum gehen, was schadet der Wirtschaft, was nutzt ihr. Das ist mein Maßstab» (*Süddeutsche Zeitung*, 07.11.2005, S. 20).

Daher macht die endemische Arbeitslosigkeit, die mehr und mehr zu einem Angst-Regime wird, dessen Auswirkungen auf mentale und charakterliche Dispositionen, auf Lebensstile und Gesundheit inzwischen in zahlreichen Studien untersucht sind, nur deutlich, dass es schon

«in dem Begriff des *freien Arbeiters* liegt ..., daß er *Pauper* ist: virtueller Pauper. Er ist seinen ökonomischen Bedingungen nach bloßes *lebendiges Arbeitsvermögen* (...) Kann der Kapitalist seine Surplusarbeit nicht brauchen, so kann er seine notwendige nicht verrichten; seine Lebensmittel nicht produzieren. (...) wenn er sie erhält, nur dadurch, daß Almosen von der Revenue für ihn abfallen» (MEW 42, 505).

Die Charakterisierung des Arbeiters als virtueller Pauper zeigt, welcher Zynismus in der oft zu hörenden Behauptung steckt, die Klassengrenze verlaufe heutzutage zwischen Arbeitslosen und «Arbeitsplatzbesitzern». Sie zeigt auch, wie fatal es wäre,

angesichts des *spezifischen* Elendsaspekts der Arbeitslosigkeit aus der Lohnarbeit einen Fetisch zu machen und das zweifelhafte Glück, einen Arbeitsplatz zu haben, die Integration oder Rückkehr in die Ausbeutungsmaschinerie und eine andere Form des Elends, für einen wahren Gewinn zu halten.

Literatur:

- Altwater, Elmar (2005): «S.O.S. Europa» in: *Freitag* 51/52, 23.12.2005, S. 1
- Arendt, Hannah (1958/ 1981): *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*. München
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/Main
- Beck, Ulrich (1996): «Kapitalismus ohne Arbeit» in: *Der Spiegel* Nr. 20, S. 140-146
- Dobb Maurice (1950/1973): «Vollbeschäftigung und Kapitalismus», in derselbe: *Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie*. Frankfurt/Main, S. 41-57
- ILO (Internationale Arbeitsorganisation) (2005): Presseerklärung 48/05 vom 9. Dezember 2005, online unter: <http://www.ilo.org/public/english/bureau/inf/pr/2005/48.htm>
- Mandel, Ernest (1968): *Marxistische Wirtschaftstheorie*. Frankfurt/Main
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*. Frankfurt/Main
- Memorandum-Gruppe (1980): «Sondermemorandum: «Beschäftigungspolitik statt Sparprogramme»», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12, S. 1514-1522
- Nürnberger, Christian (2003): «Ende der Traumzeit. Die Arbeitsgesellschaft hat ihre Zukunft hinter sich», in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.4./1.5. 2003, S. 15
- Schumpeter, Joseph A. (1942/*2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen
- Seppmann, Werner (2005): «Was ist Kommunismus? Versuch über die Zukunftsgesellschaft» in: *Junge Welt*, 23.12.2005, S. 10f.
- SOFI (Soziologisches Forschungsinstitut der Universität Göttingen) (1995): *SOFI-Mitteilungen*, Nr. 22 , S. 97-99
- Sweezy, Paul M. (1942/1974): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*. Frankfurt/Main

Kevin M. Brien

Im Folgenden werde ich argumentieren, dass Buddhismus und Marxismus nicht nur eine Menge gemeinsam haben, sondern sich gegenseitig auch recht gut ergänzen. Der komplementäre Charakter von Buddhismus und Marxismus wird am besten deutlich, wenn wir ihre unterschiedlichen metaphysischen Hintergründe beiseite lassen. Dafür gibt es innerhalb der buddhistischen Tradition einen bekannten Vorläufer. Ein frühes buddhistisches *Sutra* erzählt die Geschichte eines Jüngers von Buddha, der immer unzufriedener mit ihm wurde, weil er nicht solche Fragen beantwortete wie zum Beispiel: ob die Welt im räumlichen Sinne endlich oder unendlich sei, ob die Welt zeitlich ein Ende habe oder nicht usw. In seiner Antwort wies Buddha darauf hin, dass solch metaphysische Fragen Ablenkungen seien, die von den wirklich wichtigen Dingen eher abhielten – nämlich dem Verstehen des menschlichen Leidens und wie es gelindert werden könne. Wer darauf bestünde, dass metaphysische Fragen beantwortet werden müssten, bevor man sich dem menschlichen Leiden zuwende, ähnele Einem, der einen giftigen Pfeil abbekommen hat und sich weigert, den Pfeil herauszuziehen, solange er nicht weiß, zu welcher Kaste der Bogenschütze gehöre, wie groß er sei, mit welcher Art von Federn der Pfeil geschmückt sei usw. Eine solche Person würde am Gift sterben, bevor diese Fragen zu beantworten wären. In gleicher Weise würde es nur das Leiden verlängern, wenn man sich von den metaphysischen Fragen derart einnehmen ließe, dass man es versäumt, das menschliche Leiden möglichst tief zu erforschen.

Jedenfalls möchte ich behaupten, dass das vorrangige Interesse von Buddhismus und humanistischem Marxismus die tiefgehende Beschäftigung mit dem menschlichen Leiden ist. Einen Hauptunterschied zwischen diesen Perspektiven sehe ich hingegen in der unterschiedlichen Betonung der Faktoren, die am menschlichen Leiden beteiligt sind. Der Buddhismus hat sich im Zusammenhang mit dem Leiden traditionell eher mit den inneren Faktoren sowie mit den diversen Techniken und meditativen Disziplinen beschäftigt, die er über die Jahrhunderte entwickelt hat, um auf eine befreiende Weise mit diesen Faktoren zurechtzukommen. Der humanistische Marxismus hat sich andererseits primär mit den *externen Faktoren* befasst, die menschliches Leid verursachen, sowie mit dem fundierten Verständnis der Geschichte und der Entwicklung dieser Faktoren

(besonders dem, was Marx «Produktionsverhältnisse» und «Produktivkräfte» nennt). Wie der Dalai Lama räume ich ganz und gar die Brutalität ein, mit der die einstmals herrschende Klasse in Russland (und andernorts) von dem totalitären marxistischen Regime behandelt wurde, mit der Millionen von Bauern und Arbeitern vom stalinistischen Regime zwangskollektiviert wurden usw. Auch will ich in diesem Zusammenhang nicht vergessen zu erwähnen, mit welcher grausamer Brutalität das tibetische Volk und viele tibetanische Nonnen und Mönche von der Chinesischen Inkarnation des orthodoxen Marxismus unterworfen wurden (ich kann hier das Wort «Inkarnation» benutzen, ohne jemanden zu beleidigen). Es ist aber wichtig zu sehen, dass dies der allen humanistischen Dimensionen des Marxschen Denkens entkleidete *orthodoxe Marxismus* war, der die Menschen im angeblich unvermeidlichen Gang der Geschichte zu Marionetten gemacht hat. Er hat solche «Kolateralschäden» ganz simpel gerechtfertigt – alles im Nahmen der blendenden Zukunft, wie die dogmatische und totalitäre Ideologie sie versprach.

Leider ist das lebendige Herz des authentischen Marxismus aus dieser Ideologie komplett ausgetrieben worden. Es ist also kein Wunder, dass der von dieser Ideologie angeleiteten Wirtschaft, Politik und sozialen Praxis jedes echte Mitleid fehlte. Selbst als die frühen humanistischen Schriften von Marx in den 1940er, 50er und 60er Jahren weit zirkulierten (und lange nachdem der orthodoxe Marxismus ohne Bezug auf diese formuliert worden war) verdammt der orthodoxe Marxismus diese Frühschriften als spekulative Ausflüge, die Marx in seinem späteren Werk aufgegeben habe. All das bedeutet nun aber keineswegs, dass auch Marx kein Mitleid für leidende Menschen gehabt hätte. Vielmehr meine ich, dass gerade das tiefe Mitleiden mit der leidenden Menschheit die hauptsächliche Motivation war, die ihn zu seinem gesamten Lebenswerk antrieb. Noch meint dies, dass die Philosophie des humanistischen Marxismus dem menschlichen Handeln und der wichtigen Rolle des Mitleids in menschlichen Beziehungen nicht den Vorrang einräumen würde. Um dies zu belegen, wende ich mich nun einigen Charakteristika des humanistischen Marxismus zu.

Für Marx ist der Mensch das Wesen der «Praxis». Man könnte nun fragen: was ist Praxis? Praxis ist weder ein Ding oder eine Substanz, noch ist es die Eigenschaft eines Dinges oder einer Substanz. Praxis ist eine Aktivität. Praxis ist die dynamische Interaktion, durch die der Mensch seine Umwelt auf

bestimmte Weise formt – und dabei auch sich selbst. Praxis ist die bewegliche dialektische Schnittstelle zwischen dem menschlichen Organismus und der Umwelt, in der der Mensch angesiedelt ist. Wenn der Mensch ein praktisches Wesen ist, dann muss die menschliche Natur als Prozess verstanden werden. Doch wenn die Natur des Menschen nur als Prozess recht verstanden wird, dann kann man sie nicht mit der Kristallisationsform gleichsetzen, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt hat. Denn die menschlichen Möglichkeiten werden von bestimmten Formen und bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen einer Zeit nicht ausgeschöpft – keine bestimmte Stufe verkörpert die ganze Wahrheit.

Menschliche Realität ist alles, was in der Vergangenheit geschah und in der Gegenwart geschieht, *und doch ist sie mehr als sie in Vergangenheit und Gegenwart gewesen ist*. Mehr noch, um die menschliche Natur zu verstehen, muss man auch die Entwicklung verstehen und wie die Übergänge von einer zur nächsten Stufe zustande kamen. Wie kann man diesen Prozess verstehen? Marx erklärte diese Prozesse, wie viele Leser schon ahnen, mithilfe dessen, was er *Produktivkräfte*, *Produktionsverhältnisse* und *Überbau* nannte.

Solange sich die Entwicklung im Rahmen kapitalistischer Sozialstrukturen abspielt, haben wir nach Marx die strukturbedingte Ausbildung einer zunehmenden Herrschaft der Dinge über das menschliche Leben zu erwarten, und damit eine *zunehmende Entfremdung der Menschen* voneinander, von der Natur, von ihren eigenen Aktivitäten (usw.). Wie bereits erwähnt heißt das jedoch nicht, dass der Mensch in den Augen von Marx ein wirtschaftliches Tier ist. Obwohl es stimmt, dass die «bewusste Tätigkeit» [ein Ausdruck Hegels, den Marx in seinen Frühschriften übernahm, CH], die spezifisch ökonomisch ist, in der bisherigen Geschichte für die meisten Menschen die vorherrschende war, würde Marx die Behauptung zurückweisen, dass wirtschaftliches Handeln notwendigerweise und *immer* dominieren muss. Doch solange wirtschaftliches bewusstes Handeln vorherrscht, so lange werden Menschen von ihrer eigenen Tätigkeit, von deren Produkt, von der Natur und voneinander auch entfremdet bleiben.

Die Grundlage des humanistischen Marxismus ist die Anerkennung der Intensität und Ausbreitung menschlicher Entfremdung in allen ihren Formen sowie des damit einhergehenden weit verbreiteten menschlichen Leidens. Aber Seite an Seite

mit der Anerkennung dessen liegt die andere Einsicht, dass es nämlich *im Prinzip möglich wäre, sie zu überwinden*. Wie Gajo Petrovic seinerzeit schon ausführte: Zu sagen, «dass <der Mensch Praxis ist>, meint, dass der Mensch Gesellschaft, Freiheit, Geschichte und Zukunft ist» (1967, 23). Die Überwindung der Entfremdung beinhaltet unter anderem die Entwicklung der Produktivkräfte bis zu dem Punkt, an dem es technisch möglich wäre, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, ohne damit die kulturelle Dominanz der wirtschaftlich bewussten Aktivität zu erzwingen. Es bedarf also der Überwindung von «Produktions- und Reproduktionsverhältnissen» (ob kapitalistisch, «staatlich» oder staatskapitalistisch), die die Vorherrschaft der wirtschaftlich bewussten Tätigkeit aufrechterhalten. Es muss ein Wandel in den Vergesellschaftungsformen und sozialen Beziehungen herbeigeführt werden, im deren Rahmen Frauen und Männer sich reproduzieren – ein Wandel, der die volle Entfaltung des Individuums, die Verwirklichung des menschlichen Wesens zulässt. Und es bedarf eines Bewusstseinswandels auf breiter kultureller Ebene.

Alles das und mehr ist nötig, um das Wesen des Menschen im Sinne von Marx voll zu realisieren – das Ideal einer vollen menschlichen Entwicklung. Und was ist das? Für Marx ist das Wesen des Menschlichen die «freie bewusste Tätigkeit» (MEW 40, 516), die die Welt und das Selbst formt und verändert. Diese Sicht von Marx impliziert folgendes. Solch bewusste Tätigkeit ist spontan und kreativ und wird als Selbstzweck erfahren. Es ist eine bewusste Tätigkeit, die in ihrem Verlauf Freude und Glück bringt, und nicht bloß danach (wenn überhaupt). Es ist also eine bewusste Tätigkeit, die nicht länger als Mittel zu äußerlichen Zwecken dient. Diese bewusste Tätigkeit ist keine einseitige Entwicklung des Individuums mehr; vielmehr geht es um die vielseitige Entwicklung der individuellen Möglichkeiten. Bei alledem ist diese Art von Tätigkeit doch nicht mit einer Verleugnung oder Unterdrückung des Anderen verknüpft, während sie sich selbst bestätigt. Denn es ist eine weltliche Tätigkeit, die eine Weise des in-der-Welt-Seins [ein Ausdruck Martin Heideggers, CH] gewählt hat, die universalisierbar ist – eine Seinsweise, die nicht unterdrückend, gewaltfrei, nicht rassistisch und nicht sexistisch ist. Als Hinweis auf solch humanisierte Sozialbeziehungen nehme man diese verblüffende Passage aus Marx' *Pariser Manuskripten* (1844):

«das Verhältnis des Mannes zum Weib ist das natürlichste Verhältnis des Menschen zum Menschen. In ihm zeigt sich also, in[wie]weit das natürliche Verhalten des Menschen menschlich oder inwieweit das menschliche Wesen ihm zum natürlichen Wesen, inwieweit seine menschliche Natur ihm zur Natur geworden ist. In diesem Verhältnis zeigt sich auch, in[wie]weit das Bedürfnis des Menschen zum menschlichen Bedürfnis, inwieweit ihm also der andre Mensch als Mensch zum Bedürfnis geworden ist» (Marx, MEW 40, 535).

Obwohl Marx diese Sprache nicht benutzt, möchte ich behaupten, dass das, was er hier entwirft, letztlich auf einen *relativen Primat der spirituellen Dimension der menschlichen Realität* im Übergang vom Kapitalismus zum echten Sozialismus hinausläuft. Mit anderen Worten: er fordert implizit eine spirituelle Revolution – und zwar eine, die meiner Auffassung nach der spirituellen Revolution, die der Dalai Lama in seinem wunderbaren Buch *Ethik für das neue Jahrtausend* (1999) fordert, inhaltlich recht nahe kommt. Ich glaube, man kann mit einigem Recht sagen, dass Marx ein «halber Buddhist» gewesen ist.

Mir ist klar, dass die Behauptung, Marx habe die Realität einer spirituellen Dimension anerkennt, für die meisten westlichen Menschen verwirrend sein wird. Schließlich hat sich in der westlichen Psyche eine Art kultureller Gleichung eingebürgert, die das Spirituelle notwendigerweise mit der Realität eines Überirdischen gleichsetzt, einer Substanz der Seele und mit dem traditionellen Schöpfergott. Menschen aus der buddhistischen Tradition wird eine solche Behauptung allerdings keineswegs verwirren. Denn diese Tradition akzeptiert die Projektion eines Schöpfergottes wie im Christentum und anderen westlichen Religionen ebenso wenig wie Marx; noch teilt sie die Annahme einer substantiellen und unsterblichen Seele. Was Marx angeht, so kann er die Realität einer spirituellen Dimension zugeben – schlicht auf der Grundlage des ontologischen Vorrangs biologischer Organismen, die wir Menschen ja sind. Der Vorrang umfasst auch die organische und anorganische Welt der Natur, mit der wir die ganze Zeit interagieren. Die Welt der Natur gegenüber der spirituellen Dimension als ontologisch primär und als deren notwendige Grundlage zu betrachten, bedeutet eben nicht, dass man die Spiritualität reduktionistisch mit der Materie erklären könnte.

Das, was in der geistigen Dimension während der Perioden des dramatischen Übergangs im menschlichen Sozialleben geschieht, in denen eine Gesellschaftsformation durch eine andere ersetzt wird, ist überaus wichtig. Denn in dieser Dimension wird die Aufmerksamkeit auf die relative Zufriedenheit oder Unzufriedenheit und auf die grundlegenden Existenzbedürfnisse gelenkt; in ihr gehen ältere Formen der Spiritualität zugrunde und neue entstehen. Mehr noch, der Bedeutungsverlust bestehender Artikulationsformen der Existenzbedürfnisse im Zusammenhang mit einer gegebenen Gesellschaftsformation ist oft ein Vorbote solch dramatischer sozialer Übergänge. Ein Wechsel der spirituellen Dimension würde eine Reorganisation der dynamischen Energien der psychischen Infrastruktur bedeuten. Manche dieser Organisationsweisen der psychischen Infrastruktur sind unter gegebenen Umständen anscheinend existenziell erfüllender und beglückender, während andere dies weniger oder existenziell sogar bedeutungslos sind. Das hängt alles von den konkreten sozialen Umständen ab sowie von der Art und Weise, wie die einzelnen Menschen das Leben, wie es von bestimmten Artikulationen der Existenzbedürfnisse [also bestimmten Weltbildern, CH] vorentworfen wird, selbst erleben. Anders jedenfalls als geläufige Interpretationen des historischen Materialismus gehe ich davon aus, dass in Perioden der dramatischen gesellschaftlichen Umwälzungen die Elemente des sozialen Überbaus *zusammen mit der spirituellen Dimension, wie sie hier beschrieben wird*, einen relativen Primat über die ökonomische Basis haben – und dass das in Marx' eigenem Verständnis des historischen Materialismus auch so enthalten ist.

Wenn ich einige Wendungen aus dem buddhistischen «acht-fachen Pfad» in einem etwas anderen Sinn benutzen darf, würde ich sagen, dass für Marx «aufrichtiges Bemühen» und «rechtes Verstehen» praktisch notwendige Vorbedingungen für jeden Übergang zu einem echten Sozialismus waren. Rechtes Bemühen meint in dieser Lesart einen gemeinsamen Aufbruch, der von einer moralischen Bindung an ein neues Ethos, von einer erneuerten Spiritualität und einer neuen Artikulationsweise frustrierter Grundbedürfnisse angeleitet wird – ein Ethos und eine Spiritualität von der lebendigen Fülle des nicht-entfremdeten Lebens, wie sie Marx von dem wirklichen Sozialismus erhofft. Diese Seinsweise habe ich oben im Sinne von Marx' Rede der

«freien bewussten Tätigkeit» (MEW 40, 516) zu beschreiben versucht.

Die erste der «edlen Wahrheiten» des Buddhismus ist die existenzielle Einsicht, dass das menschliche Leben durchdrungen ist von verschiedensten Arten des Leidens (Unzufriedenheit, Krankheit, Entfremdung usw.). Die zweite Wahrheit nimmt an, dass dieses Leiden von dem haltlosen Streben, dem Festhalten und dem Widerwillen des Ego-Selbst verursacht wird. Die dritte Wahrheit wiederum geht davon aus, dass das nötige Mittel gegen dieses Leiden das «Loslassen» ist, das Überschreiten des Ego-Selbst. Die vierte Wahrheit schließlich weist einen «achtfachen Pfad» auf, um diese Überwindung des Ego-Selbst zu vollbringen (*Digha Nikaya*, 344 ff.). Die zentrale buddhistische Bemühung um das menschliche Leiden wird schon aus diesem kleinen Einblick in die edlen Wahrheiten deutlich. Man kann natürlich auch argwöhnen, dass im Mittelpunkt des Buddhismus vor allem die *inneren und subjektiven Faktoren* für das Leiden und seine Überwindung stehen. In all den verschiedenen buddhistischen Traditionen wird die leidende menschliche Person dargestellt als im *Samsara* versunken, welcher als empirischer Kreislauf von Leben und Tod verstanden wird, als Kreislauf des Werdens, in dem das Ego-Selbst sich eingetaucht sieht. In ihm durchlebt der Mensch verschiedene Leiden, alles aufgrund seiner Bezogenheit auf, seinem Begehren nach und seinem Widerstreben gegen die verschiedenen Gefühle, Annahmen, Dinge und Menschen, die ihm begegnen.

Die Befreiung vom Leiden im Verständnis des Buddhismus verlangt erstens die Anerkennung, dass die subjektiven Neigungen und Aversionen des Ego-Selbst die Ursache des eigenen Leidens sind; und zweitens das schließliche Lösen aller subjektiven Selbstbezüge und Neigungen, die zum Leiden führen. Darüber hinaus ist es der berühmte «achtfache Pfad» mit seinen verschränkten Praktiken, der die Macht haben, durch das «Loslassen» vom Ego-Selbst eine Erlösung vom menschlichen Leiden zu bringen – vorausgesetzt, die vorgeschriebenen Übungen werden aufrichtig durchgeführt. Allerdings kann es durchaus mehrere Leben dauern, um so ein «Loslassen» des Ego-Selbst vollständig zu erreichen.

Wieder ist mein Vorschlag der, dass der historische Buddha natürlich seine Beschreibung der abhängigen Entstehung [des Leidens, CH] auf die verbundenen und sich gegenseitig beeinflussenden äußeren Faktoren einer gegebenen Situation ausdehnen

würde, wenn er heute leben und die humanistisch-marxistische Sicht auf die soziale Realität kennen würde – auf solche Faktoren also, die die verschiedenen Arten von menschlichem Leid und Entfremdung hervorbringen, um deren Verständnis es Marx ging. Hier und da betrachten einige Menschen, mich eingeschlossen, Marx daher als eine Art *Bodhisattva*. In diesem Fall war er ein *weltlicher Bodhisattva* (Mitchell/Wisemann 2003, 140-146), der auf die verschiedenen externen Faktoren eingegangen ist, die mit dem menschlichen Leiden im gegebenen sozialen Kontext jeweils verbunden sind. Er widmete sein Leben der theoretischen Erklärung dieser Faktoren – nicht nur, um die Welt zu interpretieren, sondern *um sie zu verändern*, so dass die Menschen menschlichere Leben führen können. Wenn also der historische Buddha mit Hilfe des *Bodhisattvas* Marx die spezifischen äußeren Faktoren hätte ausmachen können, die die spezifischen Formen des Leidens und der Entfremdung hervorbringen, hätte er klar eingesehen, *dass diese speziellen Arten von Leiden entstehen, wenn diese speziellen äußerlichen Faktoren auftreten; und dass diese Leiden aufhören würden, wenn diese Faktoren verschwänden*. Würde der historische Buddha seine Kette der abhängigen Entwicklung nicht verlängert haben, um die äußeren Faktoren des menschlichen Leidens hinreichend zu berücksichtigen? Hätte Buddha nicht begriffen, dass Samsara heute nur als *historisch-materialistischer Samsara* zu verstehen ist? Hätte Buddha selbst nicht zugegeben, dass auch er ein «halber Marxist» ist?

Eine andere verblüffende Nähe zwischen Buddhismus und Marx betrifft das Thema der menschlichen Selbstschöpfung. Ich habe oben angedeutet, in welcher Hinsicht Marx die Menschen als Produzenten ihrer selbst betrachtet. Bei ihm liegt der Fokus allerdings klar auf Seiten der äußeren Bedingungen, in denen Menschen sich selbst erzeugen und reproduzieren. Doch auch der Buddhismus betrachtet die Menschen als Erzeuger ihrer selbst, wenn auch in anderer Weise als Marx. Beide Sichtweisen gehen davon aus, dass die Menschen im Prinzip über die vergangenen Wege der Selbsterzeugung hinausgehen und sich auf bedeutend neue Weise anders erschaffen können, wenn sie ein klares Wissen von den besonderen Formen haben, in denen sich die Menschen der Vergangenheit selbst erzeugt haben. Außerdem möchten beide Ansätze neue Verstehenshorizonte dafür eröffnen, wie sich menschliche Weisen auf eine andere Weise erschaffen könnten.

Bekanntlich verlängert der Buddhismus das Wirken des *Karma* weit über das gegenwärtige Leben hinaus. Er entwirft eine Abfolge von Leben, in deren Verlauf die Energie des Karma, die sich in den vergangenen Leben geformt hat, sich auf das gegenwärtige Leben überträgt – auf den momentanen Augenblick und das oder die künftigen Leben (je nachdem). All das alles ist verknüpft mit der buddhistischen Lehre von Wiedergeburt und Reinkarnation. Doch wie wir sahen, impliziert das im Buddhismus keine Lehre von wandernden Substanzen wie etwa im Hinduismus. Sicherlich folge Marx dieser Lehre der Wiedergeburt nicht, und auch der humanistische Marxismus kann ihr konsistenterweise nicht folgen, außer sie würde in metaphorischer Weise verstanden. Eine solch metaphorische Sicht der Wiedergeburt allerdings kann ein humanistischer Marxist konsistent akzeptieren, auch wenn Marx selbst das nicht tat. Was also könnte ein humanistischer Marxist mit «sozialem Karma» meinen? Eine Dimension dessen, was wir so nennen könnten, sind die gesamten Ergebnisse vergangener menschlicher Tätigkeiten, die eingebettet sind in den materiellen Bedingungen, die die Individuen einer Zeit immer schon vorfinden.

Ein weiterer Schritt dieser Überlegung müsste auch vielfältige Wirkweise in Rechnung stellen, in der Elemente des sogenannten gesellschaftlichen «Überbaus» die Gestalt des sozialen Karmas beeinflussen. So werden Menschen in jedem kulturellen Kontext in Situationen hineingeboren, in denen verschiedene soziale Akteure (Eltern, Lehrer usw.) die in diesem Kontext vorherrschenden Ideen, Werte, Normen usw. weitergeben, die dialektisch mit den ökonomischen Realitäten dieser Situation verknüpft sind. Solche Ideen, Werte und Normen können als kollektives karmisches Ergebnis vergangener Aktivitäten einer Vielzahl von Individuen früherer Zeiten betrachtet werden, die miteinander auf historisch spezifische Weise interagierten. Diese Ideen, Werte und Normen wiederum formen die anhaltende Aktivität der Individuen, die in diesem Kontext sozialisiert wurden. Aber der humanistische Marxismus würde auch zugehen, dass es in bestimmten Situationen für manche dieser Individuen immer möglich sein wird, manche der Ideen, Werte und Normen, in denen sie sozialisiert wurden, «loszulassen» und sich auf neue Ideen und eine veränderte Praxis zuzubewegen – und auf diese Weise ihr soziales Karma zu verändern.

Literatur:

Brien, Kevin M. (1987/2006): *Marx, Reason, and the Art of Freedom*, zweite, erweiterte Auflage. Philadelphia

Brien, Kevin M. (2004): «Buddhism and Marxism: Ironic Affinities» in: *Dialogue and Universalism* XVI.1/2

Dalai Lama, His Holiness The (1999): *Ethics For The New Millennium*. New York

Mitchell, Donald W./Wiseman, James O.S.B. (Hg.) (2003): *The Gethsemani Encounter: A Dialogue on the Spiritual Life by Buddhist and Christian Monastics*. New York

Nikaya, Digha (1995): *The Long Discourses of the Buddha*, übersetzt von Maurice Walshe. Boston

Petrovic, Gajo (1967): *Marx in the Mid-Twentieth Centur*. New York

Über alle Krisen und Katastrophen der Moderne hinweg lassen sich Renaissanceen bürgerlicher Werte beobachten. Immer wieder festigt man Eigentums- und Familienstrukturen, appelliert an Selbstkontrolle und Arbeitsdisziplin. Bewegungen dieser Art, ob sie nun in den 1950er Jahren oder zu Beginn des 21. Jahrhunderts stattfinden, können politisch sehr fragwürdig sein – sie sind aber auch theoretisch nicht leicht zu begreifen. Denn bürgerlich sein heißt zunächst: voranschreiten. Das *Kommunistische Manifest* sieht in der Bourgeoisie eine Klasse, die für permanente Innovation sorgt. Während früher herrschende Schichten stabile, auf Überlieferung gegründete Hierarchien aufbauten, ist sie darauf angewiesen, immer neue Ressourcen, Märkte und Techniken zu erschließen. Sie

«kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren»; alles «Ständische und Stehende» hingegen «verdampft» unter ihrer Führung (MEW 4, 465).

Damit kommen Marx und Engels den Selbst- und Weltbildern der Gruppen, die im gegenwärtigen Kapitalismus das Sagen haben, recht nahe. Der Prozess der «Globalisierung», ebenfalls schon im *Manifest* beschrieben und in den 1990er Jahren zum Schema sozialer Dynamik schlechthin avanciert, macht es nach gängiger Wahrnehmung unverzichtbar, sich durch stete Veränderung konkurrenzfähig zu halten. Bringt der je eigene Kontext nicht genügend Initiativen, Geschäftsideen, Risiko- und Einsatzbereitschaft hervor, wird er binnen kurzem von anderen, im Zweifelsfall am anderen Weltende situierten verdrängt.

Auch die Träger der erwünschten Wandlungsfähigkeit haben bürgerliche Züge: Eine Begriffsmode, die von der New-Economy-Ära auf die der sozialpolitischen Krisenverwaltung übergesprungen ist, spricht grundsätzlich jeden Menschen als «Unternehmer» an. Die entsprechenden staatlichen Instrumente, die «Ich-AGs», werden freilich bereits wieder abgeschafft; generell wirken die Diskurse über Unternehmer- oder Managergeist, schöpferische Zerstörung oder nachhaltiges Wirtschaften, Eigeninitiative oder Teamfähigkeit trotz beachtlicher theoretischer Ahnenreihen höchst instabil. Nun liegt es nahe, dass in

einer neuerungsfreudigen Zeit auch die Werbeformeln und Aktivierungsformen rasch wechseln. Doch als «bürgerlich» ließe sich eine solche Zeit in genau dieser Hinsicht kaum mehr begreifen. Denn so innovativ die Praxis bürgerlicher Gruppen (gewesen) sein mag, so konservativ sind große Teile dessen, was man als bürgerliche Ideenwelt kennt.

Marx hat auch hierfür eine Erklärung: Sobald die vom Bürgertum entfesselte Dynamik dieses selbst zu entmachten droht, reagiert es mit Bewahrungsideologie und Naturalisierung des geschichtlich Veränderbaren. Worin kann aber noch die Bedrohung bestehen, nachdem die proletarische Revolution welthistorisch gescheitert ist? Wie, wenn nicht aus Verteidigung im Klassenkampf erklärt sich der Konservatismus der erfolgreichsten Innovationsagenten der Neuzeit? Vor jedem Antwortversuch ist der Gegenstand der Frage weiter zu klären. Denn selbst mit Marx' scharfen begrifflichen Mitteln fällt es schwer, anzugeben, was eigentlich das «Bürgertum» oder die «Bourgeoisie», geschweige denn «bürgerlich» sein soll.

Am Beginn steht eine Übersetzungsleistung, die von den (u.a. politisch) entgegengesetzten Perspektiven der deutschen Rechtsphilosophie vorbereitet wurde: Hatte Kant, an Rousseau angelehnt, mit dem Wort «Bürger» vornehmlich den Citoyen, den aktiven Staatsbürger gemeint (der dann allerdings doch hauptsächlich den Schutz seiner Person und seines Eigentums genießt), verschiebt sich bei Hegel der kritisch gewordene Akzent auf den Bourgeois, der kraft seines Eigeninteresses ökonomisch und rechtlich vergesellschaftet ist. Der junge Marx übernimmt Hegels entsprechende Neubestimmung des Traditionsbegriffs «bürgerliche Gesellschaft» als «Kampfplatz des individuellen Privatinteresses aller gegen alle» (Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, § 289), um Bourgeois und Citoyen als zwei Seiten einer unvollständigen Emanzipation zu fassen. Solange er sich nur politisch, nicht aber sozial befreit hat,

«führt der Mensch ein doppeltes ... Leben, das Leben im *politischen Gemeinwesen*, worin er sich als *Gemeinwesen* gilt, und das Leben in der *bürgerlichen Gesellschaft*, worin er als *Privatmensch* tätig ist, die anderen Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird» (MEW 1, 355).

Er ist zugleich Citoyen und Bourgeois, das erste allerdings eher formal und ideell, das zweite «in seiner wirklichen individuellen Existenz» (MEW 1, 370). Marx gibt an dieser Stelle noch keine klassentheoretischen Kriterien dafür an, einen bzw. eben: «den Menschen als *bourgeois*» (MEW 1, 355) zu bezeichnen. Doch indem er an den postrevolutionären Gesellschaften eine Konzentration auf Eigentum, Geld und Privatinteresse kritisiert, lässt sich schon die Wende absehen, die er mit der Lektüre der ökonomischen Klassiker und der Aufnahme sozialistischer Perspektiven (samt des entsprechenden französischen Sprachgebrauchs) um 1844 vollzieht: Die Bourgeoisie ist die Klasse der Besitzenden, und ihre Beziehung zu den Nichtbesitzenden wesentlich Ausbeutung. Der Text, in dem diese Verhältnisbestimmung als «Klassenherrschaft» kodifiziert wird, ist das *Kommunistische Manifest*. Hier liest man:

«In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d.h. das Kapital, entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat, die Klasse der modernen Arbeiter, die nur so lange leben, als sie Arbeit finden, und die nur so lange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt» (MEW 4, 468).

Vorausgegangen war freilich keine Klärung der Kategorien Arbeit und Kapital, sondern die Erzählung von der Revolutionierung der Welt durch die Bourgeoisie. Und was folgt, ist die Perspektive einer immer tieferen, eindeutigeren sozialen Spaltung – die «bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern ... fallen ins Proletariat hinab» (MEW 4, 469) –, der nur ein finaler Kampf und Umsturz folgen kann: Die Bourgeoisie «produziert ... ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich» (MEW 4, 470). Stärker als irgendwo sonst bei Marx lässt sich hier Immanuel Wallersteins These nachweisen, dass «Bourgeoisie» vornehmlich ein geschichtsmythischer Begriff ist.

In dem Maß, in dem sich Marx' ökonomische und politische Theorie entwickelt, löst sich die entsprechende große Erzählung auf. Im vier Jahre nach dem *Manifest* geschriebenen *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* – der Analyse des Staatsstreichs, der endgültig die Republik der Februarrevolution zerstörte – haben sich die Teilgruppen und Alliierten der Bourgeoisie eher vermehrt als reduziert. An der Niederschlagung des Pariser

Arbeiteraufstands im Juli 1848 waren nach Marx «die Finanzaristokratie, die industrielle Bourgeoisie, der Mittelstand, die Kleinbürger, die Armee, das als Mobilgarde organisierte Lumpenproletariat, die geistigen Kapazitäten, die Pfaffen und die Landbevölkerung» beteiligt bzw. interessiert (MEW 8, 121). Dass sie alle im gegebenen Fall auf der «Seite» der «bürgerliche[n] Republik» standen (MEW 8, 121), verweist auf ein zentrales Problem der Klassenanalyse: sie muss neben ökonomischen stets auch politische (und, wie man heute sagen würde, kulturelle) Faktoren der gesellschaftlichen Gruppenbildungen einbeziehen. Wie anders will man etwa klären, wer in Konfliktsituationen die «*nicht der Bourgeoisie angehörigen Fraktionen des Bürgertums*» (MEW 6, 106) sind? Ob Pastoren, Lehrer, Ärzte, Verwaltungsbeamte, kurz: «Bildungsbürger» zu ihm zählen, obwohl sie selbst nicht Kapital akkumulieren? Wie will man gar die von Marx noch gar nicht (oder allenfalls als Bedrohung der Bourgeoisie) gesehenen Gruppen der Angestellten, Manager und wissenschaftlich-technischen Spezialisten einordnen?

Marx trägt Problemen dieser Art nicht durch eine genauere Analyse der bürgerlichen Klasse Rechnung. Der Begriff der Bourgeoisie tritt zusehends gegenüber dem der «Kapitalbesitzer» bzw. der «Kapitalistenklasse» zurück, und das Kapitel «Die Klassen», das letzte im posthum von Engels kompilierten dritten Band des *Kapitals*, bricht ab, nachdem es «Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer» als «die drei großen Klassen der modernen ... Gesellschaft» identifiziert, jedoch ebenso auf die «unendliche Zersplitterung der Interessen und Stellungen» in ihr verwiesen hat (MEW 25, 892 f). Neben diesen Aussparungen ist allerdings eine rasante Karriere des Adjektivs «bürgerlich» zu beobachten (eine Asymmetrie, die im 20. Jahrhundert ausgebaut und dann auch kritisch bemerkt wurde): Es charakterisiert historische, politische, ideologische und sogar kulturelle Eigenheiten, die sich in verschiedenster Weise kapitalistischer Wirtschaft und liberaler Staatlichkeit zuordnen lassen.

Der erste dieser Aspekte ist wohl der unspezifischste. Während Marx die «bürgerliche Gesellschaft» oft zusätzlich als «moderne» charakterisiert, spricht er umgekehrt einfach von der «bürgerlichen Produktionsweise» oder sogar «Ökonomie», wenn er Kapitalismus und Marktvergesellschaftung von «feudalen, antiken, orientalen» (MEW 13, 637) und anderen Formen des Wirtschaftens abheben will. Zuweilen ist auch von der

«bürgerlichen Epoche» (MEW 4, 489) die Rede. Erheblich vielschichtiger sind Marx' Äußerungen zu bürgerlicher Politik. Die einfache Formel etwa, auf die «*bürgerliche Monarchie* Louis-Philippes» habe nur die «*bürgerliche Republik*» folgen können, benennt komplexe Vertretungsverhältnisse:

«wenn unter dem Namen des Königs» – den man als *Roi bourgeois* kannte – «ein beschränkter Teil der Bourgeoisie geherrscht hat, so wird jetzt im Namen des Volks die Gesamtheit der Bourgeoisie herrschen» (MEW 8, 121).

Wie auch immer die fragliche Herrschaft konkret zu erklären (und zu bezeichnen) sein mag, fest steht, dass sie Koalitionen verschiedener Interessengruppen ebenso beinhaltet wie die Bereitschaft der meisten, sich von einer bestimmten führen zu lassen. Das wiederum setzt, wie Marx bezüglich der Revolutionen von 1648 und 1789 ausführt, eine Einigung auf real verbindende Ziele voraus, etwa auf die Abschaffung aristokratischer Privilegien. Die Analyse bürgerlicher (Klassen-)Herrschaft muss also neben einzelnen Akteurs- und Interessengruppen vor allem autorlose Problemlagen im Auge behalten.

Den «kulturellen» Aspekt dieser Lagen und jener Gruppenbildung, die Frage nach den je vorherrschenden und attraktiven Lebensformen jenseits der unmittelbaren Erfordernisse von Produktion und Akkumulation, hat Marx wohl am wenigsten scharf untersucht. Immerhin spricht er ab und zu von «bürgerlichen Familienverhältnissen» (MEW 4, 672) oder vom «Christentum mit seinem Kultus des abstrakten Menschen, namentlich in seiner bürgerlichen Entwicklung» (MEW 23, 93). Doch Genauereres über die Art und Weise, in der Bürger ihre Familien und Heiraten organisieren, sich religiös vergesellschaften, einander an geteilten Verhaltensstandards erkennen und davon Abweichende ausschließen, ermittelt er nicht. Ein Grund wird darin bestehen, dass für ihn die Bourgeoisie eben die Klasse ist, die kulturelle Ordnungen – bis hin zur heiligen Kleinfamilie – *auföst*:

Sie «hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat ... kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ‚bare Zahlung‘. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen [!]

Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt» (MEW 4, 654 f.).

Die einzige nennenswerte Ausnahme bildet der erwähnte ideologische Konservatismus. Er hat seinerseits zwei Momente. Zum einen unterhalten für Marx die Ideologen der Bourgeoisie, besonders die Ökonomen, mit denen er sich auseinandersetzt, die Fiktion, soziale Verhältnisse seien von jeher und auf immer so eingerichtet wie in der kapitalistischen Gegenwart.

«Formeln, denen es auf der Stirn geschrieben steht, dass sie einer Gesellschaftsformation angehören, worin der Produktionsprozess die Menschen, der Mensch noch nicht den Produktionsprozess bemeistert» – Waren, Preise, Privateigentum – «gelten ihrem bürgerlichen Bewusstsein für ebenso selbstverständliche Naturnotwendigkeit als die produktive Arbeit selbst» (MEW 23, 95 f.).

Zudem übernimmt das zur Herrschaft gekommene Bürgertum aber auch die «ideologischen Stände» früherer Epochen, sofern deren symbolische Praxis des Rechtfertigens und Bewahrens die Dominanzverhältnisse der Profitwirtschaft zu stützen geeignet ist – Pfarrer, Gelehrte, Staatsrepräsentanten. So zumindest legt es Marx' Auseinandersetzung mit Adam Smiths Begriff der unproduktiven Arbeit nahe, unter den eben diese Berufsformen fallen. Habe Smith als Vertreter einer «noch revolutionären Bourgeoisie» die Klasse derer, die «von dem produce of other people's industry» leben, «auf das unvermeidliche Maß» reduzieren wollen (MEW 26.1, 273), sei die neue Generation politischer Ökonomen aus politischen Gründen ökonomisch milder geworden.

«Sobald die Bourgeoisie ... teils selbst des Staats sich bemächtigt, teils ein Kompromiss mit seinen alten Inhabern gemacht, ditto die ideologischen Stände als Fleisch von ihrem Fleisch erkannt und sie überall in ihre Funktionäre, sich gemäß, umgewandelt hat; ... wendet sich das Blatt, und sie sucht ‚ökonomisch‘ von ihrem eignen Standpunkt aus zu rechtfertigen, was sie früher kritisch bekämpfte. (...) Es kommt hinzu der Eifer dieser Ökonomen, die selbst Pfaffen, Professoren etc. sind, ihre ‚produktive‘ Nützlichkeit zu beweisen» (MEW 26.1, 274).

Fasst man den Gedanken allgemeiner, zeigt sich, dass das Gefüge kapitalistischer Wirtschaft, einer Eigentumsrechte sichernden Staatlichkeit und einer Klassenverhältnisse perpetuierenden Vergesellschaftung nicht unbedingt von einem revolutionären Proletariat bedroht sein muss, um den führenden Gruppen eine konservative Ideologie und Kultur nahezulegen. Die Ausbildung solcher Bewahrungsarrangements ist vielmehr vonnöten, wo immer überhaupt einseitige Machtverteilungen, Reichtumsverhältnisse und Abhängigkeiten auf Dauer gestellt werden sollen. Schließlich müssen sich diejenigen, die profitieren, im Recht fühlen können, und die Untergeordneten die Ordnung mittragen.

Es ist nicht ausgemacht, dass alles dies auch für den gegenwärtigen Kapitalismus zutrifft. Einiges spräche dagegen. So deutlich die Kämpfe um Sozialstaat, Standort und Deregulierung ideologisch geprägt sind, so verbreitet setzen die Ideologien, die man neoliberal nennt, auf rückhaltlose Innovation oder rein ökonomische Nützlichkeit. Und die «ideologischen Stände» fallen, sofern sie nicht bereits marktwirtschaftlich reorganisiert sind, der Krise des Wohlfahrtsstaats häufig gleich mit zum Opfer – wo Wissenschaft, Bildung und Tradition nicht profitabel vermarktbar sind, scheinen sie, wie gerade Konservative beklagen, ihr Existenzrecht verloren zu haben.

Die Innenansicht herrschender Diskurse und kultureller Institutionen vermittelt indessen ein anderes Bild. Denn was sich verkauft und an staatlich gestützter Selbstverständigung übrigbleibt, ist oft konservativ genug, von der Pflege der Klassiker über eine restaurative Familienmoral bis hin zur Wiederkehr von Kirche und Religion. Ob sich diese und andere Elemente zu einem ideologischen Bestand formieren, der für eine neue bürgerliche Klasse (bestehend etwa aus Managern und Unternehmensberatern, ökonomisch handlungsfähigen Wissensarbeitern und Kulturproduzenten, staatlichen und zwischenstaatlichen Funktionseleiten) verbindlich wird, hängt von den politischen Problemen ab, auf die sie Antworten entwickeln müsste. Ökologische Nachhaltigkeit und zivile Sicherheit bieten sich als zwei mögliche Brennpunkte an. Doch das Bürgertum, das durch den klugen Umgang mit ihnen die eigene Dominanz zu sichern versteht, hat sich noch nicht zusammengeschlossen. Es ist also Zeit, mit Marx über alternative Formierungen nachzudenken – über nützliche Arbeit jenseits von Lohnverhältnis und Warentausch, eine Kultur, die nicht hauptamtlich andernorts geschaffene Unsicherheiten kompensiert, und eine Vergesellschaftung

besonderer Fähigkeiten außerhalb enger Eliten. Im besten Fall könnte sich daraus sogar eine Politik entwickeln, die nicht einfach dem Ausbau privatwirtschaftlicher Verfügungsgewalt dient.

Literatur:

Reitz, Tilman (2003): *Bürgerlichkeit als Haltung. Zur Politik des privaten Weltverhältnisses*. München

Wallerstein, Immanuel (1995): «Bourgeoisie», in: Haug, W. F. (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2, Hamburg, S. 310-330

Wolfgang G. Weber

In den wirtschaftlich entwickelten europäischen Staaten weiten sich *Dienstleistungstätigkeiten* gegenüber den abnehmenden Erwerbsarbeitsplätzen im gewerblich-industriellen Sektor bereits seit ca. vier Jahrzehnten zunehmend aus. Unter diesen gemäß Marx durch nicht unmittelbar produktive Arbeit gekennzeichneten Tätigkeiten verzeichnen die direkt personenbezogenen Dienstleistungstätigkeiten, z.B. in der medizinischen oder sozialen Versorgung sowie im Bereich der kommerziellen Dienstleistungen, eine steigende Tendenz. Dies ist häufig nicht so sehr auf eine berufliche Neigung der Dienstleistenden bzw. auf eine gesteigerte Nachfrage durch die – oftmals kapitalschwachen – Dienstleistungsnehmer zurückzuführen. Vielmehr verbleiben den durch strukturelle Erwerbsarbeitslosigkeit «Freigesetzten», weil sie kaum Investitionsmittel besitzen, wenig andere Alternativen als eine «Ich AG»-Gründung oder Unterordnung in einen Angestelltenstatus mit geringem Gehalt, ausgefeilter Leistungskontrolle, Einschränkung von Grund- und Bürgerrechten (Ulrich 2001), geringer Beschäftigungssicherheit und der Illusion von pseudo-unternehmerischer «Selbstverantwortung» in «Freiheit».

Eine Speerspitze «postmoderner», «flexibilisierter» Dienstleistungstätigkeiten bilden dabei Tätigkeiten in *Call Centers*. Das Call Center, eine relativ junge Dienstleistungstechnologie, die sich seit den 90er Jahren international stark ausbreitet, eignet sich gut, um die analytische Stärke bestimmter Aspekte der frühen Marx'schen Entfremdungstheorie, auch in ihrer Weiterentwicklung durch Vertreter kritisch-theoretischer Positionen, zu demonstrieren. Meine Ausführungen beziehen sich auf die Funktionen, welche Call Centers für das Verwertungs- und Herrschaftsinteresse (Türk 1989) ihrer Betreiber erfüllen. Die Arbeit in Call Centers ist im Prinzip auch anders gestaltbar als vom «neoliberalen» Exploitations- und Herrschaftskonzept her vorgesehen, nämlich begrenzt menschengerechter und gemeinwesenförderlicher. Dies deutet sich in Holtgrewes (2003) Vergleich der Arbeitsbeziehungen in deutschen und britischen Call Centers an. Es ändert jedoch nichts am beträchtlichen arbeitspsychologischen, politischen und gesellschaftlichen Risikopotential ihres Idealtyps unter der «neoliberalen»

Herrschaft der globalisierten Konkurrenz und des inszenierten Personalkostendrucks.

Im Phänomen *Call Center* kulminieren moderne Informations- und Kommunikationstechnik, Arbeitsorganisation, Kontroll- und Überwachungstechnik sowie Verwertungsstrategie. Unter einem Call Center versteht man entweder ein klein- bis mittelgroßes Unternehmen oder eine organisatorische Einheit (z.B. Abteilung) eines Unternehmens, in welchem die beschäftigten «Call Center Agents», häufig rund um die Uhr, Dienstleistungen für Nutzer über telefonische Kommunikation (mit Mikrophon ausgestatteter Kopfhörer), auch unter Nutzung von computergestützten Medien und Datenbanken (Computer Telephony Integration) erbringen. Vorgeschaltet ist häufig ein automatisierter Sprachdialog (Interactive Voice Response), welchen der anrufende Interessent mittels Tastenauswahl oder Spracheingabe durchlaufen muss. Welcher Anrufer nach Ausführung dieser Prozedur schließlich zu welchem Call-Center-Mitarbeiter gelangt, wird wesentlich durch ein Gesprächsverteilungssystem entschieden (Automatic Call Distribution), welches es auch ermöglicht, eine Vielzahl detaillierter Daten zur Arbeitsleistung zu erfassen und auszuwerten.

Call Centers breiten sich in allen Dienstleistungsbereichen aus, besonders im Bereich der Finanzdienstleistungen und Versicherungen, im Telekommunikationsservice, in der Marktforschung, im Hotline-Kundenservice und generell innerhalb von Branchen, in welchen Direktbestellung von Konsumgütern, Auskunftswesen und Vermittlung von Informationen und sonstigen Ressourcen bzw. einfache Beratungsleistungen in jeweils hoher Frequenz eine Rolle spielen. Auch Sachbearbeitungsaufgaben in Behörden werden zunehmend in Form des Call Centers organisiert. Eine Schätzung für die Bundesrepublik Deutschland geht für Ende 2005 von ca. 350.000 Arbeitsplätzen in ungefähr 5.600 Call Centers aus (*Call Center Forum Deutschland*, siehe www.heise.de). Laut einer am 25. 10. 2005 in N24 wiedergegebenen Schätzung existierten im Jahr 2003 in Europa, im Nahen Osten und in Afrika insgesamt 29.000 solche Zentren mit durchschnittlich 52 Arbeitsplätzen, für 2008 wird mit 45.000 Call Centers in diesen drei Großregionen gerechnet. Die Tätigkeiten eines typischen Call Centers lassen sich grob in drei unterschiedliche Bereiche einteilen:

- *Inbound-Tätigkeiten:* Ausschließliche Bearbeitung von Anrufen der Dienstleistungsnehmer (charakteristischerweise relativ einfache Auskunft- und Sachbearbeitungstätigkeiten).
- *Outbound-Tätigkeiten:* Neben eingehenden Telefonaten wird mit den potentiellen oder bereits gewonnen Klienten auch aktiv per Telefon oder email Kontakt aufgenommen. Diese Tätigkeiten streuen, je nach konkretem Fall, sehr stark in ihrem Qualifikationsniveau. Das Spektrum reicht von der einfachen Erhebung von Konsumentendaten bis zu komplexeren Beratungsleistungen.
- *Interne Servicebereiche:* Im Backoffice leisten Sachbearbeiter unterschiedliche, z.T. aufwändige Tätigkeiten der Informationsgewinnung und -verwaltung für die im Inbound- bzw. Outbound-Bereich Beschäftigten (mit sehr unterschiedlichem Qualifikationsniveau).

Arbeitswissenschaftliche Studien ergaben, dass je nach Dienstleistungsbereich durch Beschäftigte in Call Centers während eines achtstündigen Arbeitstags jeweils zwischen 60 bis 250 Telefongespräche mit Kunden geführt werden (Henn et al. 1996). Bereits diese Häufigkeitsangabe zu Telefonaten im Minutenbereich, mit ständig wechselnden, mitunter schwierigen Gesprächspartnern, veranschaulicht, wie das menschliche Grundbedürfnis und gleichzeitig die menschliche Kompetenz einer sozial komplexen und reflexiven Kommunikation besonders im Inbound-Bereich vereinseitigt, instrumentalisiert und hoher Arbeitsintensivierung unterworfen wird.

Mit dem starken Anwachsen von Dienstleistungstätigkeiten geht auch ein Trend zur Ausverlagerung der Massenproduktion einher. Dabei verringern sich die zerstückelten, gemäß tayloristischen Prinzipien kurzzyklisch sich wiederholenden und in autoritäre Kontrollsysteme eingezwängten Tätigkeiten in den kapitalistischen Metropolen (z.B. Fertigung und Montage am Fließband, Überwachung mechanisierter Anlagen und sonstige fließbandähnliche Tätigkeiten). Allerdings kehrt das im Zuge industriesoziologischer Hoffnungen vom «Ende der Arbeitsteilung» gesellschaftlich Verdrängte in ganz anderen Sektoren und in veränderten Gestalten wieder, nämlich nun in der personbezogenen Dienstleistungsarbeit. Diese wird, auf Grund von «Kostendruck», der aus gesellschaftlicher Umverteilungspolitik resultiert, zum Teil mit Hilfe von tayloristischen Versatzstücken

organisiert. Betroffen von solchem Einsatz (semi-) tayloristischer Arbeitsteilung und Kontrolltechnologie sind z.B. neben medizinischer Versorgung und Pflege auch Tätigkeiten in Call Centers.

In der tayloristisch und fordistisch geprägten Industriegesellschaft stand die Entfremdung vom zerstückelt hergestellten Produkt und von der durchgeführten Arbeitstätigkeit (Selbstentfremdung) im Vordergrund der psychologischen und soziologischen Analyse von Arbeit und Organisation. Im neoliberal geprägten Kapitalismus gewinnt der Aspekt, welchen Marx in seinem Frühwerk als «die Entfremdung des Menschen von dem Menschen» (MEW 40, 517) bezeichnete, sozialwissenschaftliche und praktische Virulenz: Soziale Entfremdung.

Das spezifische Konzept einer *sozialen Entfremdung* setzt anthropologische Grundannahmen sowohl zum individuellen als auch zum Entwicklungspotential der menschlichen Gattung voraus, welche empirisch belegt werden können. Ein Bild dessen, wovon sich menschliche Kompetenz, Motivation und das Erleben im Rahmen eines konkreten Gesellschaftssystems entfremden kann, wird benötigt. Gewissermaßen muss auf kulturanthropologischer Basis der Möglichkeitsraum menschlicher Entwicklung abgesteckt werden, der sich dann, je nach Gesellschaftsformation, unterschiedlich breit und unterschiedlich nach Klassen und Schichten stratifiziert ausprägt. Als komplementäre Phänomene sozialer Entfremdung heben die Vertreter eines humanistisch orientierten Marxismus, wie ihn der frühe Marx vertrat, beispielsweise folgende Aspekte einer sozialen Selbstverwirklichung des menschlichen Potentials hervor (siehe Schaff 1970, Fromm 1976; Israel 1972 oder Harris 1995):

- selbstreflexive menschliche Soziabilität,
- die Fähigkeit zur geplanten und kooperativen Schaffung menschlicher Lebensbedingungen, z.B. die Kulturentwicklung durch gemeinsame Vergegenständlichung bei der Umsetzung von Planungen in komplexe Arbeitsmittel, symbolische und soziale Artefakte,
- weit reichende Perspektivenkoordination, prosoziales Handeln und moralische Urteilskompetenz bis hin zur weltweiten Perspektive möglicher Handlungsfolgen,
- generationsübergreifende kollektive Daseinsvorsorge.

Generell handelt es sich dabei um Kompetenzen der gemeinwesenorientierten Perspektivenübernahme, die für den Erhalt einer demokratischen, gerechten, sozialen und friedlichen Gesellschaft erforderlich sind (Habermas 1983; Ulrich 2001).

Um nun der beispielsweise von Labica (1984) sowie von Moldaschl (2002) angemahnten Vieldeutigkeit des Entfremdungsbegriffs zu entgehen, sind mindestens vier zentrale Aspekte analytisch streng zu unterscheiden: (1.) entfremdende *Bedingungen* und *Verhältnisse* im Kontext von Organisationen, Arbeit und Kooperation; (2) der Entfremdungsprozess, der im Falle der sozialen Entfremdung entweder bestimmte Phänomene im Zusammenhang mit der direkten sozialen Interaktion kennzeichnet oder sich auf bestimmte Ausprägungen der indirekten Interaktion bezieht, nämlich darauf, inwieweit Handlungsfolgen, von denen andere im gesellschaftlichen Kooperationszusammenhang mittelbar betroffen sind, vom Handelnden berücksichtigt werden, (3.) *psychische Folgen* solcher Bedingungen und Prozesse, z.B. ökonomistische Denkformen oder Verhaltensbereitschaften, sowie (4.) *soziale bzw. gesellschaftliche Folgen*, also längerfristige Konsequenzen des aggregierten individuellen Handelns für die soziale und demokratische Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens.

Die Gefahr von Arbeitstätigkeiten, die einem strikten Interaktions-/Rentabilitäts-/Verkaufsdiktat unterworfen werden, besteht nun mit Marx im Folgenden:

«Jeder Mensch spekuliert darauf, dem anderen ein *neues* Bedürfnis zu schaffen, um ihn zu einem neuen Opfer zu zwingen, um ihn in eine neue Abhängigkeit zu versetzen und ihn zu einer neuen Weise des *Genusses* und damit des ökonomischen Ruins zu verleiten. Jeder sucht eine *fremde* Wesenskraft über den anderen zu schaffen, um darin die Befriedigung seines eigenen eigennützigen Bedürfnisses zu finden» (MEW 40, 547).
«Und nicht nur deine unmittelbaren Sinne, wie Essen etc., musst du absparen; auch die Teilnahme mit allgemeinen Interessen, Mitleid, Vertrauen etc., das alles musst du dir ersparen, wenn du ökonomisch sein willst, wenn du nicht an Illusionen zugrunde gehn willst» (MEW 40, 550).

Joachim Israel akzentuierte in seiner entsprechenden Definition sozialer Entfremdung, dass

«die Individuen ihre Fähigkeit zu spontanem Kontakt [verlieren]. Ihre Beziehungen nehmen berechnenden Charakter an. Menschen bewerten sich gegenseitig wie Objekte, genauso wie sie Waren bewerten. Menschen werden füreinander Mittel, die um der Erreichung eines bestimmten Ziels willen ausgebeutet werden können» (Israel 1972, 81).

In der sozialwissenschaftlichen (incl. sozialphilosophischen) Literatur, welche sich mehr oder weniger auf die humanistische Kritik des frühen Marx bezieht, finden sich miteinander teilweise überlappende Teilkonzepte bzw. Komponenten sozialer Entfremdung (vergleiche Fromm 1976; Funk 2004; Habermas 1983; Israel 1972; Moldaschl 2002; Sohn-Rethel 1972):

- a) *Ökonomistische Denkformen und Verdinglichung von Menschen.* Dies bezeichnet die Tendenz von Akteuren, andere Menschen stark selektiv wahrzunehmen und deren vielfältige Eigenschaften auf den jeweiligen «Tauschwert» für die eigenen egoistischen Bedürfnisse zu reduzieren. Interaktionspartner werden dementsprechend nicht in ihrer realen Vielfalt und Eigenberechtigung wahrgenommen, sondern analog einer Ware, deren Nutzen man begehrt (siehe MEW 40, 546 ff);
- b) *Warenfetischismus und Tauschwertfixierung.* Potenziell zur Befriedigung legitimer Bedürfnisse geschaffene Objekte werden ihres Gebrauchswertes teilweise entledigt und für andere Zwecke, die durch die Hegemonie der Marktordnung gesetzt werden (Machtakkumulation, Eigendynamik der Entwertung von erzeugten Waren durch Spekulation oder technische Neuerungen etc.), instrumentalisiert. Die Ursachen des Preises und der «fetischhaften» Attraktivität bestimmter Waren erscheinen vor dem Hintergrund abstrakter «Marktmechanismen» undurchblickbar (siehe MEW 40, 510-522 sowie die Weiterentwicklung in MEW 23, 85 ff.);
- c) *Marketingorientierter Sozialcharakter.* Gemeint ist die Tendenz, dass sich jemand sowohl in der Erwerbsarbeit als auch in Bereichen des Freizeitverhaltens bis hin zu intimen Beziehungen in stark übertriebenem Ausmaß flexibel, nachfrageorientiert, opportunistisch und an Social Impression Management orientiert verhält, dabei sein Selbstwertgefühl von einer betriebswirtschaftlichen Evaluierung seiner

Leistungen abhängig macht, ohne tiefere Bindungen mit anderen Menschen einzugehen oder in erforderlichem Ausmaß Mitleid und Mitverantwortung für andere zu empfinden (der Begriff geht auf Marx' Metapher der Charaktermaske zurück, MEW 23, 16; siehe Fromm 1976, Funk 2004);

- d) *Verdinglichung gesellschaftlicher Verhältnisse*. Der auf Lukacs zurückgehende Begriff der «*Verdinglichung*» (siehe Israel 1972) soll in Verallgemeinerung der Marx'schen Ausführungen zum Warenfetisch zum Ausdruck bringen, wie die Tatsache, dass Marktprinzipien gesellschaftlich erzeugt und deshalb beeinflussbar sind, aus der Wahrnehmung der Produzierenden und der Bedürftigen verschwindet. Stattdessen erscheinen Waren und der Güter-, Kapital- und Arbeitsmarkt mit einem Eigenleben ausgestattet, deren Vorgaben man Folge zu leisten hat. Die Strukturelemente und Funktionsprinzipien eines gesellschaftlich erzeugten, hochkomplexen Systems werden als unveränderliches «Ding» interpretiert (siehe MEW 40, 535-546 sowie den Beitrag «Marken» in diesem Band);
- e) *Fehlen einer gemeinwesenorientierten Perspektivenübernahme höheren Niveaus*. Für dieses Phänomen ist kennzeichnend, dass den Beschäftigten durch organisationale Arrangements nahe gelegt wird, weiterreichende soziale Bezüge ihres Handelns nicht einzubeziehen bzw. zu «vergessen». Dabei wird die spezifisch menschliche Fähigkeit konterkariert, unter Einschluss ethischer Handlungsmaximen Perspektiven für vom eigenen Handeln nur mittelbar Betroffene – auch zeitlich und räumlich weit jenseits der aktuellen Interaktionssituation und des individuellen Wahrnehmungsfelds – einnehmen zu können.

Versucht man diese konzeptuellen Vorschläge zusammenzuführen, so lässt sich die psychologische Relevanz sozialer Entfremdung vorschlagsweise als Gefüge heterogener Prozesse des Erlebens, Denkens und Handelns mit spezifischem pathogenen Wirkpotential für die soziale Kohäsion/Integrationskraft auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft charakterisieren, wobei diese Prozesse durch Wirtschaftskontexte und wirtschaftspolitische Ideologievermittlung in Organisationen, Institutionen und Medien kanalisiert werden. Als *sozial entfremdet* werden Handlungen verstanden, bei deren Regulation die

Handelnden Maximen bzw. Kriterien verwenden, die mindestens einem der oben angeführten fünf Phänomenbereiche (a bis e) zuzuordnen sind.

Übersichtlicher kategorisiert könnte man in Anlehnung an die vernunftethische Forderung, der sich auch Marx anschloss (siehe den Beitrag «Menschenrechte»), nämlich dass im gesellschaftlichen Verkehr der eine niemals zum bloßen Werkzeug für des anderen egoistische Zwecke degradiert werden solle, den Begriff der *Instrumentalisierung* verwenden. Im Zentrum steht die These, dass durch ein im Sinne neoliberaler Maximen radikalisiertes kapitalistisches System und ihm entsprechende Managementpraktiken eine dreifache Instrumentalisierung sozialer Beziehungen bewirkt wird:

- (1) *Selbstinstrumentalisierung* (geforderter marketingorientierter Charakter, erzwungene «Emotionsarbeit», Selbstpräsentationstechniken, Verbetrieblichung der Lebensführung);
- (2) *Instrumentalisierung der Interaktion* zwischen Personen (kalkulative, ökonomistische Verdinglichung von Menschen; Phänomen der Depersonalisation im «Burnout»-Syndrom);
- (3) *Instrumentalisierung der Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft* (Verdinglichung von gesellschaftlichen Verhältnissen; Warenfetischismus/Tauschwertfixierung; Fehlen einer gemeinwesenorientierten Perspektivenübernahme).

Im Call Center organisierte Dienstleistungen stellen aus Sicht der Erwerbsarbeitssuchenden und der Gewerkschaften ein Arbeitsmarktpotential mit langfristig eher begrenzter Hoffnung dar. Ungefähr 60 Prozent der Betriebskosten sind den Personalkosten zuzurechnen. Deshalb und auf Grund der hohen Überwachungs- und Kontrollkapazität der vernetzten Telekommunikationsmedien stehen die in Call Centers Beschäftigten bzw. diejenigen, die dort ein Arbeitseinkommen suchen, in permanenter Konkurrenz mit einer weltweiten neuen (post-) industriellen Reservearmee (MEW 23, 657 ff.). Viele Call-Center-Betreiber aus sog. «Billiglohnländern» werben bereits offensiv beim Topmanagement von großen Unternehmen und Behörden dafür, dass diese Dienstleistungen kostengünstig ausgelagert werden können (sog. «outsourcing»). Zum Beispiel wird ein nicht unerheblicher Teil von einfacheren Serviceauskünften, welche US-Amerikaner telefonisch erfragen, von

Call-Center-Agenten in Indien bzw. weiteren asiatischen Staaten geleistet. Call Centers in den deutschsprachigen Ländern geraten in erhebliche Konkurrenz mit osteuropäischen oder türkischen Anbietern.

Vor diesem Hintergrund werden auch Mitarbeiter in Call Centers einem ständigen Leistungsdruck ausgesetzt und müssen ihren «Wert» gegenüber der Unternehmensführung in Form von regelmäßigen Evaluierungen permanent beweisen. Dabei werden sie unter Anwendung differenzierter Leistungsindikatoren entweder kollektiv oder individuell in ausgefeilte Controlling- und Qualitätsmanagementsysteme eingebunden (Holtgrefe 2003). An typischen Ökonomisierungs- und Verhaltenskontrolltechniken finden sich in Call Centers:

- Detaillierte *Ziel- und Leistungsvereinbarungen* bezüglich der Gesprächszeiten und der Leistungserfolge (z.B. Verkäufe, Auskünfte). Im Inbound-Bereich sollen durchschnittliche Gesprächszeiten von ein paar Minuten nicht überschritten werden. Dem entspricht eine extrem hohe Anzahl von Gesprächen mit ständig wechselnden Gesprächspartnern;
- umfassende *technisch vermittelte Kontrolle*. Gesprächszeiten und Leistungserfolg werden laufend überwacht und gehen in die Entlohnung ein;
- Kanalisierung der Kommunikation der Mitarbeiter mit den Klienten durch *vorgegebene Dialogsteuerung* (z.B. Vorgabe einer Sequenz von Gesprächsphasen und von manipulativ eingesetzten Floskeln);
- ‚*Emotionsarbeit*‘, d.h. das Vorspielen geschäftserfolgsförderlicher Emotionen gegenüber den Klienten, ist *explizit* Teil der *Anforderungen* an die Beschäftigten. In Schulungen wird nicht selten auf die aus der Gesprächspsychotherapie stammende Spiegelungstechnik bzw. auf Techniken der Selbstpräsentation aus dem Schauspielunterricht zurückgegriffen.

Bisherige arbeitswissenschaftliche Studien über die Arbeitssituation in deutschen Call Centers (Dormann et al. 2002; Dunkel/Voß 2004; Metz et al. 2001) erbrachten Belege für eine Reihe von Problemen, die besonders ausgeprägt auftreten, wenn die Beschäftigten im Inbound-Bereich tätig sind und starker Leistungsüberwachung ausgesetzt sind:

- eine beträchtliche Fluktuationsrate (nicht ungewöhnlich sind Werte um 30%);
- geringe inhaltliche und zeitliche Handlungs- und Entscheidungsspielräume bei gleichzeitiger Häufung von technisch und organisatorisch bedingten Stressoren (z.B. Zeitdruck, widersprüchliche Anforderungen, häufige Unterbrechungen, ergonomische Defizite);
- in Folge dessen ein erhöhtes Risiko, psycho-physiologisch zu erkranken (siehe den Beitrag «Depression»).

In solchen Untersuchungen deutet sich auch, häufig ohne dass die betreffenden Arbeitsforscher dem theoretische Aufmerksamkeit widmen, die besondere Bedeutung an, welche Phänomenen der sozialen Entfremdung im Rahmen von Call Centers zukommt:

- Die Nutzer können zu den Call-Center-Dienstleistenden, die sich gemäß der computergesteuerten Auftragszuteilung häufig abwechseln, trotz aufgesetzter Techniken der «Kundenfreundlichkeit» – die für die Nutzer relativ leicht zu durchblicken sind – nur schwer ein langfristiges *Vertrauensverhältnis* aufbauen. Call Center-Beschäftigte geraten in Gefahr, dass sich bei ihnen Züge eines marketing-orientierten Sozialcharakters ausbilden bzw. verstärken, indem sie sehr unterschiedlichen Erwartungen von schnell wechselnden Klienten gerecht werden müssen, deren lebensweltliche Problemkontexte sie kaum kennen lernen können;
- Die bereits dargestellte Call-Center-Technologie kombiniert aus Sicht der Eigner und des gehobenen Managements deren *Verwertungs-* mit dem *Überwachungs- und Kontrollinteresse* auf fast ideale Weise. Die Automatic Call Distribution sorgt für eine möglichst lückenlose Auslastung der Beschäftigten und ermöglicht es, auf effiziente Weise detaillierte individuelle oder kollektive Leistungsprofile zu erstellen. Dazu dienen zum einen automatisch generierte, betriebswirtschaftliche Kennwerte und zum andern Überwachungsmaßnahmen in Form des gezielten Abhörens von ausgewählten Telefonaten, deren Akteure dann einer vergleichenden Leistungsbewertung unterzogen und fallweise sanktioniert werden. Dass diese extrinsischen Motivierungs- und Evaluierungstechniken häufig mehr oder weniger verdeckt werden, indem sie in Schulungs-,

Teamentwicklungs- oder «Coachingaktivitäten» bzw. in «Mitarbeitergespräche» eingebunden werden, ändert nichts an der Tatsache, dass sich die betroffenen Call-Center-Mitarbeiter in einem Foucault'schen «Panoptikum» befinden: Sie sind sich ständig bewusst, dass der für sie zuständige Controller ihr Verhalten jederzeit beobachten (d.h. mithören und recherchieren) kann. Sie selbst haben jedoch keinen Einblick, zu welchem Zeitpunkt er sie tatsächlich überwacht. Diese kombinierte Verwertungs- und Leistungskontrollstrategie folgt einerseits ökonomistischen Denkformen der Führungskräfte in Call Centers und verstärkt diese Denkformen auch wiederum. Entfremdungstheoretisch betrachtet werden die Untergebenen dabei verdinglicht, nämlich auf ein präzise zu kontrollierendes Instrument als Komponente eines komplexen technisch-organisatorischen Systems reduziert, dessen Einsatz dazu dient, eine möglichst günstige Mehrwertsrate zu erzielen.

- Soziale Entfremdungsphänomene finden sich in dieser Arbeitssituation auch auf Seiten der Call-Center-Mitarbeiter. Diesen wird sowohl eine disziplinierte Selbstinstrumentalisierung sozialisatorisch nahe gelegt, als auch eine instrumentelle, stark kalkulative Interaktion mit den Dienstleistungsempfängern bzw. – im Falle von Outbound-Tätigkeiten im Zusammenhang mit aggressiver Produktwerbung bzw. Marktumfragen – mit den Zielpersonen.
- Burnoutsymptome, insbesondere emotionale Erschöpfung auf Seite der Beschäftigten, und eine *Depersonalisation* (d.h. eine verdeckte, zynische Distanzierung) der Beziehung zu den Nutzern (bzw. Zielpersonen) können besonders dann auftreten, wenn Letzteren gegenüber unfreiwilligerweise «Emotionsarbeit» zu leisten ist. Solche *emotionale Dissonanz* als Form der Selbstentfremdung liegt vor, wenn Nutzern gegenüber Gefühle geschauspielert werden müssen, die man nicht empfindet und die man auch nicht, so wie es engagierte Pfleger aus sozialer Rücksichtnahme gegenüber Schutzbefohlenen tun, simulieren möchte. Subjektivität wird hierbei als Selbstinstrumentalisierung gezielt für den ökonomischen Nutzen der Unternehmensleitung eingesetzt. Dies fördert auch die soziale Diskriminierung von unerwünschten Kundengruppen (z.B. ältere, mit Call-Center-Interaktion unerfahrende Nutzer bzw. Nutzer, die sich sprachlich nicht gut ausdrücken können), die sich nicht «rentieren». Gesprächspartner werden

nicht mehr auch in ihrer persönlichen Würde und Bedürftigkeit betrachtet, sondern auf ihren betriebswirtschaftlichen «Wert» für die Betreiber des Call Centers reduziert.

- Schließlich deutet sich in manchen Fällen auch an, dass die Beschäftigten die emotionalen und Interaktionstechniken, welche sie in ihre Arbeit anwenden müssen, auch *auf private Beziehungen übertragen*, was zum Scheitern Letzterer beitragen kann (siehe den Beitrag «Zeitmanagement»).

Selbst wenn die verwertungs- und herrschaftsbestimmten Praktiken der Selbstinstrumentalisierung und Interaktionsregeln – entgegen dem aktuellen, vorläufigen Kenntnisstand – kein nachweisbares *individuell* psychopathogenes Wirkpotential hätten, wäre es bestenfalls wissenschaftlich unseriös, schlimmstenfalls berufsethisch verantwortungslos, wenn Arbeitsforscher die Arbeitsbedingungen der kritisierten Art als akzeptabel bewerten würden. Dies gilt deshalb, weil eine Gesellschaft, deren arbeitsbedingte Verkehrsformen in hohem Ausmaß auf rücksichtsloser Eigennutzorientierung, Vortäuschen nicht vorhandener bzw. Unterdrücken vorhandener Gefühle sowie auf Angst, für sozial verantwortliches Verhalten bestraft zu werden, beruhen würde, vermutlich nur eine begrenzte Stabilität hätte. Man kann solche erzwungenen Reduktionen menschlicher Fähigkeiten und psychischer Funktionen auf ein pseudo-rationales, betriebswirtschaftlich beschränktes Funktionieren vor dem Hintergrund der von Horkheimer und Adorno in ihrer «Dialektik der Aufklärung» (1947) vorgeschlagenen Kulturanalyse betrachten. Dann ist die sozialwissenschaftlich gestützte Hypothese nicht ganz von der Hand zu weisen, dass eine solche Gesellschaft gefährdet sei, durch eine Art innerer (nämlich psycho-sozialer) Aushöhlung ihren demokratischen Charakter und ihre Orientierung am Gemeinwohl zu verlieren. Zu diskutieren wäre, in wie weit die breitflächige Ausweitung neoliberaler Prinzipien des Unternehmens- und Personalmanagements in bisher sozial regulierten kapitalistischen Marktwirtschaften führen können zu (vgl. Weber im Druck):

- einer starken Ausweitung egoistischer, ökonomistisch eingengerter, kalkulierender Handlungsorientierungen im gesamten gesellschaftlichen Klima;
- einem massenhaften Verlust von sozialer Perspektivenübernahme, Mitleid und sozio-moralischer Urteilskompetenz

sowohl im «Privatbereich» als auch in wirtschaftlichen und öffentlichen Institutionen;

- einer Verringerung der Bereitschaft von politischen Verantwortungsträgern und Beschäftigten, die Interessensvertretungen der Arbeitenden gegen die Entfesselung kapitalistischer Marktprinzipien durch eine Elite von Nutznießern zu unterstützen;
- einer entsprechenden Zunahme sozialdarwinistischer und biologistischer Rechtfertigungsmuster für soziale Ungerechtigkeit bis hin zur Rücksichtslosigkeit (bestimmte Forschungsorientierungen in den Humanwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften tendieren seit einigen Jahren immer stärker dazu, entsprechende ideologische Grundlagen zu liefern).

Die problematisierte marktradikale Einsatzform der Call-Center-Technologie bildet hierbei – isoliert und oberflächlich betrachtet – sicherlich nur einen kleinen Einflussfaktor. Zusammen mit vielen anderen Techniken und Technologien neoliberalen Managements wohnt ihr jedoch durchaus ein virulentes Wirkpotential inne, dem im Interesse einer Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit, zur Verteidigung von «Menschenwürde im Betrieb» (Vilmar/Weber 2004), arbeitspolitisch und -gestalterisch entgegenzutreten ist.

Literatur:

- Dormann Ch./Zapf D./Isic A. (2002): «Emotionale Anforderungen und ihre Konsequenzen bei Call Center-Arbeitsplätzen», in: *Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie* 46.4, S. 201-215
- Dunkel, W./Voß, G. G. (Hg.) (2004): *Dienstleistung als Interaktion – Beiträge aus einem Forschungsprojekt*. München
- Fromm, E. (1976/1989): *Haben oder Sein* in: *Erich-Fromm-Gesamtausgabe*, Bd. 2. München, S. 269-414
- Funk, R. (2004): «Leitwerte marktwirtschaftlicher Praxis und ihre psychischen Folgen» in: W. G. Weber/P.-P. Pasqualoni/C. Burtscher (Hg.): *Wirtschaft, Demokratie und Soziale Verantwortung*. Göttingen, S. 71-102
- Habermas, J. (1983): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt/Main
- Harris, M. (1995): *Menschen*. München
- Henn, H./Kruse, P./Strawe, O. (1996): *Handbuch Call Center-Management*. Hannover
- Holtgreffe, U. (2003): «Call-Center-Forschung: Ergebnisse und Theorien», in: F. Kleemann/I. Matuschek (Hg.): *Immer Anschluß unter dieser Nummer – Rationalisierung, Dienstleistung und subjektivierete Arbeit in Callcentern*. Berlin, S. 49-64
- Horkheimer, M./Adorno, T.W. (1947/1989): *Dialektik der Aufklärung*. Leipzig
- Israel, J. (1972): *Der Begriff Entfremdung*. Reinbek
- Labica, G. (1984): «Entfremdung» in G. Labica/G. Bensussan (Hg.): *Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Deutsche Fassung*. Berlin, S. 295-301
- Metz A.-M./Rothe H.-J./Degener M. (2001): «Belastungsprofile von Beschäftigten in Call Centers» in: *Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie* 45.2, S. 124-135
- Moldaschl, M. (2002): «Ökonomien des Selbst – Subjektivität in der Unternehmengesellschaft» in: J. Klages/S. Timpf (Hg.): *Facetten der Cyberwelt*. Hamburg, S. 29-62
- Schaff, A. (1970): *Marxismus und das menschliche Individuum*. Reinbek
- Sohn-Rethel, A. (1972): *Geistige und körperliche Arbeit*. Frankfurt/Main
- Türk, K. (1989): *Neue Ansätze in der Organisationsforschung*. Stuttgart

- Ulrich, P. (2001): *Integrative Wirtschaftsethik – Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*. Bern
- Vilmar, F./Weber, W. G. (2004): «Demokratisierung und Humanisierung der Arbeit – ein Überblick», in Weber, W.G / Pasqualoni, P.-P./Burtscher, C. (Hg.): *Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung*. Göttingen, S. 105-143
- Weber, W. G. (im Druck): «Added Value statt menschlichen Werten? Zur Genese von sozialer Entfremdung in Arbeit und sozialer Interaktion», in: *Journal für Psychologie*

Folgt man dem französischen Historiker Alain Ehrenberg und der WHO, so gibt es eine neue Volkskrankheit: die Depression. Sie betrifft sowohl Arbeitslose, weil sie keine Arbeit haben (Dooley 2000), als auch die, die noch Arbeit haben, *weil* sie noch Arbeit haben (oder weil sie *noch* Arbeit haben), sowie die, deren Job es ist, die Arbeit, die es noch gibt, wegzurationalisieren. Die Strukturen und damit die Zumutungen haben sich verändert: der normale Job ist heute nicht mehr der stupide am Fließband, sondern der Kreativität und Emotionsarbeit fordernde am Kunden, am Computer oder im Team. Es gibt dabei eine Pflicht zum Begeistertsein, zur Zurschaustellung von chronischer Ekstase – nicht nur bei der Arbeitssuche, sondern auch «on the job». Beziehungen zu Mitarbeitern und Vorgesetzten sind sehr wichtig geworden, und die Simulation von Arbeitswilligkeit droht zuweilen sogar die Rolle von Kompetenz zu überlagern – eine Art «Refeudalisierung» (Oskar Negt).

Diese erzwungene Zurschaustellung dauernder Begeisterung kann als seelische Prostitution empfunden werden (Hochschild 1983). Die Depressionswellen haben wohl nicht nur mit dem ungeheuer angewachsenen Stress des flexiblen Berufslebens, sondern auch mit dieser Selbstvermarktung zu tun (Hegemann 2001). Die Zahl der Depressionen wächst an (Fombonne 1995, Bohleber 2005) – die Deutsche Bahn gibt mit gutem Grund keine Informationen nach außen, wie viele Leute sich eigentlich jährlich vor die Züge werfen. Damit wird die Marxsche Entfremdungskritik wieder aktuell (siehe den Beitrag «Call Center» in diesem Band). Marx diagnostizierte eine Entfremdung, wenn die Tätigkeit der Arbeit nicht zur Erfüllung, sondern zu Entleerung führt. Dieser Prozess hat bei Marx die folgenden Stationen:

«Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber» (MEW 40, 511).

«Das Produkt ist ja nur das Resümee der Tätigkeit, der Produktion. Wenn also das Produkt der Arbeit die Entäußerung ist, so muß die Produktion selbst die tätige Entäußerung ... sein.»

Das bedeutet, «daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert. Der Arbeiter fühlt sich daher erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich.» (...) Die Arbeit «ist daher nicht die Befriedigung eines Bedürfnisses, sondern sie ist nur ein Mittel, um Bedürfnisse außer ihr zu befriedigen. Ihre Fremdheit tritt darin rein hervor, daß, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird.» (MEW 40, 514).

Die *Pariser Manuskripte* von 1844 bewerten die Entfremdung also eindeutig negativ. Die spätere Soziologie hat die Marxsche Analyse oft übernommen, allerdings hat sie sie *positiv* bewertet: Max Weber versuchte, die Entfremdung an überökonomischen Kräften festzumachen, zum Beispiel an der Rationalisierung und der Bürokratisierung. Georg Simmel – und ihm folgend auch Arnold Gehlen (1952) – sah die Entfremdung sogar als Ursache für einen Freiheitsgewinn:

«Das gewachsene Selbstgefühl des modernen Arbeiters muss damit zusammenhängen: er empfindet sich nicht mehr als Person untertänig, sondern gibt nur eine genau festgestellte ... Leistung hin, die die Persönlichkeit als solche gerade um so mehr freilässt, je sachlicher, unpersönlicher, technischer sie selbst und der von ihr getragene Betrieb ist» (Simmel 1900, 452).

Für Marx war diese Freiheit kein *Ergebnis* der modernen Arbeit, sondern deren *Voraussetzung*: Die Arbeitenden mussten aus der Leibeigenschaft freigesetzt werden wie auch alles eigenen Besitzes ledig sein, um überhaupt auf dem Arbeitsmarkt ihr Glück – besser: ihr Überleben – zu suchen (MEW 23, 189 f.). Die Kehrseite der Entfremdung, die «Souveränität» des Individuums im Umgang mit der modernen Wirklichkeit besteht darin, dass es in keiner der ihm zugemuteten Rollen (als Staatsbürger, als Angestellter, als Familien- und Vereinsmitglied) ganz aufgehen muss, und, wenn die Belastung zu groß wird, ihnen ohne große Folgeprobleme den Rücken kehren kann. Entfremdung «entlastet» das Individuum also auch von vielen Gruppenzwängen und ermöglicht einen größeren Spielraum für

die Selbstverwirklichung. Aber gerade dieser Spielraum schwindet heute wieder.

In den neuen Managementformen ist dem Arbeitgeber nämlich nicht nur die Arbeitszeit und -leistung zu opfern, sondern auch Geschmack, Lebensstil und Umgangsformen – und das kann eben als seelische Prostitution erscheinen. Einerseits bedeutet die heute verlangte zeitliche und emotionale Mehrarbeit eine *Ausweitung der Entfremdung* auf private Bereiche («Internalisierung des Marktes»). Zugleich bringt der sanfte Zwang zur betrieblichen Gemeinschaft aber auch einen *Abbau der Entfremdung*, eine neue «Tyrannei der Intimität» (Richard Sennett) mit sich, wie es schon längerem etwa bei Pflegeberufen zu beobachten ist. Die Arbeitenden dürfen, nein müssen ihre ganze Person einbinden und können daher persönlichen Zumutungen kaum mehr durch Verweis auf Rollengrenzen entfliehen.

Doch auch diese neue Familiarität ist entfremdet. Wer «seine» Firma *tatsächlich* als Gemeinschaft begreift, von ihr aber durch den erleichterten Kündigungsschutz in der nächsten Umsatzkrise gefeuert wird, leidet mehr als jemand, der seinen Job lediglich als einen Job versteht. Marx' Entfremdungstheorie bezieht das auf die Form der *Aneignung*: Arbeit kann dann «entfremden», wenn man sich auf ruinöse Weise engagiert, ohne über die Ziele und Ergebnisse verfügen zu können, oder auch nur ohne angemessen bezahlt zu werden.

Argumente, die besagen, die Entfremdungs- und Verdinglichungskritik gelte nur für die Extremzustände des 19. Jahrhunderts, werden Marx nicht gerecht. Er benannte nämlich verschiedene Ursachen für die Entfremdung in der Arbeit: erstens den *Verlust von Transparenz* durch wachsende Arbeitsteilung; zweitens die *Mechanisierung*, die die Arbeitenden oft verdummen lasse (und die ist in einigen Fällen wirklich zurückgegangen); und drittens die *fremde Aneignung* des Arbeitsprodukts und der Tätigkeit. Entfremdung bezieht sich also nicht nur auf die Art der Tätigkeit, wie sie etwa Gegenstand der Organisations- und Arbeitssoziologie ist (Pfeiffer 2005), sondern vor allem auch auf die Form ihrer *Aneignung*. Diese ist nicht an bestimmte Arbeitsabläufe gebunden, und deswegen bleibt die Kritik auch im «Postfordismus» mit seinen teilweise veränderten Arbeitsformen und -Organisationen aktuell:

«Wenn das Produkt der Arbeit nicht dem Arbeiter gehört, eine fremde Macht ihm gegenüber ist, so ist dies

nur dadurch möglich, dass es einem andern Menschen außer dem Arbeiter gehört» (MEW 40, 519).

Auf welche Weise aber wird Entfremdung heute zu Depression? Dies hat zu tun mit der Gesellschaftlichkeit von Gefühlen, die strukturelle Zwänge für den Einzelnen fühlbar übersetzen. Wir entfremden uns heute sogar noch von den eigenen Gefühlen, denn die Gefühle, die wir fühlen *müssen* (die so genannten «Gefühlsskripte»), sind nicht die, die wir als die eigenen identifizieren können. Eine depressive Stimmung kann beispielsweise dadurch entstehen, dass die verordneten Gefühle mit den tatsächlichen Gefühlen nicht übereinstimmen und der «falsch» Fühlende sich zwangsläufig als ein Fremder und «emotionaler Versager» fühlen muss. Er passt nicht in die flexible Welt, weil die Gefühle, die sozial erwünscht sind und erwartet werden, nicht zu denen passen, die die *reale* Arbeitswelt ihm aufnötigt. Um eine Formulierung Ulrich Bröcklings zu variieren: alle müssen, aber nicht alle können. Der Marxsche Ansatz ist deswegen so wichtig, weil er darauf hinaus will, dass das Missverhältnis hier nicht im Individuum liegt, sondern dass in einer *Gesellschaft*, die ihre Mitglieder krank macht, etwas nicht stimmt. Diese Entfremdungstheorie ist ein wichtiger Baustein für jeden Versuch, in der flexiblen Welt emotional einigermaßen gesund zu bleiben.

Um diese Herangehensweise auszubuchstabieren, müssen drei Ebenen auseinander gehalten werden: es gibt die realen Strukturen der Wirtschaft und Organisationsweisen der Arbeitswelt, aus denen gewissen Zwänge resultieren – Arbeitszeiten, Arbeitsweisen, Hierarchien usw. Daneben gibt es die Verfasstheit des Individuums, die zwar immer gesellschaftlich überformt ist, aber trotz allem ein Stück Natur bleibt – sozial geformte Natur. Schon diese beiden Ebenen können in Konflikt geraten: es kann immer Reste von Natur geben, die sich nicht formen lassen – Widerständigkeiten der Natur in uns, die sich vor allem in Gefühlen äußern. Das ist ja der Grund für den derzeitigen Boom der Gefühle in der Soziologie und Philosophie (pars pro toto: Elster 1999): sie lassen sich nicht planen, sie sind nicht «rational» im Sinne strategischen Planens, und *doch* haben sie einen Vernunftgehalt. Es kann eben vernünftig sein, auf gewisse Weise widerstrebend zu fühlen, als sich völlig in einen durchgeplanten Betrieb oder flexibel gemanagten Startup integrieren (mit Arnold Gehlen: «konsumieren») zu lassen.

Es ist nicht Natur im Sinne der Naturwissenschaft, die sich hier meldet, da sie zwar rational, aber nicht rationalisierbar ist – darum werden die Bemühungen der Neurowissenschaften, in diesem Bereich «aufklärend» zu wirken, auch nicht in dem Maße von Erfolg gekrönt sein, wie die mediale Aufmerksamkeit es derzeit zu erwarten scheint (es laufen momentan mehrere groß angelegte und gut finanzierte Forschungsprojekte zu den Gefühlen mit einem neurowissenschaftlichen Schwerpunkt). Es bleibt ein Stück Unverfügbarkeit, ja Unvordenklichkeit im Gefühl; genau das verbindet die Gefühle ja mit unserem Verständnis menschlicher Würde und Unvertretbarkeit, und das wird auch so bleiben.

Missverhältnisse zwischen diesen Gefühlen und der Art und Weise gesellschaftlicher Organisation gab es fast immer – man kann die Kulturgeschichte der westlichen Welt gewissermaßen als Abfolge ihrer dominanten Gefühlsstörungen schreiben (Hysterie, Nervosität, Neurosen usw.; siehe Horney 1937), als Nachzeichnung der Verschiebungen typischer Gefühlslagen (etwa der Scham, wie Norbert Elias es tat). Das Neue an heutigen Entfremdungsphänomenen ist nun, dass eine neue Front aufgemacht wird: es sind nicht nur reale Verhältnisse, die mit den Möglichkeiten des Individuums inkongruent sein können und so gewisse emotionale Spannungen auslösen; es sind zunehmend diese Gefühlslagen selbst, die nicht in die Welt passen. Wenn sich diskursive Disziplinierungsversuche wie die «Subjektformierung» durch den Arbeitgeber auch auf das zu Fühlende erstrecken (man möge «intern motiviert» sein, immer fröhlich und entspannt und doch hochleistungsfähig und jederzeit, auch nach Dienstschluss, belastbar), so kommt es, wenn man so reden will, zu Gefühlen zweiter Ordnung – ich ärgere mich, dass ich dauernd so tun muss, als wäre ich mit meinen vielen Überstunden zufrieden; oder ich schäme mich, dass ich mich über solche Nichtigkeiten wie ein entschuldigendes Lächeln vom Chef oder vom Kunden tatsächlich freue. Ich kann zwar versuchen, diese Freude nur zu spielen (was ebenfalls anstrengend ist und Ängste zur Folge haben kann, «entdeckt» zu werden), aber gespielte Authentizität *ist* eben nicht authentisch – ein möglicher Ausweg ist das, was Arlie Hochschild (1983) «deep acting» nennt, ein innerliches Verbiegen bis auf den Grund der Seele.

Vielleicht wäre die zunehmende Verbreitung von Depressionen als sozialpathologisches Resultat aber doch nicht so besorgniserregend hoch, wenn es nicht zusätzliche kapitalistische

Mechanismen geben würde, die diesen Prozess noch verstärkten. Es ist schwer denkbar, dass wirklich alle, die sich heute als depressiv einschätzen, an einer handfesten klinischen Depression leiden. Da ist zum einen die Pillenindustrie, die – wie Ehrenberg (2004) nachzeichnet – dieses Krankheitsbild überhaupt erst konstruiert und «gesellschaftsfähig» gemacht hat, indem sie eine medikamentöse Behandlung gefunden hat, die sich breit vermarkten ließ. Und diese Vermarktung funktioniert überraschend gut: auf der einen Seite hat es neuerdings einen gewissen «chic», sich für depressiv zu halten, weil dies zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung ein Oberschichtenphänomen ist – arbeiten bis zur Selbsterschöpfung wird dekodiert als Anzeichen für hohen Erfolg. Via «triple down»-Effekt kommt das auch bei den unteren Schichten «an» – im doppelten Sinne. Inzwischen gibt es zahlreiche Selbsthilfegruppen, aber auch von der Industrie gesponserte Webseiten, die Franz Liebl (2001) einmal unter die Lupe genommen hat, die die Depressivität «normalisieren», und das heißt in gewisser Weise auch: zur Norm machen. Andererseits haben die Marketingstrategen selbst ein Interesse an einer solchen Ausbreitung, denn – welche Ironie des Schicksals – depressive Kunden weisen ein optimales Käuferverhalten auf:

«leichte Formen von Manie und Depression, also Hypomanie und Dysphorie, sind in ihren typischen Auswirkungen auf das Kaufverhalten von großen Interesse für die Hersteller» (Liebl 2001, 120; nach einer Studie von Hirschman/Stern 1998).

Es gibt also einen regelrechten Markt für diese Krankheit. Das ist gleichbedeutend mit einer Kommerzialisierung nicht nur der Gefühle, sondern noch der *Gefühlsstörungen*. Vielleicht kann kaum etwas anderes als dies besser zeigen, dass der Kapitalismus überhaupt keine internen Sensoren hat für das, was menschlich vertretbar ist, und wo diese Grenze überschritten wird. Der Markt reguliert sich selbst, das mag wohl sein – auch die hohen Arbeitslosenzahlen und die Krisen sind ja ein Moment dieser Selbstregulation; aber was gut für den Markt ist, ist eben nicht automatisch gut für den Menschen. Wenn sich Waren profitabel vermarkten lassen, so *werden* sie auch hergestellt und vermarktet; das gilt für Waffen wie für jede andere Ware. Und was nicht passt, wird passend – also zur Ware – *gemacht*. Im flexiblen Kapitalismus gilt dies neben der Vermarktung von Naturressourcen (siehe den Beitrag «Wissensgesellschaft») und

öffentlicher Güter (siehe den Beitrag «Enteignung») nun auch für seine eigenen Endprodukte: der nachhaltige Kapitalismus «recycelt» selbst noch das, was er selbst an Schädlichem hervorbringt. Sogar Entfremdung ist zu einer Ware geworden – und sie verkauft sich gut.

Literatur:

- Benkert, Otto (2005): *Stress-Depression. Die neue Volkskrankheit und was man dagegen tun kann*. München
- Bohleber, Werner (Hg.) (2005): «Depression. Psychoanalytische Erkundungen einer Zeitkrankheit», Sonderheft *Psyche*, Band 59, Nr. 9/10
- Bröckling, Ulrich (2002): «Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst» in: *Mittelweg 36*, 11.4 (August/September), S. 6-26
- Dooley, David et al. (2000): «Underemployment and Depression: Longitudinal Relationships» in: *Journal of Health and Social Behaviour* 41.4 (Dezember), S. 421-436
- Ehrenberg, Alain (2004): *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. Frankfurt/Main
- Elster, Jon (1999): *Alchemies of the Mind. Rationality and the Emotions*. Cambridge
- Flach, Frederic (2004): *Depression als Lebenschance. Seelische Krisen und wie man sie nutzt*. Reinbek
- Fombonne, E. (1995): «Depressive Disorders: Time Trends and possible explanatory Mechanisms» in: Rutter, M./Smith, D.J. (Hg.): *Psychosocial Disorders in Young People. Time Trends and their Causes*. Chicester
- Gehlen, A. (1952/1983): «Über die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung» in: *Philosophische Anthropologie und Handlungslehre*, Gesamtausgabe Band 4, Frankfurt/Main, S. 366-379
- Hegemann, Carl (Hg.) (2001): *Kapitalismus und Depression*. Berlin
- Hegerl, Ulrich et al. (2005): *Das Rätsel Depression. Eine Krankheit wird entschlüsselt*. München
- Hirschman, E.C./Stern, B.B. (1998): «Consumer Behavior and the Wayward Mind: The Influence of Mania and Depression on Consumption» in: *Advances in Consumer Research* 25, S. 421-427
- Hochschild, Arlie R. (1983): *The Managed Heart. Commercialization of Human Feeling*. Berkeley
- Horney, Karen (1937/1995): *Der neurotische Mensch unserer Zeit*. Frankfurt/Main
- Liebl, Frank (2001): «Die Leute nicht für blöd halten. Depression und die Strategien ihrer Vermarktung» in: Hegemann 2001: *Kapitalismus und Depression*. Berlin, Bd. III, S. 113-141

Pfeiffer, Sabine/Jäger, Wieland (2006): «Ende des Elends. Marxsche Reformulierung, handlungstheoretischer Beitrag und dialektische Reanimation der Arbeits- und Industriesoziologie» in: *Soziologie* 35.1, S. 7-25

Simmel, Georg (1989): *Die Philosophie des Geldes* (1900), Gesamtausgabe Bd. 6, Frankfurt/Main

Christian Zeller

Die Privatisierung und Aneignung öffentlicher Dienste durch transnationale Konzerne, die Auseinandersetzungen über intellektuelle Eigentumsrechte und natürliche Ressourcen sowie die neokolonialen Ansprüche der USA und der mit ihnen rivalisierenden europäischen Partner sind Antworten auf eine weitreichende Verwertungskrise des Kapitalismus. Diese Vorgänge deuten darauf hin, dass Akkumulationsprozesse durch Enteignung wieder wichtiger geworden sind. Die Diskussion darüber, inwiefern die aktuelle Konfiguration des Kapitalismus als Antwort auf und Ergänzung zur krisengeschüttelten «normalen» erweiterten Reproduktion und Aneignung nicht entlohnter Mehrarbeit wieder vermehrt durch Enteignungsvorgänge gekennzeichnet ist, wirft alte Fragen auf. Bereits Karl Marx und Rosa Luxemburg haben sich eingehend mit diesem Problem beschäftigt.

Die im Zuge massiver Niederlagen der Arbeiterbewegung und der konservativen Gegenreform seit 1979/80 durchgesetzte Liberalisierungspolitik machte es möglich, dass ein hochzentriertes Finanzkapital seine Bedeutung steigern konnte. Dieses Finanzkapital lässt sich definieren als konzentriertes Kapital in Geldform, dessen Eigner ein Einkommen (Zinsen, Dividenden) und/oder einen Ertrag beim Verkauf des Eigentums- oder Gläubigertitels erwarten. Die Aufblähung der Schulden in den peripheren Ländern und der öffentlichen Haushalte in den Metropolenländern, die Verbreitung kapitalgedeckter Alterssysteme, vor allem in den angelsächsischen Ländern, und zahlreiche weitere institutionelle Veränderungen ermöglichten eine zunehmende Akkumulation von Geldkapital. Die institutionellen Investoren wie Anlage- und Investmentfonds waren die hauptsächlichlichen Profiteure der Deregulierung der Finanzmärkte. Die finanzielle Akkumulation entspricht einer Zentralisation nicht investierter Profite und nicht konsumierter Einkommen durch spezialisierte Institutionen, um sie als finanzielle Aktiven (Devisen, Obligationen, Aktien) anzulegen (Chesnais 2004; Sauviat 2004).

Diese Entwicklungen mündeten in den Durchbruch eines finanzdominierten Akkumulationsregimes der Vermögensbesitzer, das ausgehend von den USA seine Wirkung auf globaler Ebene entfaltet. Damit wurde eine neue Phase des Kapitalismus eröffnet (siehe den Beitrag «Finanzmarktkapitalismus»), die aufgrund des allgemeinen Lohndrucks, der Aufspaltung «rigider

Arbeitsmärkte» und neuer Formen der Arbeitsorganisation im Vergleich zur Situation in den 1970er Jahren eine Steigerung der Profitrate ermöglichte. Aber die höheren Profite bewirkten aufgrund der beschränkten Märkte nicht eine massive Zunahme der Investitionen. Die Institutionen des Finanzkapitals schleusen einen Teil des Mehrwerts in die Finanzsphäre, wo er einen besonders hohen Ertrag abwerfen soll (Chesnais 1997, 2004; Michel Husson in Zeller 2004; Duménil/Lévy 2004).

Aufgrund der errungenen Position und Macht kann sich das finanzielle Anlagekapital in der Form von Investment- und Pensionsfonds einen Teil der Gewinne als Einkommen aus Börsenplatzierungen, Mieten und Bodenrenten sowie über den öffentlichen Schuldendienst aneignen. Diese Einkommen sind einzig durch das Eigentum an Vermögen legitimiert. Das Anlagekapital verwertet und vergrößert sich also als zinstragendes und rententragendes Kapital durch Abschöpfung eines Teils des Profits über den öffentlichen Schuldendienst oder durch Zins- und Dividendenzahlungen (MEW 26.3, 462). Dies erfordert allerdings die Steigerung der Mehrwertrate (Chesnais in Zeller 2004, 225; Chesnais 2004, 31).

Unter diesen veränderten Bedingungen verstärken seit zwanzig Jahren die Eigentümer des Finanzkapitals die Mechanismen der Aneignung. Die Spitze dieses Prozesses bilden die multinationalen Konzerne. Die Holdinggesellschaften sind die Knoten von Finanznetzen, deren Maschen es den Aktionären (und dank ihrer *Stock Options* auch den Konzernführern) erlauben, sich in den Unternehmen, die sie direkt oder indirekt kontrollieren, einen Teil des durch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen geschaffenen Werts anzueignen (Serfati 2004, 15). Die aktuelle *Corporate Governance*, die sich auf den *Shareholder Value* stützt, ist ein Hebel zur Teilung des Profits zu Gunsten der Aktionäre. Die Börse wurde zum Instrument der Unterordnung der Unternehmen unter die Managementnormen und die von den Aktionärselbstern gewünschten Profitabilitätsnormen.

Das Kreditwesen nimmt eine doppelte Rolle ein. Solange Kredite in die Produktion fließen, dienen die Summen aus der finanziellen Zentralisation der «normalen» Akkumulation des Kapitals. Aber die Konstituierung des Geldkapitals als «selbständige[r] Sorte des Kapitals» (MEW 25, 389) ermöglicht, dass die finanzielle Zentralisation Operationen dient, die kaum mehr die Finanzierung der Akkumulation, sondern die Schaffung von Aneignungsverhältnissen außerhalb der Produktion bezwecken.

Dazu zählen massive Aneignungen, die wie im Falle der Kredite an arme und periphere Länder als räuberisch bezeichnet werden können. Der Schuldendienst stützt sich auf Entnahmen vom Mehrprodukt und der Mehrarbeit in allen ihren kapitalistischen und vorkapitalistischen Formen. Der erzwungene Schuldendienst ist zudem ein Mittel der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft, die bis zu Prozessen der Deindustrialisierung wie in Argentinien oder gar der Rekolonialisierung führen können. Über das Kreditsystem und Schuldenknechtschaft werden ganze Bevölkerungen und Länder auf einen Zustand fortwährenden Schuldendienstes durch ihre Arbeitleistung reduzieren (Harvey 2003, 147; siehe den Beitrag «Neoliberalismus»).

Die Teilung des Profits in Zins (respektive Rente) und Unternehmensprofit verstärkt die Ausbeutung der Arbeitenden in Form einer Steigerung der Mehrwertrate. Zugleich greift das Kapital aufgrund der Überakkumulation und den damit zusammenhängenden Verwertungsschwierigkeiten im Rahmen der «normalen» Akkumulation und wegen der Teilung des Profits zugunsten des Anlagekapitals wieder verstärkt zur *Akkumulation durch Enteignung* zurück («ursprüngliche Akkumulation», MEW 23, 741). Um die gesteigerten Profitansprüche zu erfüllen, strebt das Anlagekapital danach, mehr Werte aus der Gesellschaft herauszupressen. Das äußert sich in Reallohnenkungen, Arbeitsintensivierungen, der Deregulierung der Arbeit, den Angriffen auf soziale Errungenschaften, Privatisierungen und der Aneignung öffentlicher Dienste durch transnationale Konzerne, Enteignungsmechanismen in den so genannten aufstrebenden Märkten (Zinszahlungen, Kapitalflucht) und schließlich in der imperialistischen und kriegerischen Aneignung von Territorien und ihren Ressourcen (Chesnais 2004, 43). Die Unterwerfung weiterer gesellschaftlicher Bereiche unter den kapitalistischen Verwertungsprozess nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein.

Karl Marx verwendete einen Großteil seiner Anstrengungen, um die vielschichtigen Enteignungsprozesse zu analysieren. Allerdings widmete er sich vor allem den Prozessen der erweiterten Reproduktion und der Ausbeutung der Lohnarbeit. Die Lohnarbeit stellt letztlich die zentrale Form der Auspressung von Wert dar. Die Kapitaleigentümer eignen sich die unbezahlte Mehrarbeit der Lohnabhängigen an. Die Abschöpfung von Mehrwert und die Ausbeutung der Arbeitenden bleiben zentral im Akkumulationsprozess und wurden mit wachsender

Arbeitsproduktivität gesteigert. Das Kapital greift im Zuge der neoliberalen Offensive aber auch wieder verstärkt auf die Produktion des absoluten Mehrwerts über die Verlängerung der Arbeitszeit, Arbeitsintensivierungen und Lohnsenkungen zurück (Görg 2004).

Bei dieser *formellen Subsumtion* der Arbeit unter das Kapital handelt es sich um «Diebstahl von fremder Arbeitszeit» (MEW 42, 601, 604) oder die Enteignung von arbeitsfreier Zeit, von körperlichen Energien und geistiger Kreativität. Die Aneignung des relativen Mehrwerts, also die Vergrößerung des Teils des Arbeitsprodukts, das den Produzenten über eine Steigerung der Produktivität und eine Verringerung des Aufwands für die Reproduktion der Arbeitskräfte enteignet werden kann, ohne dass sie materielle Einbussen erleiden, ist hingegen die eleganteste Enteignungsform. Sie geht einher mit der *reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital* durch technische, soziale und andere Innovationen, durch die Revolutionierung des Produktionsprozesses (MEW 23, 533; Altvater 2005, 55 f).

Neben der erweiterten Reproduktion des Kapitals, die mit dem Anwachsen der Produktionskapazitäten einhergeht, lassen sich drei weitere Akkumulationsmechanismen unterscheiden, die in der neuen Konfiguration des Kapitalismus wieder wichtiger wurden. Sie beruhen erstens auf der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, der Schaffung von Einhegungen und der Durchsetzung neuer Eigentumsrechte im Sinne der ursprünglichen Akkumulation, zweitens der Ausdehnung kapitalistischen Eigentums in neue Bereiche und drittens der Machtfülle stärkerer Akkumulationszentren, z.B. großer Konzerne (Chesnais 2003, 174; Harvey 2003, 145 ff.; Zeller 2004).

Gemäß Marx' Analyse der «ursprünglichen Akkumulation des Kapitals» (MEW 23, 741-791) waren zahlreiche Enteignungsprozesse für die Entstehung des Kapitalismus maßgebend. Dazu gehörten die Umwandlung von Land in eine Ware und dessen Privatisierung, verbunden mit der Vertreibung der Landbevölkerung; die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware und die Unterdrückung anderer Produktions- und Lebensformen (beispielsweise Subsistenz); Kolonialismus und die gewaltsame Aneignung von Vermögen (zum Beispiel Gold aus Amerika); die Eintreibung von Steuern; die Staatsverschuldung sowie Wucher und das Kreditsystem. Das zentrale Kennzeichen der ursprünglichen Akkumulation,

«der Prozeß, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozeß des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen» (MEW 23, 742); denn die «kapitalistische Produktions- und Akkumulationsweise, also auch kapitalistisches Privateigentum, bedingen die Vernichtung des auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums, d.h. die Expropriation des Arbeiters» (MEW 23, 802).

Rosa Luxemburg unterstrich die Bedeutung von Akkumulationsformen, die einer Ausweitung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf Länder oder Sektoren und soziale Aktivitäten entsprechen, die diesen Verhältnissen noch nicht oder nur teilweise unterworfen waren. Sie wies ausdrücklich auf die gewaltbasierte Kapitalakkumulation auf Kosten nichtkapitalistischer Produktionsformen hin:

«Die kapitalistische Akkumulation hat somit als Ganzes, als konkreter geschichtlicher Prozeß, zwei verschiedene Seiten. Die eine vollzieht sich in der Produktionsstätte des Mehrwerts – in der Fabrik, im Bergwerk, auf dem landwirtschaftlichen Gut – und auf dem Warenmarkt. [...] Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, unter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden» (Luxemburg 1913, 397).

In diesem Sinn bezeichnet Akkumulation die räumliche und/oder soziale Ausweitung der Warenbeziehungen und der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Viele dieser Prozesse sind während der ganzen Geschichte des Kapitalismus wichtig geblieben.

«Ursprüngliche Akkumulation des Kapitals und Akkumulation des Kapitals durch Mehrwertproduktion sind nämlich nicht nur *aufeinander folgende* Phasen der Wirtschaftsgeschichte, sondern auch *gleichzeitige* Wirtschaftsprozesse. In der ganzen Geschichte des

Kapitals bis zum heutigen Tag spielen sich laufend Prozesse der ursprünglichen Akkumulation ab – neben der vorherrschenden Kapitalakkumulation durch Wertschöpfung im Produktionsprozess» (Mandel 1972, 43).

Die zeitliche Abfolge ist mit der Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur eine historische, sondern eine permanente, indem das Kapital die Produzenten kontinuierlich von ihren Produktionsmitteln trennt und diesen Vorgang ausdehnt. Die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln ist eine gemeinsame Eigenschaft der «normalen» und der ursprünglichen Akkumulation, jedoch unterscheiden sich die Bedingungen der Durchsetzung dieser Trennung. Die Akkumulation reproduziert diese Trennung als kontinuierlichen Prozess. Der Kapitalismus ist also nicht als geschlossenes System zu verstehen, vielmehr kolonisiert das Kapital immer neue Bereiche. Die Enteignung der ländlichen Produzenten zeugt davon ebenso wie die Einhegung gesellschaftlich produzierter Wissensbestände (De Angelis 2004). Die ursprüngliche Akkumulation entspricht also einem strukturellen Verhältnis zwischen kapitalistischen und nichtkapitalistischen Produktions- und Lebensweisen, das sich angetrieben durch den Verwertungsprozess des Kapitals in immer neuen Formen konfiguriert (Alnasseri 2003).

Prozesse der ursprünglichen Akkumulation stürzen weiterhin Millionen von Menschen in verschiedenen Teilen der Welt ins Elend. Denken wir nur an die bis heute anhaltende Zerstörung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaften in Afrika, Asien und Lateinamerika oder an die schnelle Proletarisierung der Bevölkerung in China. Selbst Sklaverei besteht weiter, insbesondere im Falle von Frauenhandel für Sexarbeit. Und in Territorien, die in jüngerer Zeit dem Markt geöffnet wurden, können Staaten, Konzerne und mafiaähnliche Organisationen sehr gewalttätige Akkumulationsformen durch Enteignung durchsetzen (Harvey 2003, 149).

Angesichts der unbefriedigenden Verwertungsmöglichkeiten sucht sich das Kapital neue Anlagefelder. Zu einer aktuellen Form der enteignender Akkumulation zählt die Schaffung neuer Einhegungen (*enclosure*) mit der Ausweitung der Patentierbarkeit, insbesondere die Biopiraterie durch die Patentierung von genetischem Material, der Schaffung intellektueller Eigentumsrechte, der Kommodifizierung, Kontrolle und Aneignung natürlicher Ressourcen wie Wasser und Luft, wissenschaftlichen

und technologischen Wissens, intellektuellen Eigentums, kultureller und intellektueller Kreativität, sowie von Kulturen und geschichtlichem Erbe (siehe die Aufsätze von Chesnais und Serfati in Zeller 2004).

Die Privatisierung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen, der Rentensysteme und Sozialversicherungen sowie der Umwandlung der Universitäten in Institutionen, die dem Kapital günstig Wissen und Fähigkeiten zur Verfügung stellen, entsprechen einer zweiten Form enteignender Akkumulation. Seit Beginn der neo-konservativen Gegenreform vor über zwanzig Jahren versucht das Kapital, sich die Gesamtheit der materiellen und intellektuellen Bedingungen des Produktionsprozesses, also das historische Werk der gesellschaftlichen Arbeit der Menschheit, anzueignen. Alles, was profitabel erscheint, soll zur Ware umgeformt in Wert gesetzt werden.

Daneben hat das Kapital regelrecht räuberische Mechanismen entwickelt. Dazu gehören Fusionen und Übernahmen, die aufgrund ungleicher monopolistischer oder oligopolistischer Machtverhältnisse und spekulativen Aspekten oftmals von Raub an Vermögenswerten begleitet sind; verschiedene räuberische Praktiken zwischen Fraktionen des Kapitals wie Zwangsmaßnahmen und kriminelle Aktivitäten und Fälschungen; und die zu Lasten anderer kapitalistischer Unternehmen abgeschöpften Werte wie bei äußerst ungleichen Subcontracting-Verhältnissen, ungleichen Forschungsk Kooperationen oder sogenannten Netzwerkfirmen (Chesnais 2003: 174). Diese Art enteignender Akkumulation geschieht durch finanziell, organisatorisch oder institutionell kräftigere Akkumulationszentren mittels Aneignung, Abschöpfung und Zentralisierung von Teilen des in anderen sozialen Organisationsformen erzeugten Werts und Mehrwerts. Akkumulation kann also in gewissen Teilen des Systems zu Lasten anderer Teile geschehen und zwar auf der Grundlage spezifischer Macht- und Eigentumsverhältnisse:

«Sobald dieser Umwandlungsprozess nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche

Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot» (MEW 23, 790).

Diese verschiedenen Enteignungsprozesse sind oftmals miteinander verzahnt, also in der Praxis nicht immer scharf trennbar (Görg 2004). Die Herausforderung besteht darin, zu erfassen, wie die unterschiedlichen Enteignungs- und die Inwertsetzungsprozesse zeitlich und räumlich ineinander greifen und sich gegenseitig bedingen, und inwiefern sie die Ausbeutung und den Ressourcentransfers im aktuellen Akkumulationsregime prägen. Schließlich kann die sich auf diese Enteignungsvorgänge stützende und ihnen folgende Inwertsetzung durch Lohnarbeit oder durch die Erzielung von Zinsen und Renten erfolgen. Die mit der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes und dem Aufstieg eines konzentrierten Anlagekapitals einhergehenden gesellschaftlichen und institutionellen Veränderungen haben zu einer Aufwertung der Extraktion von Werten und Ressourcen durch Renten geführt.

Angesichts der zunehmenden Vergesellschaftung der Arbeit, insbesondere innovativer Tätigkeiten, versucht der aktuelle Kapitalismus, die direkte Kontrolle über die Menschen und sozialen Zusammenhänge, die über Wissen oder ein Kreativitätspotential verfügen, zu verstärken. Wissen, Informationen und Technologien sind ökonomische Schlüsselressourcen geworden. Mit der Durchsetzung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes ist auch die Schaffung eines Regimes intellektuellen Eigentums verbunden, das die Eigentumsmonopole in neue Bereiche und Lebensformen ausdehnt. Auf der Suche nach neuen Feldern der Verwertung enteignet das Kapital unterschiedliche Akteure, seien dies Forscherinnen und Forscher, Facharbeiterinnen und Facharbeiter oder auch bäuerliche Gemeinschaften, von ihren Arbeitsprodukten, Arbeitsmitteln und von dem Wissen und den Informationen, die sie in gemeinschaftlicher Arbeit generieren (siehe den Beitrag «Wissensgesellschaft»).

Das Konzept der ursprünglichen Akkumulation hilft in doppelter Hinsicht, die Einhegung gesellschaftlich produzierten

Wissens durch Eigentumsmonopole zu analysieren. Die ursprüngliche Akkumulation besteht in der Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln und der Überführung von als «Gemeingütern» ehemals frei verfügbarer Produktionsbedingungen in Privateigentum. Die private Aneignung von Land erlaubt den Bodeneigentümern anschließend, sich einen Teil des Mehrwerts über Renten einzustreichen und damit einen weiteren Aneignungsvorgang durchzusetzen. Genauso entspricht die Einhegung gesellschaftlich produzierten Wissens einem enteignenden Akkumulationsprozess, der anschließend einem zweiten Aneignungsvorgang Platz macht: der Erzielung von Lizenzträgen durch die Eigentümer der intellektuellen Eigentumsmonopole. Diese Lizenzträge sind nichts anderes als Renten (siehe den Beitrag «Privatisierung»).

Die Einhegung gesellschaftlich produzierten Wissens durch Eigentumsmonopole in der Form von Patenten wie auch die Kommodifizierung, Kontrolle und Aneignung natürlicher Ressourcen wie Wasser und Luft, kultureller und intellektueller Kreativität sind aktuelle Schlüsselprozesse der Expansion des Kapitals in neue Felder hinein. Diese neuen Felder sind Quellen regelmäßiger Einnahmen in der Form von Renten. Die Kapitalisierung der Natur und wissenschaftlichen Wissen ist zu einem zentralen Kennzeichen der aktuellen kapitalistischen Enteignungsökonomie unter der Dominanz des Finanzkapitals geworden. Die Ausdehnung der Eigentumsrechte auf die Gesamtheit menschlicher Aktivitäten einschließlich des Rechts auf die Reproduktion von Leben ist ein zentrales Ziel des neoliberalen Programms (Chesnais und Serfati in Zeller 2004). *Enclosures* sind nicht nur ein permanenter Charakterzug der Kapitallogik, sie nehmen auch eine zentrale Rolle in den heutigen politischen Auseinandersetzungen ein: während sich das Kapital neue Bereiche einverleiben will, erwächst dagegen Widerstand von Bevölkerungsteilen, die sich ihre Einflussnahme über diese Bereiche nicht nehmen lassen wollen. Der von den *enclosures* geschaffene gesellschaftliche Raum für die Akkumulation ist permanent umkämpft (De Angelis 2004: 60, 72).

Die Mechanismen der ursprünglichen Akkumulation sind ein wesentliches Kennzeichen des «neuen Imperialismus» (Harvey 2003). Aufgrund des wieder verstärkten Rückgriffs auf Formen der ursprünglichen und enteignenden Akkumulation lässt sich die aktuelle Phase des Imperialismus als eine globale Enteignungsökonomie kennzeichnen. Die imperialistischen

Länder setzen über verschiedene Kanäle Wertetransfers aus den peripheren Ländern durch, die auf Enteignungsvorgängen beruhen. Dazu zählen die direkte Plünderung von natürlichen und menschlichen Ressourcen, der Schuldendienst und aufgrund monopolistischen Eigentums an Technologien durchgesetzte Lizenzzahlungen.

Die Akkumulation durch Enteignung und Ausplünderung anderer Märkte und Ressourcen stützt sich ganz besonders auf die Militärmaschinerie. Die Bedeutung des bewaffneten Armes der imperialistischen Globalisierung hat sich sogar noch verstärkt. Die aktuelle US-Regierung wie auch ihre Rivalen in Europa und Asien treiben die Militarisierung systematisch voran und verbinden die Militärmacht mit dem «Wirtschaftskrieg». Der Kapitalismus ist nicht nur eine Produktions- und Konsumweise, sondern auch eine gesellschaftliche Herrschaftsweise. In diesem Sinne sind das Ökonomische und das Militärische eng miteinander verflochten (Serfati 2004). «Der Militarismus ...begleitet die Schritte der Akkumulation in allen ihren geschichtlichen Phasen» (Luxemburg 1913, 398). Der brutalste und direkteste Ausdruck der Enteignungsökonomie ist der Krieg. Die Kontrolle über Ressourcen und deren Preisentwicklung vermittelt einen entscheidenden Vorteil in der imperialistischen Rivalität. Derartige Akkumulationsformen hat schon Rosa Luxemburg anschaulich beschrieben:

«Die Schwierigkeit für das Kapital besteht in dieser Hinsicht schon darin, daß auf gewaltigen Strecken der exploitierbaren Erdoberfläche die Produktivkräfte sich im Besitz von gesellschaftlichen Formationen befinden, die entweder zum Warenhandel nicht neigen oder aber gerade die wichtigsten Produktionsmittel, auf die es dem Kapital ankommt, überhaupt nicht feilbieten, weil die Eigentumsformen wie die ganze soziale Struktur dies von vornherein ausschließen. [...] Sich hier auf den Prozeß der langsamen auf Jahrhunderte berechneten inneren Zersetzung dieser naturalwirtschaftlichen Gebilde verlassen und ihre Resultate erst abwarten, bis sie zur Entäußerung der wichtigsten Produktionsmittel auf dem Wege des Warenhandels führen, würde für das Kapital soviel bedeuten, wie überhaupt auf die Produktivkräfte jener Gebiete verzichten. Daraus folgert der Kapitalismus gegenüber den Kolonialländern die

gewaltsame Aneignung der wichtigsten Produktionsmittel als eine Lebensfrage für sich» (Luxemburg 1913, 318).

Mit der imperialistischen Globalisierung differenzieren sich die Formen der Aneignung des produzierten Wertes und der bestehenden Reichtümer stärker aus. Den einen Pol bildet die Produktion von Wert im Rahmen des Lohnverhältnisses, wie es in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit in den reichen kapitalistischen Ländern vorwiegend existiert hat. Das formale Lohnverhältnis betrifft weltweit nur eine Minderheit der ArbeiterInnen, die mehrheitlich in den Metropolenländern leben. Am anderen Pol findet man die Ökonomie des Raubs von Reichtümern. Die Enteignung der Wissensproduzenten durch die Ausdehnung intellektueller Eigentumsmonopole ist eine der wissensbasierten Ökonomie entsprechende und besonders entwickelte Form von Akkumulation durch Enteignung. Zwischen beiden Polen beruht die Wertproduktion auf einer industriellen Reservearmee von Produzenten, die eine große Diversität an Ausbeutungsbedingungen der Arbeitskraft bietet. Die Konstituierung einer industriellen Reservearmee auf Weltebene (siehe den Beitrag «Arbeitslosigkeit») kommt der ursprünglichen Akkumulation sehr nahe. Millionen von Menschen werden aus ihren Lebenszusammenhängen gerissen und gezwungen, ihre Arbeitskraft in den Megastädten, auf den Plantagen des Südens oder in den Metropolen des Nordens unter den schlechtesten Bedingungen zu verkaufen – Bedingungen, die nicht selten der Zwangsarbeit und Sklaverei ähneln. Die informellen ArbeiterInnen machen in vielen Ländern des Südens die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung aus und sehen sich einer besonders brutalen Form der Lohnabhängigkeit unterworfen (Serfati 2004, 40 ff).

Der zentrale Widerspruch des Kapitalismus ist die Kluft zwischen der gesellschaftlichen, das heißt arbeitsteiligen Produktion von Gütern und Dienstleistungen und deren privaten Aneignung durch das Kapital. Die Ausdehnung der intellektuellen Eigentumsmonopole spitzt diesen Widerspruch zu. Marx malte sich diese Zuspitzung so aus:

«Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen

Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert» (MEW 23, 790 f.).

Nun haben die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts gezeigt, dass es keine eigengesetzliche Entwicklung in Richtung sozialer Emanzipation gibt. Zudem hat sich Marx keinesfalls für eine bürokratische Verstaatlichung ausgesprochen. Er formulierte hingegen Skizzen, die Anhaltspunkte für eine Perspektive der gesellschaftlichen und öffentlichen Aneignung vermitteln (Maler 2003). Mit der offensiven Zurückweisung weiterer Einhegungen und aller Formen der Akkumulation durch Enteignung könnten sich Chancen eröffnen, auch die Konzentration der strategischen Produktionsmittel in den Händen großer Konzerne zur Diskussion zu stellen.

Die politischen Auseinandersetzungen über Privatisierungen, Sozialabbau, Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörungen bieten Anknüpfungspunkte für eine Perspektive der *demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung* von Ressourcen und schließlich von Produktionsmitteln. Die gesellschaftliche (Wieder-)Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. Zugleich können diese Alternativen keine punktuelle Reparatur sein. In ihrer Dynamik tragen sie vielmehr zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung und Aneignung, die Logik der Konkurrenz überwindet. Damit werden Reformen verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt der grundlegenden gesellschaftlichen Transformation, das sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen, Rechten und Macht (siehe den Beitrag «Human Capital»).

Literatur:

- Alnasseri, Sabah (2003): «Ursprüngliche Akkumulation, Artikulation und Regulation. Aspekte einer globalen Theorie der Regulation» in: Brand, U./Raza, W. (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster, S. 131-157
- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*. Münster
- Chesnais, François (1997): *La mondialisation du capital (nouvelle édition augmentée)*. Paris
- Chesnais, François (2003): «Rapports de propriété et formes de captation du «cognitif» au bénéfice du capitalisme financier» in: Vercellone, C. (Hg.): *Sommes nous sortis du capitalisme industriel?* Paris, S. 167-179
- Chesnais, François (2004): «Le capital de placement: accumulation, internationalisation, effets économiques et politiques» in: Chesnais, F. (Hg.): *La finance mondialisé*. Paris, S. 15-50
- De Angelis, Massimo (2004): «Separating the Doing and the Deed: Capital and the Continuous Character of Enclosures» in: *Historical Materialism* 12.2, S. 57-87
- Duménil, Gérard/Lévy, Dominique (2004): «Le néolibéralisme sous hégémonie états-unienne» in: Chesnais, F. (Hg.): *La finance mondialisé*. Paris, S. 71-98
- Görg, Christoph (2004): «Enteignung oder Inwertsetzung? Zur Aktualität der ursprünglichen Akkumulation» in: *Das Argument* 46.5 (Nr. 257), S. 721-731
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford
- Luxemburg, Rosa (1913/1975): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Gesammelte Werke Bd. 5. Berlin
- Maler, Henri (2003): «Les figures de l'appropriation sociale chez Marx» in: Les Cahiers de Critique Communiste (Hg.): *Marx et l'appropriation sociale*. Paris, S. 11-54
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*. Frankfurt/Main
- Sauviat, Catherine (2004): «Les fonds de pension et les fonds mutuel: acteurs majeurs de la finance mondialisée et du nouveau pouvoir actionnarial» in: Chesnais, F. (Hg.): *La finance mondialisé*. Paris, S. 99-124
- Serfati, Claude (2004): *Impérialisme et militarisme: actualité du vingt-et-unième siècle*. Lausanne
- Zeller, Christian (Hg.) (2004): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster

Barbara Kuchler

Die moderne Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Produktionsweise erzeugt ungeheuren Wohlstand, aber gleichzeitig erzeugt sie eine Schicht von Menschen, die an all den «Segnungen» der modernen Gesellschaft nicht teilhaben können und unter mehr oder weniger elenden Bedingungen leben. Dieser Ausschluss von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum gilt einerseits natürlich für die Arbeiter zu bestimmten Zeiten (etwa im 19. Jahrhundert) und in bestimmten Regionen des Erdballs (heute vor allem in der Dritten Welt), während er für heutige Arbeitnehmer in entwickelten Ländern kaum noch, oder nur in einem sehr eingeschränkten, relativen Sinn behauptet werden kann. Er gilt jedoch in jedem Fall und in verschärftem Maß für eine andere Schicht von Menschen, die in der Zone der «Exklusion» (im heutigen Sprachgebrauch) bzw. des «Pauperismus» (mit dem Wort von Marx) leben. Exklusion heißt, dass es einem Menschen verwehrt ist, in relevanter Weise an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen und die dazugehörigen Vorteile zu genießen – an Arbeit und Konsum, aber auch an Bildung, Gesundheitsversorgung, Rechtsschutz, politischer Meinungsbildung usw. In jedem Fall geht es um Menschen, die noch «unter» den Arbeitern bzw. Arbeitnehmern stehen und von ihnen noch einmal zu unterscheiden sind (inwieweit der Begriff «unten» passt, wird zu diskutieren sein).

Typische Exklusionserscheinungen des 19. Jahrhunderts werden bei Marx behandelt, der die «Sphäre des Pauperismus» folgendermaßen beschreibt:

«Abgesehen von Vagabunden, Verbrechern, Prostituierten, kurz dem eigentlichen Lumpenproletariat, besteht diese Gesellschaftsschicht aus drei Kategorien. Erstens Arbeitsfähige. Man braucht die Statistik des englischen Pauperismus nur oberflächlich anzusehn, und man findet, daß seine Masse mit jeder Krise schwillt und mit jeder Wiederbelebung des Geschäfts abnimmt. Zweitens: Waisen- und Pauperkinder. Sie sind Kandidaten der industriellen Reservearmee und werden in Zeiten großen Aufschwungs ... rasch und massenhaft in die aktive Arbeiterarmee einrolliert. Drittens: Verkommene, Verlumpte, Arbeitsunfähige. Es sind namentlich Individuen, die an ihrer durch die Teilung

der Arbeit verursachten Unbeweglichkeit untergehn, solche, die über das Normalalter des Arbeiters hinausleben, endlich die Opfer der Industrie, deren Zahl mit gefährlicher Maschinerie, Bergwerksbau, chemischen Fabriken etc. wächst, Verstümmelte, Verkrankte, Witwen etc.» (MEW 23, 673).

Marx denkt bei Pauperismus also vor allem an Arbeitslose und Arbeitsunfähige, wobei Letztere durch *Arbeit* arbeitsunfähig geworden sind – was im Vergleich zu später wichtig ist. Darin ist impliziert, dass die «Paupers» die unterste Schicht der Gesellschaft bzw. den unteren Rand der Arbeiterklasse darstellen, eine Art Verlängerung der Klassenstruktur nach unten. Die Situation im 19. Jahrhundert ist damit sehr treffend beschrieben.

Demgegenüber wird in der heutigen Situation und durch heutige Sozialwissenschaftler zunehmend die Frage gestellt, ob die Vorstellung des «unten» nicht noch verharmlosend und die wirkliche Lage nicht noch schlimmer ist. Der Gedanke dahinter ist, dass die heutigen «Paupers», statt ganz *unten* in der Gesellschaft stehen, vielmehr *außerhalb* der Gesellschaft stehen, ausgeschlossen aus der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen. Man nennt sie darum die «Exkludierten» (Exklusion = Ausschluss). Drinnen, im Kern der Gesellschaft, stehen so gesehen diejenigen, die an den wichtigen Bereichen der Gesellschaft in bestimmten Rollen teilnehmen (an der Wirtschaft etwa in den Rollen des Kapitaleigentümers *oder* des Arbeitnehmers, aber auch an Politik, Recht, Bildung, Wissenschaft usw.), und «draußen» stehen die, die daran nicht oder nur in minimalem Umfang teilnehmen und deshalb für die Gesellschaft mehr oder weniger non-existent und irrelevant sind. Der soziologische Begriff der Exklusion signalisiert somit eine Verschiebung im Denken gesellschaftlicher Verhältnisse vom Schema Oben/Unten zum Schema Innen/Außen und unterscheidet sich darin von anderen Begriffen, die zur Beschreibung extrem ungünstiger Lebenslagen benützt werden, wie «underclass» oder «Neue Armut» (Stichweh 1997; Leisering 2004).

Der Exklusionsbegriff unterscheidet sich vom klassischen Begriff extremer Armut oder «Pauperismus» zunächst durch die größere Härte einer Position *außerhalb* der Gesellschaft im Vergleich zu einer Position unten – sei es auch ganz unten – *in* der Gesellschaft und durch die Schärfe der Trennlinie, die die Exkludierten von den normalen Arbeitern bzw. Arbeitnehmern

trennt. Für Marx sind die «Paupers» eine Art Anhängsel der Arbeiterklasse, das bei steigendem Bedarf an Arbeitskräften großteils wieder absorbiert wird und sich nicht prinzipiell, sondern nur durch die momentan oder auch dauerhaft besonders elende Lage vom Rest der Arbeiterklasse unterscheidet. Der Exklusionsbegriff betont dagegen die Diskontinuität, den Bruch, der die Exkludierten auch von den Arbeitern, nämlich von allen irgendwie Inkludierten trennt. Die entscheidende gesellschaftliche Spaltungslinie verläuft so gesehen nicht mehr zwischen Kapitaleigentümern und Arbeitern (samt ihrem nach unten verlängerten Anhang der «Paupers»), sondern zwischen denen, die inkludiert sind (und zwar in aller Regel als Arbeitnehmer, nur in seltenen Fällen als Kapitaleigentümer), und denen, die exkludiert sind. Soziologische Studien über Exklusion (Dubet/Lapeyronnie 1994; Kronauer/Vogel/Gerlach 1993; Strobel 1996; Kronauer/Vogel 1998) kommen immer wieder zu dem Ergebnis, wie außerordentlich schwierig es ist, in den Inklusionsbereich wieder hineinzukommen, wenn man einmal draußen ist.

Darüber hinaus ändert sich mit dem Übergang zum Exklusionsbegriff auch die Bedeutung der Existenz von Pauperismus bzw. Exklusion für den Rest der Gesellschaft. Nach dem klassischen Oben/Unten-Schema gilt, dass die, die oben stehen, von der Ausbeutung derer, die unten stehen, profitieren, und in indirekterer Weise auch vom Elend derer, die ganz unten stehen, insofern diese als «industrielle Reservearmee» fungieren und die Akkumulation von Kapital vorantreiben. Aus dem Innen/Außen-Schema folgt dagegen die in gewisser Weise noch radikalere Konsequenz, dass die Inkludierten gar nichts von der Exklusion der Exkludierten haben. Anders als im klassischen Modell, in dem die «Oberen» der Ausbeutung der «Unteren» ihren Reichtum verdanken, brauchen die Inkludierten die Exkludierten zu überhaupt nichts: Wer exkludiert ist, kommt in den zentralen gesellschaftlichen Prozessen schlicht nicht vor, trägt nichts zur Produktion des gesellschaftlichen Reichtums bei (nicht einmal potentiell) und nützt insofern niemandem (siehe den Beitrag «Informationsgesellschaft»).

So gesehen erscheint es noch als ein relatives Privileg, ausgebeutet zu werden: Wer arbeitet und ausgebeutet wird, ist immerhin ins System inkludiert und fürs System nötig, wenn auch an untergeordneter Stelle. Wer exkludiert ist, ist aus der Teilnahme am System überhaupt ausgeschlossen und somit

«überflüssig» (Bude 1998). Wenn alle Exkludierten eines Tages plötzlich verschwinden würden, würde die Gesellschaft das kaum bemerken – abgesehen von sehr marginalen Nachteilen (es gäbe dann weniger billige Schuhputzer usw.), aber auch marginalen Vorteilen (es gäbe weniger hässliche Slums oder Vorstädte, weniger Kriminalität usw.), die die zentralen Produktions- und Reproduktionsprozesse der Gesellschaft in jedem Fall unberührt lassen würden.

«Gemäß der industriegesellschaftlichen Basisnorm konnten sich Gruppen und Einzelne ... im Protest gegen momentane oder dauernde Arbeitslosigkeit auf die *Nützlichkeit* ihrer Arbeit berufen, die ihnen ein Gefühl von Würde und Selbstbestimmung noch im Ausschluss verlieh. Man war arm, weil andere reich waren. Die ‚Reservearmee‘ erfüllte ... eine ganz bestimmte Funktion im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang. Dieser tragische Schematismus der Ausbeutung hat unter den Bedingungen von ‚jobless growth‘ seine Plausibilität eingebüßt. So wie die Nützlichkeit der Arbeit kein Argument mehr ist, dient die Armut der Armen niemandem mehr» (Bude 1998, 372).

Man kann jedoch argumentieren – wie Marx das angesichts der heutigen Lage vermutlich tun würde –, dass Exklusion zwar keine notwendige *Bedingung* des erfolgreichen Operierens des Kapitalismus, wohl aber eine notwendige *Folge* eben dieses Operierens ist. Der Kapitalismus macht aufgrund seiner inhärenten Tendenz zur «Rationalisierung», d.h. zur Steigerung der Produktivität und zur Produktion von immer mehr Gütern mit immer weniger Arbeitskraft, eine wachsende Zahl von Menschen überflüssig (siehe den Beitrag «Arbeitslosigkeit»). Diese werden in absehbarer Zeit nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt, jedenfalls nicht in der Zahl, in der sie zur Verfügung stehen. Sie gehen bestenfalls höchst prekären, irregulären Beschäftigungen nach und sind daher nicht mehr im klassischen Sinn «Reservearmee» (auch wenn sie die Funktion der Reservearmee, die Löhne zu drücken und einen ständigen Druck auf die noch Beschäftigten auszuüben, weiterhin erfüllen). Insofern ist ihre Existenz zwar nicht im Sinne einer Erfolgsbedingung, wohl aber im Sinne einer unvermeidlichen Folge mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Marx bleibt in Bezug auf diese Frage – Erfolgsbedingung oder Folge des Kapitalismus – ambivalent:

«Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee. Seine Produktion ist eingeschlossen in der Produktion der relativen Übervölkerung, seine Notwendigkeit ist ihre Notwendigkeit, mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums» (MEW 23, 673).

Schließlich geht die aktuelle Exklusionsdiskussion auch insofern über Marx hinaus, als Exklusion im heutigen Verständnis – anders als der Pauperismus bei Marx – nicht als ein ausschließlich oder auch nur überwiegend ökonomisches Phänomen verstanden wird. Vielmehr ist Exklusion immer ein *mehrdimensionaler* Sachverhalt. Es geht also nicht nur um Arbeitslosigkeit und Armut (d.h. Ausschluss aus Teilnahme an Wirtschaft), sondern auch um Ausschluss aus Bildung, Ausschluss aus Gesundheitsversorgung, Ausschluss aus Rechtsschutz, Ausschluss aus politischer Meinungsbildung/Wahlmöglichkeit, Ausschluss aus stabiler Familienbildung usw. Der entscheidende Umstand wird gerade darin gesehen, dass Exklusion sich in mehreren Dimensionen gleichzeitig vollzieht und dass die Exklusion aus einem Bereich Exklusionen aus anderen Bereichen nach sich ziehen kann:

- So haben Exkludierte in der Regel ein geringes Bildungsniveau (das von Analphabetismus bis zum Hauptschulabschluss reichen kann, je nach dem Standard im jeweiligen Land);
- sie haben nur eingeschränkten Zugang zu medizinischer Versorgung (wiederum stark schwankend je nach Land);
- sie haben generell einen schlechteren Gesundheitszustand als gut inkludierte Personen;
- sie halten sich möglicherweise illegal im Land, in ihrer Wohnstätte oder an ihrem Arbeitsplatz auf und genießen deshalb keinen Rechtsschutz;
- sie werden als politische Stimme nicht gehört, da sie wenig organisationsfähig sind und über kein Sprachrohr verfügen; und
- sie sind überdurchschnittlich oft vom Zerbrechen ihrer Familien betroffen und leben in prekären Familienverhältnissen.

Natürlich müssen nicht in jedem Fall alle diese Dimensionen gleichzeitig involviert sein; jedoch ist eine Exklusion in mehr als einer Dimension die Regel, andernfalls würde man gar nicht von

Exklusion sprechen. Bei Marx ist die Mehrdimensionalität von Exklusion bzw. Pauperismus (schlechte Gesundheitsversorgung, geringes Bildungsniveau usw.) zwar stets mitgedacht, wird aber nicht weiter ausgeführt und nicht zum zentralen Punkt der Analyse gemacht.

Wegen der Mehrdimensionalität von Exklusion gibt es auch keinen festgelegten Anfangspunkt, mit dem Exklusionschicksale beginnen. Es muss nicht immer Arbeitslosigkeit sein, die Personen in die Exklusion führt; der Abbruch bzw. nie stattfindende Beginn der Schulausbildung, das Abrutschen in Illegalität (z.B. durch illegale Migration) oder das Zerbrechen der Familie kann ebenfalls den Einstiegspunkt in eine Exklusionskarriere bilden. Charakteristisch ist gerade, dass Exklusion mit einem beliebigen dieser Faktoren beginnt und dann eine «Negativspirale» (Kronauer 1998, 122) von Exklusionen auch in anderen Hinsichten in Gang kommt. Neben einem kritischen Ereignis in einer der genannten Dimensionen kommen auch die Zugehörigkeit zu bestimmten diskriminierten Gruppen (rassischen oder religiösen Gruppen, Ausländern usw.) sowie das Hineingeboren-Werden in den Exklusionsbereich und «Ereben» des Exklusionsstatus als Risikofaktoren in Betracht. Immer jedoch geht es um «Effektakkumulationen» (Stichweh 2005, 171), bei denen sich Exklusionen in verschiedenen Dimensionen wechselseitig bedingen und verstärken:

«Ein Beispiel aus Indien: Familien, die auf der Straße leben und keine feste Adresse haben, können ihre Kinder nicht zur Schule anmelden. Oder: wer keinen Ausweis hat, ist von Sozialleistungen ausgeschlossen, kann nicht wählen, kann nicht legal heiraten» (Luhmann 1995, 259f.).

Zur kumulativen Verfestigung von Exklusionslagen trägt weiter bei, dass Exkludierte mit der Dauer ihrer Exklusion zunehmend sozial isoliert sind und nur noch Kontakte zu anderen Exkludierten, aber nicht mehr in den Inklusionsbereich der Gesellschaft haben. Darüber hinaus reagieren natürlich auch die betroffenen Personen selbst auf ihre Exklusion: Sie resignieren, werden depressiv, alkoholabhängig, gewalttätig, verlieren das Selbstbewusstsein, die Fähigkeit der Strukturierung von Zeit usw., was ihre Re-Inklusion zusätzlich behindert. Leicht überspitzt kann man daher sagen – im Kontrast zu Marx' Beschreibung des Pauperismus –, dass Marx an Arbeitsunfähige

denkt, die *durch Arbeit* (d.h. durch Inklusion) arbeitsunfähig geworden sind (MEW 23, 673), während die neuere Exklusionsforschung an Arbeitsunfähige denkt, die *durch Arbeitslosigkeit* (oder allgemeiner: durch Exklusion) arbeitsunfähig oder inklusionsunfähig geworden sind. Ein Beispiel aus unseren Breiten:

«Man wird aus der Schule ausgeschlossen, weil man gegen die Regeln verstößt, oder ohne Abschluss entlassen, weil die Leistungen zu schlecht sind. Findet infolgedessen keinen Ausbildungsplatz Sieht sich einem Arbeitsmarkt gegenüber, der das bisschen, was man überhaupt an Fertigkeiten anzubieten hat, nicht nachfragt Driftet in die Schattenwirtschaft oder gar Kriminalität ab – und fällt mithin aus den sozialstaatlichen Sicherungssystemen heraus. (...) Ist sozial isoliert. Trinkt, verliert die Wohnung Wird obdachlos. Erkrankt an Leberzirrhose. Wird an ein Transplantationszentrum überwiesen, dort aber abgelehnt, weil der unstete Lebenswandel auf mangelnde Compliance schließen lässt, die eine unerlässliche Erfolgsbedingung wäre. Stirbt mit Mitte vierzig. Ende» (Schmidt 2000, 392 f.).

Exklusionsprozesse zeichnen sich also durch ihre Multidimensionalität und damit auch Multikausalität aus. Sie beginnen an irgendeinem Punkt und setzen sich dann – wenn nichts sie stoppt – dadurch fort, dass jeder Einzelschritt des Prozesses andere hervorruft oder verstärkt. In der Sprache der Kybernetik ausgedrückt handelt es sich um selbstverstärkende Prozesse oder Prozesse mit positivem Feedback. Dieser Charakter von Exklusion als selbstverstärkendem Prozess gilt im Übrigen nicht nur für das Verhältnis verschiedener Exklusionsdimensionen zueinander, sondern auch für das Entstehen einer Exklusionslage in einer einzelnen Dimension. Viele gesellschaftliche Bereiche funktionieren – und zwar ohne jede böse Absicht und ohne Exklusionsintention – nach dem *Matthäus-Prinzip*, das nach einer Stelle im Matthäus-Evangelium lautet: «Wer da hat, dem wird gegeben ... wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat» (Stichweh 2005, 172 ff.).

Das heißt: Wer schon viel Geld hat und Sicherheit bieten kann, erhält leicht Kredite, mit deren Hilfe er sein Geld weiter vermehren kann; wer kein Geld hat und vielleicht schon als säumiger Zahler gebrandmarkt ist, dem wird beim kleinsten

Zahlungsverzug der Gerichtsvollzieher auf den Hals geschickt. Wer in der Schule als begabter und interessierter Schüler auffällt, wird weiter gefördert und kann sein Wissen ausbauen; wer einmal als «Loser», als faul, dumm oder undiszipliniert gilt, wird von den Lehrern bestenfalls ignoriert und erhält kaum noch eine Chance auf Verbesserung seiner Leistung. Ähnliches gilt für zahlreiche andere Bereiche der Gesellschaft. Auf diese Weise entstehen aus kleinen Unterschieden große, werden vorhandene Unterschiede immer weiter verstärkt und es können, auf der Negativseite, leicht Exklusionslagen entstehen, die keine realistische Chance auf spätere Erfolge in dem betreffenden Bereich mehr lassen.

Nimmt man die Tendenz zur wechselseitigen Verstärkung solcher sich in sich schon verstärkenden Benachteiligungen hinzu, wird die Hoffnungslosigkeit einer Lage, die in den Anziehungsbereich der Exklusionszone geraten ist, deutlich. Eine solche mehrdimensionale Exklusionssituation kann dann auch nicht schnell und durch einmaliges Gewähren einer Chance (z.B. eines Arbeitsplatzes) aufgelöst werden, da die fehlenden Inklusionen in verschiedene Bereiche sich gegenseitig blockieren und eine mehr oder weniger ausweglose Lage entstehen kann. Exklusion ist oftmals eine Sackgasse, Exklusionszonen sind «schwarze Löcher» (Stichweh 1997, 132 f.), aus denen man, wenn man einmal hineingefallen ist, nicht wieder herauskommt. Wohlfahrtsstaatliche Inklusionsvermittlungsprogramme können in dieser Situation nur das Schlimmste verhindern, jedoch in der Regel keine geordnete Re-Inklusion mehr bewirken.

Umgekehrt folgt aus der Mehrdimensionalität von Exklusion auch, dass ein Herausfallen aus gesellschaftlicher Inklusion in nur *einer* Hinsicht noch keine Exklusion bedeutet. Für den wichtigen Fall der Arbeitslosigkeit heißt das: Wer arbeitslos wird, aber ein hohes Bildungsniveau hat, an die Gesundheitsversorgung angeschlossen bleibt, in stabilen Familienverhältnissen lebt, eine legale Rechtsposition behält usw., ist weiterhin inkludiert. Für solche Personen ist Arbeitslosigkeit denn auch meist nur ein vorübergehendes Problem, das keine allzu gravierenden Einschränkungen und keine ernsthafte Gefahr des Abrutschens in den Exklusionsbereich mit sich bringt. Davon deutlich unterschieden ist die dauerhafte, alternativlose Arbeitslosigkeit, die keine realistische Chance auf Wiedereintritt (oder, bei Jugendlichen, überhaupt erst Eintritt) in den Arbeitsmarkt mehr lässt, zunehmend mehr Bereiche des Lebens prägt und die betreffende

Person mit einiger Wahrscheinlichkeit in den Exklusionsbereich führt, soweit keine komfortableren Alternativen wie Rückzug in die Hausfrauen-/Hausmannrolle bei Versorgung durch den Ehepartner zur Verfügung stehen. Arbeitslosigkeit gibt es also in zwei sehr verschiedenen Formen: einer harmlosen, gesellschaftlich zufälligen und biographisch wenig dramatischen Form, die im Inklusionsbereich der Gesellschaft auftritt, und einer folgenreichen (bzw. ursachenreichen) exklusionsnahen Form. Die Spaltungslinie Inklusion/Exklusion spaltet sogar noch das Heer der Arbeitslosen. Die beiden Arten von Arbeitslosen können dann nur noch in einem sehr abstrakten Sinn mit dem gemeinsamen Begriff der «industriellen Reservearmee» beschrieben werden, während sie in keiner Weise eine real zusammenhängende Schicht von Menschen in ähnlicher Lebenslage bilden.

Je nach dem allgemeinen Wohlstandsniveau und dem Niveau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen schwankt das Ausmaß an Exklusion stark zwischen verschiedenen Ländern und verschiedenen Zonen der Weltgesellschaft. Das gilt sowohl für den Anteil der Bevölkerung, der von Exklusion betroffen ist, als auch für den absoluten Lebensstandard der Exkludierten. Die härtesten Formen von Exklusion (Leben in Slums ohne Strom und Kanalisation, Leben ganz ohne Geld oder mit minimalen Summen von Geld wie 1 \$/Tag, Leben auf Müllhalden usw.) finden sich fast ausschließlich in den Ländern der Dritten Welt, die sich keinen Wohlfahrtsstaat leisten können und generell über wenig Ressourcen verfügen oder diese im Rahmen eines Schuldendienstes an die Länder der Ersten Welt exportieren müssen (siehe den Beitrag «Neoliberalismus»). Gemessen daran ist das Leben in den Exklusionszonen der Ersten Welt noch relativ komfortabel (etwa in hauptsächlich von Migranten bewohnten «banlieues» in Frankreich oder hauptsächlich von Schwarzen bewohnten «inner cities» in den USA). Unter dem Gesichtspunkt des Ausschlusses aus gesellschaftlich verfügbaren Chancen und Vorteilen und unter dem Gesichtspunkt der Überflüssigkeit für zentrale gesellschaftliche Prozesse sind beide Formen von Exklusion dennoch vergleichbar.

Weiter ist in der Ersten Welt Exklusion ein Schicksal, das nur einen relativ geringen Prozentsatz der Bevölkerung, in jedem Fall eine deutliche Minderheit betrifft. Jedoch ist ein Trend zum Anwachsen des Exklusionsbereichs erkennbar, und ob und wann dieser Trend gestoppt werden wird, ist ungewiss. Es ist daher nicht ganz aus der Luft gegriffen zu fragen, ob – was für

die Verhältnisse in der Dritten Welt jetzt schon einleuchtet – die Differenz von Inklusion und Exklusion zur Primärdifferenzierung der Gesellschaft werden könnte, so dass man zuerst immer feststellen muss, ob man sich in einer Inklusionszone oder in einer Exklusionszone befindet, wenn man sich zurechtfinden will (Luhmann 1995). Mit dem gegenwärtigen Trend hin zu Neoliberalismus und schrankenloser Globalisierung des Kapitals wird diese Entwicklung um einen weiteren Schritt vorangetrieben.

Literatur:

- Berger, Peter A./Vester, Michael (Hg.) (1998): *Alte Ungleichheiten - Neue Spaltungen*. Opladen
- Bude, Heinz (1998): «Die Überflüssigen als transversale Kategorie» in: Berger/Vester (1998): *Alte Ungleichheiten - Neue Spaltungen*. Opladen S. 363-382
- Dubet, Francois/Lapeyronnie, Didier (1994): *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*. Stuttgart
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*. Frankfurt/New York
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold (1998): «Spaltet Arbeitslosigkeit die Gesellschaft?» in: Berger/Vester (1998): *Alte Ungleichheiten - Neue Spaltungen*. Opladen S. 333-350
- Kronauer, Martin (1998): ««Exklusion» in der Armutforschung und der Systemtheorie. Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung» in: *SOFT-Mitteilungen* 26, S. 117-126
- Leisering, Lutz (2004): «Desillusionierungen des modernen Fortschrittsglaubens. «Soziale Exklusion» als gesellschaftliche Selbstbeschreibung und soziologisches Konzept» in: Schwinn, Thomas (Hg.): *Differenzierung und soziale Ungleichheit. Die zwei Soziologien und ihre Verknüpfung*. Frankfurt, S. 238-268
- Luhmann, Niklas (1995): «Inklusion und Exklusion» in ders.: *Soziologische Aufklärung* 6. Opladen, S. 237-265
- Schmidt, Volker H. (2000): «Ungleichheit, Exklusion und Gerechtigkeit» in: *Soziale Welt* 51, S. 385-400
- Stichweh, Rudolf (1997): «Inklusion/Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft» in: *Soziale Systeme* 3, S. 123-136
- Stichweh, Rudolf (2005): *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*, Bielefeld
- Strobel, Pierre (1996): «From poverty to exclusion: a wage-earning society or a society of human rights?» in: *International Social Science Journal* 48, S. 178-189

Andreas Huchler

Marx hat seine Gesellschaftstheorie für die Beschreibung der Verhältnisse im Kapitalismus als Theorie des Konflikts zweier antagonistischer Klassen, der Bourgeoisie und des Proletariats, konzipiert. Ob eine Person im Besitz oder nicht im Besitz von Privateigentum an Produktionsmitteln ist, macht für Marx zumindest an einigen Stellen seines umfangreichen Werkes einen alles Weitere vorentscheidenden Unterschied. Besitzer von Privateigentum an Produktionsmitteln lassen sich «an sich» (hier geht es um eine vom Wissenschaftler bestimmbare objektive Klassenlage) und «für sich» (hier geht es um die subjektive Klassenzugehörigkeit, die sich u. a. in einer ähnlichen Wahrnehmungs- und Interessenlage manifestiert) der «Bourgeoisie» zuordnen. Die meisten anderen Personen bilden für Marx zumindest «an sich» die Klasse der lohnabhängigen «Proletarier». Da die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse strukturell unterlegen ist, sieht Marx es als vornehmliche Aufgabe des von ihm und Friedrich Engels begründeten «wissenschaftlichen Sozialismus» an, dem strukturell schwächeren Proletariat, das sich aufgrund zahlreicher von der Bourgeoisie produzierter Verschleierungszusammenhänge seiner Klassenlage «für sich» nicht (voll) bewusst ist, die Augen zu öffnen, damit es sich zu einer «revolutionären Klasse» formiert, die schließlich maßgeblich zur Überwindung des Kapitalismus in Form einer «Aufhebung» auf einem höheren, menschlicheren Niveau der Vergesellschaftung beitragen kann.

Man muss nicht unbedingt sozialwissenschaftlicher Ungleichheitsforscher sein, um beobachten zu können, dass auch gut 150 Jahre nach Marx' *Kommunistischem Manifest* weder der Kapitalismus als Wirtschaftsform auf einer höheren Ebene aufgehoben ist, noch dass die Diagnose sozialer Ungleichheit in globaler Betrachtung obsolet geworden wäre. Das macht die Marx'sche Klassentheorie für viele kosmopolitisch denkenden Menschen bis zum heutigen Tag attraktiv. Allerdings kann man in den 150 Jahren trotz aller Kontinuität einen Wandel ausmachen und versuchen, diesen begrifflich zu fassen (Bourdieu 1992; Türk 1999; Kreckel 2004). Einer dieser Großbegriffe, der auf eine mögliche Veränderung der Form des Kapitalismus hinweist, ist der des «Finanzmarktkapitalismus» (Windolf 2005). Wodurch unterscheidet sich dieser Finanzmarktkapitalismus von vergangenen Formen des Kapitalismus?

Und – die Marx'sche Frage nach der sozialen Ungleichheit fortführend: welche «Klassen» gehören strukturell zu den Gewinnern, welche «Klassen» zu den Verlierern dieser neuen Form des Kapitalismus?

In der Bundesrepublik Deutschland der ersten Nachkriegsjahrzehnte war es üblich, dass die Arbeiter und Angestellten einen Großteil ihres zur Verfügung stehenden Einkommens durch Kauf von vorwiegend national hergestellten Produkten und Dienstleistungen sofort wieder verkonsumierten und dadurch in doppelter Weise – als Produzenten und Konsumenten – zum stetigen Wachstum der nationalen Industrie beitrugen. Sofern in einem typischen Arbeitnehmerhaushalt am Monatsende noch etwas übrig blieb, wurde das Geld häufig in eher niedrig verzinsten Sparbüchern oder Bausparverträgen angelegt. Es lag dann im Wesentlichen in der Verantwortung der nationalen Banken, den kapitalhungrigen Unternehmen der heimischen Industrie die Gelder der Sparer auf eine Weise zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen würde, den privaten Anlegern eine gewisse Rendite bzw. einen Zins auszuzahlen und zugleich selbst einen gewissen Überschuss zu erzielen.

Seit Mitte der 1980er bzw. spätestens seit den 1990er Jahren befindet sich dieses bankenbasierte «rheinländische» Sondermodell der Bundesrepublik Deutschland in Auflösung (Schulmeister 1998). An seine Stelle getreten ist ein kapitalmarktbasierendes System, wie es sich in den USA und in England schon längere Zeit ausgebildet hat und sich seit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion anscheinend weltweit durchzusetzen beginnt. Da die Zinserträge für festverzinsliche Sparbücher – übrigens geldpolitisch gewollt bzw. zumindest billigend in Kauf genommen – heute tendenziell unterhalb des inflationsbedingten Kaufkraftverlusts liegt, wird es für nahezu jeden, der einen Teil seines Einkommens für spätere Verwendungszwecke (Hausbau, Unternehmensgründung, Altersvorsorge etc.) kaufkrafterhaltend anlegen möchte, äußerst attraktiv, zumindest Teile seines Ansparvolumens mittels einer Kapitalanlagegesellschaft in Form von Aktien oder Fondsanteilen – also aus Bilanzsicht der Unternehmen nicht mehr als Fremdkapital, sondern als temporäres Eigenkapital – auf den Kapitalmärkten anzulegen.

In der Sprache der institutionenökonomischen Agenturtheorie (Jensen/Meckling 1976) ausgedrückt gibt der private Anleger als *Prinzipal* mit der Unterzeichnung eines entsprechenden

Anlagevertrags einen Teil seiner Verfügungsrechte an die Kapitalanlagegesellschaft, den korporativen Aktien- oder Fonds-Agenten, ab. Im heute durchaus nicht unüblichen Extremfall gibt der Sparer-Prinzipal seinem korporativen Fonds-Agenten mit der Unterschrift nur noch den pauschalen Auftrag, das zur Verfügung gestellte Geld so anzulegen, dass damit zumindest eine dem Sparer-Prinzipal bei der späteren Liquidierung wieder zur Verfügung stehende Mindestrendite – möglichst jedoch eine deutlich höhere Rendite – erwirtschaftet wird. Da der Sparer-Prinzipal die Möglichkeit des Anbieter-Vergleichs hat, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass er sein Geld demjenigen korporativen Fonds-Agenten zur Verfügung stellt, der ihm die höchsten Renditen verspricht. Damit befinden sich dann aber die korporativen Agenten in einem Konkurrenzkampf um die höchsten Renditeversprechen, an deren regelmäßiger Einlösung sie gemessen werden.

Die Geschichte endet an dieser Stelle aber noch nicht, denn der korporative Fonds-Agent wird nun selbst zum Kreditgeber-Prinzipal, der – ausgestattet mit den renditehungrigen Geldern einer größeren Menge von Sparer-Prinzipalen – das ihm zur Wertsteigerung übergebene Kapital durch geschickte An- und zeitlich in die Zukunft verlagerte Verkäufe auf den mittlerweile international zugänglichen Kapitalmärkten anlegt. Im Gegensatz zum Sparer-Prinzipal, der es häufig relativ unbestimmt lässt, wie der Fonds-Agent die entsprechende Rendite erwirtschaften soll, versucht nun der Fonds-Agent als korporativer Kreditgeber-Prinzipal – zumindest soweit es die jeweils gültigen gesellschaftsrechtlichen Bedingungen zulassen – die Manager-Agenten, die u. a. durch seine Zustimmung als Großaktionär zur Konzernlenkung der Aktiengesellschaften angestellt worden sind, relativ weitgehend zu kontrollieren und in ihren Management-Entscheidungen zu beeinflussen (Zorn et al. 2005).

Diese zumindest in der BRD relativ neue Form der Unternehmenskontrolle (shareholder value) wird in der ökonomischen und rechtlichen Literatur unter dem Begriff der «corporate governance» diskutiert (Noack/Zetsche 2005). Einerlei ob Umstrukturierungsmaßnahmen oder Mitarbeiterentlassungen für das jeweilige Unternehmen mittel- bis längerfristig sinnvoll sind: solange der korporative Kreditgeber-Prinzipal sich davon eine für seine Anlagezwecke günstige Kursentwicklung des Unternehmens erhofft, werden die Manager-Agenten den modenhaft-zyklisch sich verändernden Wünschen der

Kreditgeber-Prinzipale weitgehend nachkommen – zumal sie nicht selten in Form von *Aktioptionen* als Gehaltsergänzung selbst von einer Kursentwicklung profitieren, die im Sinne der Kreditgeber-Prinzipale verläuft. Auf diese Weise kann es in dem neuen System also durchaus vorkommen, dass ein Angestellter eines an der Börse gehandelten Unternehmens in seiner Rolle als Anleger-Prinzipal seinem Fonds-Agenten per Blanko-Unterschrift implizit den Auftrag erteilt, zur Steigerung der Aktien- bzw. Fonds-Rendite das Top-Management des Unternehmens anzuweisen, genau denjenigen Arbeitsplatz abzubauen, von dem er bislang ein regelmäßiges Lohneinkommen bezogen hat.

Aber nicht nur auf dem Markt für Eigenkapitalanbieter und -nachfrager ist es in den letzten Jahren zu signifikanten Veränderungen gekommen. Auch der Markt für Fremdkapitalanbieter und -Nachfrager hat sich tendenziell zugunsten der Angebotsseite gewandelt. Dies wird in der einschlägigen Literatur unter dem Stichwort «Basel II» diskutiert. Von den erhöhten Bewertungs-, Risikokalkulations- und Kontrollanforderungen, die die Banken ihrer Bankenaufsichtsbehörde gegenüber im Zusammenhang mit der Vergabe von Fremdkapitalkrediten an Unternehmen nachzuweisen haben, sind kleine und mittelständische Unternehmen in besonderem Maße betroffen, da die Fremdkapitalkosten für sie in aller Regel deutlich höher sind als für etablierte große Unternehmen (Klein 2003). Seit Mitte der 1980er Jahre sind die Verfügungsrechte über Eigen- und Fremdkapital per (supra-)nationaler Gesetzgebung (Noack/Zetsche 2005) nach und nach so umstrukturiert worden, dass die sog. «Institutionellen Investoren» nun über ein rigides Corporate-Governance-Regime versuchen, aus den unter ihrer Kontrolle befindlichen Unternehmen jährlich noch höhere Eigenkapitalrenditen herauszuholen – selbst wenn dies nur auf Kosten der operativen Nachhaltigkeit des Unternehmens möglich ist.

Angesichts des ebenfalls politisch gewollten und gesetzlich erwirkten Wegfalls der einstigen Kapitalverkehrskontrollen (Huffschmid 2001) beschränkt sich dieses Corporate-Governance-Regime nicht mehr nur auf nationale Märkte. Sofern sie eine entsprechende Kassen- oder Aktienportfoliolage mitbringen, können neuerdings auch Institutionelle Investoren und Großkonzerne anderer Staaten ohne Weiteres in einem Akt der freundlichen (mit Zustimmung des Managements) bzw. feindlichen Übernahme (ohne dessen Zustimmung) die Mehrheit

der Anteile an einem deutschen Unternehmen aufkaufen und dann über dessen weitere Zukunft verfügen – und vice versa. Bei der Befolgung der Kapitalmarktlogik kommt es in erster Linie gar nicht darauf an, ob bestimmte Umstrukturierungen auf Unternehmensebene – also in der Organisationslogik – tatsächlich zu operativen Effizienzvorteilen führen. Ein mögliches Indiz dafür sind die in angelsächsischen Staaten konstant hohen Misserfolgsraten von über 60% bei erfolgten Unternehmensfusionen (Jansen 2004, 113 ff.). Mittlerweile mehren sich aber auch aus den Reihen der maßgeblich beteiligten Akteure zunehmend Stimmen, die auf die wirtschaftspolitisch eigentlich nicht wünschbaren Perversionen von allzu ungehinderten Spekulationsaktivitäten auf den internationalen Finanzmärkten aufmerksam machen (Soros 1998; Cramer 2004; Stiglitz 2005).

Nun mag man zu Recht einwenden, dass jedes System Gewinner und Verlierer produziert. Mit dem Übergang in die moderne Gesellschaft verliert jedoch die einstige Selbstverständlichkeit sozial ungleicher Lebensverhältnisse ihren Status der Gott- oder Naturgegebenheit. Ungleichheitsproduzierende Herrschaftsverhältnisse sind fortan auf die Angabe von Gründen angewiesen, die bei den Beherrschten den Glauben an ihre Legitimität rechtfertigen (siehe den Artikel «Arbeitslosigkeit»). In der volkswirtschaftlichen Literatur hat man das Prinzip der «Chancengleichheit» im marktwirtschaftlichen System lange Zeit als a priori gegeben erachtet. Demgegenüber war für Marx bereits früh klar, dass die Besitzer von Privateigentum an Produktionsmitteln aufgrund ihrer privilegierten Stellung im Produktionsprozess die Klasse der strukturellen Gewinner des sich seinerzeit abzeichnenden Industriekapitalismus bildeten. Wenn man nun das Kriterium «Besitz/Nicht-Besitz von Privateigentum an Produktionsmitteln» auf finanzmarktkapitalistische Verhältnisse anwendet und es – möglicherweise etwas simplifizierend – mit dem formal-rechtlich garantierten, anteiligen Besitz von «Eigenkapital» auf der Passiva-Seite von Unternehmensbilanzen gleichsetzt, dann gibt es im Zeitalter von Volksaktien, Investment-, Pensions- und Hedgefonds zumindest in reicheren Staaten nur noch sehr wenige reine «Proletarier». Schaut man sich dann aber die unterschiedlichen Formen der Beteiligungsmöglichkeit an Unternehmen genauer an, so fällt schnell in den Blick, dass die Eigenkapitalgeber von heute a) nicht nur aus Personen, sondern auch aus Organisationen bestehen können und dass es

b) zwischen den verschiedenen Eigenkapitalgebern durchaus erhebliche Unterschiede im Hinblick auf Gewinnchancen sowie Haftungs- und Verlustrisiken gibt. Neben den «natürlichen Personen» genießen nämlich spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts auch «juristische Personen» einen rechtlich einklagbaren Personenstatus, der zudem – im Gegensatz zu natürlichen Personen – gesellschaftsrechtlich mit begrenzter Haftungsfähigkeit versehen werden kann. Dadurch bekommen die *corporations* im Zeitalter unbeschränkten Kapitalverkehrs von Staates Gnaden einen strukturellen Vorteil gegenüber natürlichen Personen (Bakan 2005).

Dies zeigt sich unter anderem darin, dass die großen, transnational agierenden Konzerne nationale Gesetzgebungsverfahren heute nicht mehr auf dem personengebundenen Umweg über die klassischen national organisierten Arbeitgeberverbände, sondern zunehmend über eigens geschaffene professionelle *Public-Affairs-Agenturen* beeinflussen. Trotz andersartiger Lippenbekenntnisse von Politikern berücksichtigt die (supra-)nationale Wirtschaftspolitik reicher Staaten daher tendenziell eher die Interessen von Konzernen als jene von kleinen und mittleren Unternehmen, Arbeitnehmern oder gar Arbeitslosen (Deckwirth 2005). Laut dem Politökonom Jörg Huffschmid (2001, 226 f.) haben von der sukzessiven Aufhebung aller in den 1930er Jahren eingeführten staatlichen Kapitalverkehrskontrollen in den letzten Jahrzehnten drei Interessengruppen in besonderem Maße profitiert:

- die international operierenden Unternehmen (einfachere Absicherung gegenüber Wechselkursrisiken),
- die Institutionellen Investoren besonders finanzkräftiger Volkswirtschaften (neue Möglichkeiten der Kapitalbindung und -renditeabschöpfung jenseits der Grenzen des national-staatlichen Einflussbereichs), und
- reiche Staaten wie die USA oder die BRD, deren Währungen seit dem Ende des Systems von Bretton-Woods unter einem ständigen Aufwertungsdruck gegenüber Fremdwährungen gestanden haben (die Möglichkeit der Kapitalflucht zwingt Fremdwährungsländer dazu, sich an der Stabilitäts- und Wirtschaftspolitik des Landes der Leitwährung auszurichten).

Bemerkenswert an dieser Aufzählung ist, dass es sich bei allen drei Gewinnern um finanzstarke Organisationen handelt, die zunehmend international vernetzt agieren. Die Gewinner des

heutigen Systems sind also zuallererst global agierende «juristische Personen». Das sich darin behauptende und vernetzende Spitzenpersonal bildet in Marx'schen Termini die Bourgeoisie des 21. Jahrhunderts – trotz oder gerade aufgrund ihres formalen Status als «höhere Angestellte» (Bourdieu 2004). Die Verlierer – oder «Proletarier» – des heutigen Finanzmarktkapitalismus zeichnen sich demgegenüber durch einen strukturellen Mangel im Hinblick auf finanzielle Unabhängigkeit, haftungsbegrenzter Organisiertheit und Vernetztheit aus. Das sind zunächst einmal all jene Staaten – und hier vor allem deren ärmste Bevölkerungsschichten (Vreeland 2003) –, die zu den großen Schuldnerländern der Welt zählen und angesichts einer schlechten Rating-Einstufung auf die mit hohen Liberalisierungsaufgaben verbundenen Kredite des Internationalen Währungsfonds angewiesen sind (Peet 2003; Isard 2005). Wie der jüngst von der UNO vorgestellte *Weltsozialbericht 2005* zeigt, scheint sich aber auch in reichen Industriestaaten wie der BRD in den letzten 10 Jahren – freilich auf in absoluten Zahlen deutlich höherem Einkommensniveau als in den Entwicklungsländern – die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Bevölkerungsschichten wieder spürbar zu vergrößern (Schultheis/Schulze 2005).

Verlierer eines Systems zu sein bedeutet übrigens nicht zwangsläufig, dass die Betroffenen auch auf längere Sicht absolute Einkommens- und Kaufkraftverluste hinnehmen müssen. Es spricht sogar einiges dafür, dass auf weltregionaler Ebene über kurz oder lang ein ähnlicher «Fahrstuhleffekt» beobachtbar sein wird, wie Ulrich Beck ihn in den 1980er Jahren für fortgeschrittene Gesellschaften wie der BRD ausmachte (Beck 1986, 122). Aber – das kommt bei früheren Werken von Beck noch deutlich klarer zur Geltung – auch in einer Weltrisikogesellschaft «brechen» die Verbreitung und Vermarktung von Risiken keineswegs mit der kapitalistischen Entwicklungslogik, sondern «heben» diese womöglich «auf eine neue Stufe» (30).

Angesichts des globalen Finanzmarktregimes fällt zwar die Unterscheidung «Risiko-In-Kauf-Nehmer/Risikofolgen-Träger» nicht mehr zwangsläufig mit der klassischen Marx'schen Unterscheidung «Besitzer/Nichtbesitzer von Privateigentum an Produktionsmitteln» zusammen. Wenn man jedoch den globalen Aufstieg der «juristischen Personen» als ungleichheits-reproduzierende Realitäten sui generis ernst nimmt, dann lassen sich doch, in globaler Perspektive betrachtet, weiterhin bemerkenswerte Korrelationen zwischen der Struktur der (Eigen-)Kapitalverteilung

und der Struktur der Risikoverteilung feststellen. So verschweigen beispielsweise die Befürworter eines globalen Freihandels, dass der derzeit von der WTO und anderen supranationalen Nichtregierungsorganisationen angestrebte weltweite Abbau von nationalen Kapital- und Handelsbarrieren nicht etwa auf die Herstellung global chancengleicher Wettbewerbsverhältnisse abzielt, sondern im Großen und Ganzen die Profitinteressen der in den wirtschaftlich stärksten Industriestaaten beheimateten Konzerne und Lobbyorganisationen widerspiegelt (Hagenloch 2005, siehe den Beitrag «Neoliberalismus»). Weiterhin trägt die Bevölkerung in Ländern mit geringen Umweltstandards die Umwelt- und Gesundheitsrisiken der Produktion von billigen Produkten, von denen dann die Bevölkerung in anderen Ländern meist relativ risikoarm profitiert. Schließlich korreliert auch das in den letzten Jahren auf Seiten der Aktionärs-Prinzipale gesunkene Risiko negativer Renditen bei der Kapitalanlage zumindest in reichen Staaten verdächtig mit einem gestiegenen Arbeitsplatzverlustrisiko auf Seiten der Arbeitnehmer-Agenten, die womöglich zugleich Aktionärs-Prinzipale sind.

Literatur:

- Achbar, M./Abbott, J./Bakan, J. (2005): *The Corporation*, Film von 2004, als DVD: Zweitausendeins
- Bakan, J. (2005): *Das Ende der Konzerne. Die selbstzerstörerische Kraft der Unternehmen*. Leipzig
- Beck, U. (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/Main
- Bourdieu, P. (2004): «Die unsichtbare Hand der Mächtigen» in: ders. (Hg.): *Gegenfeuer Teil 2*. Konstanz, S. 166-175
- Bourdieu, P. (1992): «Sozialer Raum und symbolische Macht» in: ders. (Hg.): *Rede und Antwort*. Frankfurt
- Cramer, J. J. (2002): *Bekenntnisse eines Wallstreet-Süchtigen*. Kulmbach
- Deckwirth, C. (2005): *Die Konzernagenda in der EU-Handelspolitik. Zur Rolle europäischer Konzerne und ihrer Lobbygruppen in der WTO-Politik der Europäischen Union*. Berlin
- Hagenloch, J. (2005): *Hongkonger Krokodilstränen. Die WTO-Ministerkonferenz hat den Industriestaaten mehr gebracht, als sie zugeben wollen* in: Telepolis, online unter: www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21616/1.html
- Huffschmid, J. (?2001): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*. Hamburg
- Isard, P. (2005): *Globalization and the International Financial System. What's Wrong and What Can Be Done*, Cambridge
- Jansen, S. A. (2004): *Management von Unternehmenszusammenschlüssen*. Stuttgart
- Jensen, M. C./Meckling, W. H. (1976): *Theory of the firm. Managerial behaviour, agency costs and ownership structure*. New York
- Klein, B. (2003): «Veränderungstendenzen bei der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)» in: Eichhorn, P./Zimmermann, G. (Hg.): *Finanzierung des Mittelstandes vor neuen Herausforderungen: Basel II*, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft Nr. 5. Baden-Baden
- Kreckel, R. (2004): *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, 3. Auflage. Frankfurt/Main
- Noack, U./Zetsche, D. (2005): «Corporate Governance Reform in Germany: The Second Decade» in: *European Business Law Review* 16, S. 1033-1064; online unter www.jura.uni-duesseldorf.de/dozenten/noack/EBLR_2005_CG.pdf

- Peet, R. (2003): *Unholy Trinity: The IMF, World Bank, and the WTO*. Kuala Lumpur
- Schulmeister, S. (1998): «Der polit-ökonomische Entwicklungszyklus der Nachkriegszeit. Vom Bündnis Realkapital-Arbeit in der Prosperität zum Bündnis Realkapital-Finanzkapital in der Krise» in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, Heft 1, S. 5-21
- Schultheis, F./Schulz, K. (Hg.) (2005): *Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag*. Konstanz
- Soros, G. (1998): *Die Alchemie der Finanzen*. Kulmbach
- Stiglitz, J. E. (2005): *Die Roaring Nineties. Vom Boom zum Crash*. München
- Stockhammer, E. (2001): «Finanzialisierung, Corporate Governance und Investitionen» in: *Kurswechsel* 2, S. 19-28
- Todeva, E./Knoke, D. (2002): «Strategische Allianzen und das Sozialkapital von Unternehmen» in: Allmendinger, J./Hinz, T. (Hg.): *Organisationssoziologie*, Sonderheft 42 der KZfSS, Wiesbaden
- Türk, K. (1999/2005): «The Critique of the Political Economy of Organization. A Contribution to the Analysis of the Organizational Social Formation» in: *International Journal of Political Economy*, Vol. 29, No. 3 (1999), S. 6-32. Online (am 29.11.2005) unter:
<http://orgsoz.uni-wuppertal.de/tuerk/journ.polit.econ.pdf>
- Vreeland, J. R. (2003): *The IMF and Economic Development*. Cambridge
- Windolf, R. (2005): «Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?» in ders. (Hg.): *Finanzmarktkapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Sonderheft der KZfSS 45/2005. Wiesbaden, S. 20-57
- Zorn, D./Dobbin, F./Dierkes, J./Kwok, M. (2005): «Managing investors: How financial Markets reshaped the American Firm» in: Knorr-Cetina, K./Preda, A. (Hg.): *The Sociology of Financial Markets*. Oxford, S. 269-289